

WILLIAM W. DOUGLAS

"Tätervolk"?



Auf diesem größten deutschen Soldatenfriedhof -- Lommel in Belgien -- ruhen 38.967 deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges und 541 der Jahre 1914 - 1918. So wie hier hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in ganz Europa mit freiwilliger Unterstützung ungezählter Soldatenfrauen, Jugendlieher und mit Helfern aus anderen europäischen Ländern eine Vielzahl würdevoller Soldatenfriedhöfe angelegt und damit ungeachtet aller Kriegsfortsetzungspropaganda Millionen deutschen Soldaten und zivilen Kriegs- und Nachkriegsopfern die dauerhafte letzte Ehre erwiesen. Nachwachsende Generationen werden ihrer Treue gedenken und Verbindung halten zu den Werten, die ihre Vorfahren einst geprägt hatten.

In diesen Gräberfeldern findet sich auch der wahre Geist europäischer Schicksalsgemeinschaft wieder, werden doch mehr als 1,5 Millionen deutscher Kriegsgräber in Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden allein von der Pflegedienststelle West des Volksbundes in Maisons-Laffitte bei Paris aus betreut. Es ist dieser europäische Geist, der auch in Nordafrika, von Italien bis nach Finnland und schließlich auch im veränderten Rußland beeindruckt.

Deutsche haben an diesen Gräberfeldern nur unsägliches Trauer empfunden und ehrendes Gedenken für die Toten und Überlebenden verlangt, doch nirgendwo Rache geschworen, falsch Zeugnis abgelegt oder verlangt, wissenschaftliche Untersuchungen und Beweismittel über ihren Lebensweg zu indizieren, zu bestrafen oder zu vernichten.

WILLIAM W. DOUGLAS

"Tätervolk"?

The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:
"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Gewerbeentzug wegen Entlastung von der "dem deutschen Volk auferlegten Erbsünde"

"Er [Udo Walendy] habe versucht, die den Deutschen angelasteten Taten aufzuarbeiten und das deutsche Volk von der ihm auferlegten »Erbsünde« zu befreien. ..."

Die o.a. Tat stellt ein Verbrechen dar."

Schreiben des Oberkreisdirektors von Herford am 30.6.1999 + 19.2.1999 an den Historiker Dipl. Pol. Udo Walendy als Begründung zum Entzug seiner Gewerbebefähigung auf Lebenszeit. Juristische Einsprüche gegen diese für das gesamte Bundesgebiet geltende Verfügung waren abgewiesen worden.

Weitere Einzelheiten in

Historische Tatsachen Nr. 77, S. 38 + Nr. 81, S. 21 - 22.

Copyright
2005 by

THE BARNES REVIEW (TBR Co)
1433 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA

ISSN 0176 - 4144

Krebsgeschwüre "unserer Gesellschaft": Geschichtsfälschung, Rechtsbeugung und Karrierevernichtung im Falle "unkorrektur Meinung"

"Anfangen von dem Zwang, der »Singularität des Holocaust« unsere Reverenz zu erweisen, über die Verpflichtung, die im Nürnberger Prozeß von den Siegermächten getroffenen Feststellungen auf alle Zeiten anzuerkennen, bis hin zu den vielen Tabus, die uns verbieten, historische Wahrheiten auszusprechen und zu diskutieren -- alle diese Denkverbote, die uns daran hindern, zu eigenständigen Wertungen und Urteilen zu kommen -- dies alles ist nicht nur eine Beleidigung für jeden aufgeklärten Menschen, sondern auch das geistige Todesurteil für jede freie Gesellschaft. George Orwell läßt grüßen!"

Bundeswehr-General a.D. Reinhard Günzel im Mai 2004 auf dem '7. Berliner Kolleg'. -- Vollständige Rede abgedruckt in *Soldat und Volk* Nr. 7/8, 2004

sowie in *Recht und Wahrheit* Nr. 1", 2005, S. 28 - 33.
(Apartado d.C. 222, E-38430 Icod de los Vinos, Tenerife)

INHALT

"Volk der Täter"	3
Grundsatzlose Phrasen	4
Frei erfundene KZ-Biografie	8
Bildfälschung	9
"Ewige Schuld"	10
Vernichtungsauftrag gegen Deutsche nicht strafbar	14
Unterdrückung von Wahrheitsbeweisen	17
Dogmatisierte Fälschungen	19
Christliche Sprüche -- einst und jetzt	20
Wiedervereinigung Deutschlands	22
Staatlicher Betrug	23
Zahlenmaterial über Reparationen liegt nicht vor	24
Medienrechte in ausländischer Hand	25
"Die Bundesrepublik handelt im Bündnis"	26
Pleiteszenario	27
Bundesrepublik sorgt sich um Mitbürger	28
Polen-General, erst Asyl, dann Rente	29
Waffen und Geschenke an "Freunde"	30
Griechenland greift zur Pfändung	31
Weiterhin hemmungslos Bewältigung	31
Neues Beispiel unversehämter Lüge	32
Umwandlung des Volkes in multikulturelle Gesellschaft ..	33
Israel weist Andersgläubige aus	40
Nichts für Recht und Ehre des deutschen Volkes	40

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

The Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
England

The Barnes Review
Apartado de correos 187
E 29649 Mijas Costa
Spanien

"Wir leugnen es nicht, und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird. ... Stärker als die Fronten zusammen ist unsere Front, die Front des Judentums. Wir geben diesem Krieg nicht nur unsere ganze finanzielle Unterstützung, auf der die gesamte Kriegsproduktion basiert, wir stellen diesem Krieg nicht nur unsere propagandistische Macht zur Verfügung, die die moralische Triebkraft zur Aufrechterhaltung dieses Krieges ist. Die Sicherung des Sieges baut sich hauptsächlich auf der Schwächung der gegnerischen Kräfte, auf der Zerschlagung in ihrem eigenen Lande, im Innern des Widerstandes auf. Und wir sind das Trojanische Pferd im Innern ihrer Festung. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes. Dort ist unsere Front eine Tatsache und die wertvollste Hilfe für den Sieg."

Chaim Weizmann, Präsident der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorganisation (später 1. Präsident des Staates Israel) am 9.5.1942 vor der Extraordinary Zionist Conference im Biltmore Hotel, New York City, *New York Times*, 12.5.1942 + 10.11.1942 + 3.12.1942. -- Vergl. auch J.G. Burg, "Sündenböcke". München 1980 (3. Aufl.), S. 243.

"Volk der Täter"

Professor Dr. Michael Wolffsohn, israelischer Patriot in Deutschland oder "deutschisraelischer Patriot" -- wie er sich selbst bezeichnet --,^{1) S. 12} langjähriger Dozent für neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in Fürstfeldbruck, wählte in "Die Deutschlandakte"²⁾ eine Kapitelüberschrift "Tätervolk belehrt Opfervolk". In seinen Büchern "Keine Angst vor Deutschland"¹⁾ und "Ewige Schuld?"³⁾ verwendet er als Standardbegriffe "Land der Mörder", "Staat der Täter", "Volk der Mörder, Henker oder Täter", füllt seine Seiten unablässig mit "Auschwitz" oder "Holocaust" -- ohne auch nur ein einziges Mal konkretes Geschehen zu analysieren, also Beweise zu liefern! --, als ob das Wiederholen von Parolen Tatbestände beweise und es in Deutschland keine Humanisten gegeben hätte. Stalin, Roosevelt und Churchill bleiben bei ihm unerwähnt -- offenbar keine "Täter" --, ihre Streitkräfte auch keine. Seinen Büchern zufolge scheinen Kämpfe des Zweiten Weltkrieges nur von "deutschen Tätern", schrecklichsten Barbaren ausgefochten worden zu sein.

Weder die Bundesregierung, noch speziell der Bundesverteidigungsminister als sein unmittelbarer Dienstherr, noch irgendein brd-Staatsanwalt hatten irgendwelche Einwendungen. Schließlich machte Prof. Michael Wolffsohn nur von seiner freien Meinung Gebrauch, und eine Verunglimpfung Deutscher ist in der Bundesrepublik, weil sie keine schützenswerte "Minderheit" sind, nicht strafbar.

Regierender Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (geb. 1941, CDU) in seiner Rede bei der "Internationalen Tagung im Haus der Wannsee-Konferenz" am 9.11.1987:

"Selbst in den Vereinigten Staaten, wo es nicht dieselben Schwierigkeiten des Erinnerns gibt wie im Lande der Täter, dauerte es nach dem Krieg noch Jahrzehnte, ehe die Holocaust-Gedenkbewegung in ihrer heutigen Macht entstand. ...

Alle Völker erinnern sich am liebsten ihrer wirklichen oder vermeintlichen Heldentaten. Nur dafür werden gemeinhin nationale Gedenkstätten errichtet. Dagegen sind die Deutschen durch die historisch einmalige Schandtate des Holocaust in die Verantwortung genommen, auch für diese schlimmste Tat ihrer Geschichte Gedenkstätten zu errichten, wie wir es im Hause der Wannsee-Konferenz tun." ⁴⁾

Diepgen kündigte weitere solcher Erziehungsstätten in

- 1) Michael Wolffsohn, "Keine Angst vor Deutschland", Bonn - Wien 1990.
- 2) Michael Wolffsohn, "Die Deutschlandakte", München 1996.
- 3) Michael Wolffsohn, "Ewige Schuld?", München - Zürich 1991.
- 4) *Deutsche Wochenzeitung*, Rosenheim 20.11.1987.

Berlin an. Der Einweihung des Mammut-Mahnmals am Brandenburger Tor am 27. Januar 2000 freilich blieb er fern. Über Einzelheiten der von ihm zitierten "einmaligen historischen Schandtaten" hat man von ihm nichts gehört.

Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau beim Auschwitz-Gedenk-Akt am 24.1.1995:

"Vor allein für das Volk der Täter kann es, darf es keine Befreiung, keine Entledigung von Auschwitz geben."

Johannes Gerster, Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, bis 1994 Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, seit 1997 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel, hat sich mit einer Unzahl von bundesdeutschen Steuerschenkungen in Israel beliebt gemacht.⁵⁾

Als Dank wurde er Ehrendoktor der Ben-Gurion-Universität des Negev. Er pflegte die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel als "Verhältnis vom Volk der Täter von gestern zum Volk der Opfer". ^{6) S. 209}

Am 3.10.2003 hat CDU-Bundestagsabgeordneter Martin Homann in seiner Rede zum Nationalfeiertag nach geschichtswidrigen Angriffen gegen die Wehrmacht die Unterstellung abgewehrt, das deutsche Volk sei ein "Tätervolk". Ebenso könnte man auch von den Juden als "Tätervolk" sprechen, weil etliche seiner Angehörigen führende Funktionen in blutigen Revolutionen innegehabt hatten. Doch sei es abwegig, aus diesem Sachverhalt ein "Tätervolk" zu konzipieren. Nur persönlich zu verantwortende Taten könnten gerichtet werden.

Auf Einwirkung des Zentralrats der Juden in Deutschland verlor Homann Amt und Würden und wurde aus der CDU ausgeschlossen. Juden können offenbar keine Täter sein. Den Begriff "Tätervolk" für sie überhaupt als Vergleich zu erwägen ist bereits eine Sünde wider den heiligen Geist. Die Deutschen aber sollen das ertragen.

- 5) "Von den rund 3 Milliarden, die die Stiftungen der etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne insgesamt pro Legislaturperiode aus öffentlichen deutschen Kassen erhalten, wenden sie erhebliche Beträge für und in Israel auf. Wie hoch auch nur annähernd genau die Summen sind, läßt sich kaum ermitteln. Dazu sind die Stiftungshaushalte allzu verschachtelt." ^{6) S. 208}
- 6) David Korn, "Das Netz -- Israels Lobby in Deutschland", München 2003, FZ-Verlag.

Singuläre Spitze perverser Selbstkasteiung erreichten Bundeskanzler **Helmut Kohl** (geb. 1930), indem er dem "Ent-decker" der *"deutschen Judenkillergene"* bzw. *"der gene-tisch bedingten Kollektivschuld"*, **Daniel J. Goldhagen**, 1997 einen Preis verlieh,^{6a)} Bundespräsident **Horst Köhler** (geb. 1943), als er am 2.2.2005 die Holocaust-Verantwortung zur Identität des deutschen Volkes gehörig erklärte^(vergl. S. 14) und Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (geb. 1944), als er die *Frankfurter Allgemeine* am 11.4.2005 auf S. 2 gemäß seiner Gedenkrede in Buchenwald tags zuvor zu der Überschrift veranlaßte: *"Völkermord Teil der deutschen Identität"*. Nicht

nur daß es für den Völkermord außer Zeugenaussagen -- *"nicht immer ein sicheres Beweismittel"*⁹⁾ -- keine Beweise gibt -- *"Dem Gericht fehlten fast alle in einem normalen Mordprozeß zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten, um sich ein getreues Bild des tatsächlichen Geschehens ... zu verschaffen. ... keine Leichen ..."*⁹⁾ --, bedeutet das implantierte Wesens-, Identitäts-Veranlagungsmerkmal-"Völkermord" für alle Generationen des deutschen Volkes eine einmalig niederträchtige Verdammung, und dies noch seitens der auf dieses Volk vereidigten Repräsentanten!

Singuläre "Souveräne"

"Es ist ein einmaliger Vorgang der Weltgeschichte, daß ein ebenso kluges wie tüchtiges Volk durch infame Lügen in den Abgrund einer unauslöschlichen Kollektivschuld gestürzt wurde und nach 60 Jahren immer wieder von seinen eigenen Kanzlern, Präsidenten und Politikern durch Beschwörung längst widerlegter Verbrechen in den Sumpf voller Lügen hinabgedrückt wird."

Hans Werner Woltersdorf

Grundsatzlose Phrasen zur Diffamierung des deutschen Volkes

Dr. Konrad Adenauer am 24. März 1946 in der Kölner Universität:

"Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war schon 1914 so. ... Obgleich die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufweisen, habe ich schon immer das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein. ..."

Einige Monate später ergänzte er in einem Aufsatz:

*"Sobald aber Berlin wieder Hauptstadt wird, wird das Mißtrauen im Ausland unlöslich sein. Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preußen."*⁷⁾

Dr. Hans-Joachim Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion im Interview mit der *Allgemeine -- Jüdische Wochenzeitung*:

*"Das Ende des menschenverachtenden nationalsozialistischen Unrechtsstaates war aber ein Segen für die Menschheit, denn man kann den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Für mich steht daher der Gesichtspunkt der Befreiung im Vordergrund, auch wenn es leider keine Befreiung von innen heraus war."*⁸⁾

Tolle "Begründung", mit der er nachfolgend "fortdauern-de Scham und geschichtliche Verantwortung" folgerte sowie die "Aufrechnungsmentalität" zu bekämpfen forderte.

Im Juni 1986 wurde ein "Historikerstreit" weltweit hochgeputscht -- uns liegt ein diesbezüglicher Pressebericht vom 10. Februar 1987 vor --, der an der *"nicht zu dulddenden These"* des deutschen Prof. **Ernst Nolte** von der Freien Universität Berlin entzündet wurde, derzufolge der Bolschewistenterror lange v_o_r Adolf Hitler, und zwar bereits in Größenordnungen politischer Morde, Enteignungen und Entrechtungen ganzer Völker gewütet hatte. Der russische Historiker **Alexander Ruzkoi** lastete in seinem Buch "Vom Reich" den Bolschewisten bis zum Jahre 1938 = 23.905.000

6a) Vergl. *Historische Tatsachen (HT)* Nr. 77 S. 16 + *Der Spiegel* Nr. 42/2000 S. 80.

7) *Die Zeit* am 12.12.1946.

8) *Allgemeine -- Jüdische Wochenzeitung*, 5.7.1985, S. 1.

politische Mordopfer an, die er im einzelnen aufgelistet hat, z.B. bis 1921 bereits 4 Millionen, -- "in Friedenszeiten" wohlge-merkt! Andere russische Autoren, wie auch **Alexander Sol-schenizyn**, weichen zwar in Einzelheiten von einander ab, ohne jedoch die ungeheuerlichen Millionen-Ausmaße, "das Ge-waltregime" und die grundsätzliche "Terrorherrschaft" an-zuzweifeln.

Das war dann den UvD's, den Umerziehern vom Dienst in Deutschland, die stets aufs neue (an)schaffen mußten, um das Wohlwollen des Auslandes nicht zu verlieren, denn doch zu viel.

So hat dann der Sozialphilosoph **Jürgen Habermas** vom Münchener Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften *"einen Monat später den Streit eröffnet"*. Nein, man könne *"Klassenmord"* nicht mit *"Rassenmord"* vergleichen! Das sei schließlich ganz etwas anderes und *"relativiere die Einzigartigkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus"*!

Prof. **Werner Jochmann**, langjähriger Leiter der For-schungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, "sorgte" sich mit ihm:

"Unterschiede in der Entwicklung zwischen dem bolsche-wistischen Klassenmord und Hitlers Rassenmord zu berück-sichtigen. Man muß erst die Unterschiede beschreiben. Es ist nicht alles vergleichbar. Das Spezifische des Nationalsozialis-mus komme bei einem bloßen Vergleich nicht heraus. Und auf dieses Spezifische kommt es ja gerade an."

Konkret Sachliches war diesen "sorgenvollen" Bekun-dungen nicht zu entnehmen, hingegen ausschließlich all-zu dummliche Phrasen.

"Hochgradig zynisch"

Prof. **August Winkler**, Historiker (SPD):

"Alles, was Wissenschaftler tun, um die Untaten des Stali-nismus und des Kommunismus/Sozialismus aufzuhellen, sei nach Darstellung vieler Historiker suspekt, ja verwerflich, weil es angeblich darauf hinauslaufe, »Auschwitz zu relativieren«, also herunterzuspielen."

9) Auschwitz-Prozeß-Urteil vom 20.8.1965, Az.: 4 Ks 2/63 S. 109. -- Ausführlicheres Zitat in *HT* Nr. 92 S. 29 - 30.

Eine ärgere Manipulierung und Instrumentalisierung des Holocausts ist aber kaum denkbar. Die massenhafte Ermordung der Juden als angebliches Argument gegen die überfällige Offenlegung der dutzendmillionenfachen Verbrechen kommunistischer Terrorregime sogar auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg -- dieses Denkmuster könne man nur als hochgradig zynisch bezeichnen." ¹⁰⁾

MdB Dr. Hans de With (SPD) bekräftigte in seiner Bundestagsrede am 18.5.1994:

"Wer den nationalsozialistischen Massenmord, also den Holocaust, verharmlost oder leugnet, muß wissen, daß er an demokratischen Grundfesten rührt." ¹¹⁾

Kommentar:

Eine kontroverse Auffassung über bestimmte historische Geschehensabläufe hat mit "demokratischen Grundfesten" (was ist das überhaupt?) nichts zu tun. In Wirklichkeit richtet sich ein "Demokrat" selbst, wenn er Meinungen, Erkenntnisse Anderer nicht gelten läßt und auf den Strafrichter verweist. Dieser soll, gemäß ausschließlich auf die "nationalsozialistische Gewaltherrschaft", bezogenen Gesetzestexte mittels politisch vorgegebener "Offenkundigkeiten" die Geschichtsforschung festlegen. Dies zu einer Zeit, da es für diese "Offenkundigkeiten" bislang noch keine abgeschlossenen amtlichen wissenschaftlichen Untersuchungen gegeben hat und erst Jahre später viele Dokumente aus den Moskauer und anderen Archiven zu dem angesprochenen Thema freigegeben worden sind. Dies aber auch zu einer Zeit, da jeder haßkranke Lügner, Geschäftemacher, Scharlatan und Demagoge mit pervers-makabrer Fantasie nach Belieben deutsche Greuel erfinden und straffrei selbst über Film und Fernsehen verbreiten darf. Sogar offizielle Preise gibt's dafür, siehe -- abgesehen vom Bundesverdienstkreuz für **Simon Wiesenthal** und **Michel Friedman** u.a. -- **Daniel Jonah Goldhagen**, Erfinder "deutscher Judenkiller-Genes".¹²⁾ Derweil ist für den bolschewistischen Mega-Holocaust kein "Erinnern", keine Reue, Sühne, keine Wiedergutmachung, keine Kollektivscham und "ewige Verantwortung" vorgesehen. Ein gentleman schweigt über dieses Thema.

Dafür erhielt der Verfassungsschutz den Auftrag, den Revisionismus "offensiv zu bekämpfen". Das liest sich dann im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen von 1994 so:

"Zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes gehört auch die Befassung mit dem Revisionismus, der ein organisationsübergreifendes Bindeglied innerhalb des Rechtsextremismus bildet. Revisionistische Propagandafelder sind:

- Agitation gegen die Oder-Neiße-Grenze mit Forderung auf Herausgabe der Ostgebiete (sog. geographischer Revisionismus),
- Versuche, anhand zweifelhafter »wissenschaftlicher Untersuchungen« und Dokumente den Völkermord im Dritten Reich zu leugnen bzw. zu relativieren (sog. Auschwitz-Lüge),

- Versuche, die Kriegsschuld Deutschlands und Kriegsverbrechen zu leugnen (sog. Kriegsschuld- und Greueltügen der ehem. Siegermächte).

Die oft selbsternannten Historiker

- überbetonen die Differenzen in den naturgemäß subjektiven persönlichen Berichten Betroffener,
- interpretieren historische Dokumente bewußt falsch,
- heben differenzierende Zahlenangaben in der Fachliteratur hervor,
- verschweigen zum Gesamtverständnis notwendige Sachverhalte.

Diese veröffentlichten »Forschungsergebnisse« sind und waren geeignet, zumindest bei den historisch weniger informierten Bürgern Zweifel an der Geschichtsschreibung zu wecken. ...

»Leuchter-Gutachten«

... Diese Expertise des amerikanischen Ingenieurs und Spezialisten für die Herstellung verschiedener Exekutionsausrüstungen innerhalb der Gefängnisse der USA beruht auf dessen persönlichen Nachforschungen vor Ort, d.h. in den ehemaligen Vernichtungslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek. Im Ergebnis will **Fred Leuchter** mit seinem Gutachten beweisen, daß die planmäßige Judenvernichtung schon allein aus technischen Gründen nicht hätte durchgeführt werden können.

Die nicht unerhebliche öffentliche Wirkung dieses »Leuchter-Berichtes« veranlaßte das Institut für Zeitgeschichte in München zu einer Gegendarstellung, in der eindeutig nachgewiesen wurde, daß es sich um eine pseudo-wissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-Propagandaschrift handelt.¹³⁾

Leuchter wurde am 28. Oktober in Köln verhaftet und kam in Mannheim in Haft. Grund des Haftbefehls war seine Teilnahme an einer von dem NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** im November 1991 in Weinheim/Rhein-Neckar-Kreis initiierten Veranstaltung, in der **Leuchter** seine These erläuterte. ...

»Rudolf-Gutachten«

Als weiterer wissenschaftlicher Beweis, daß es sich bei der 'angeblichen Judenvernichtung' um reine Propaganda der Siegermächte gehandelt hat, wird in rechtsextremistischen Kreisen das 'Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanid-Verbindungen in den »Gaskammern« von Auschwitz' des Dipl.-Chemikers **Gerhard Rudolf** aus dem Jahr 1992 gehandelt. **Rudolf**, ehemaliger Doktorand am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart, erstellte sein 'Gutachten' im Auftrag des Verteidigers von **Leuchter** und kommt zu denselben Ergebnissen wie **Leuchter**.

Bekannte deutsche Revisionisten

Der Agrarökonom **Thies Christophersen** ...

Der Dipl. Politologe und frühere NPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen **Udo Walendy** aus Vlotho. Insbesondere in den von ihm verfaßten Schriften der Reihe »Historische Tatsachen« befaßte er sich intensiv mit der

10) *Westfalenblatt, Vlothoer Tageblatt*, 18.10.1998, zitierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

11) Bundestagsprotokoll S. 1969.

12) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 77, S. 16.

13) Das Leuchter-Gutachten ist in *Historische Tatsachen* Nr. 36, S. 20 ff abgedruckt. Zum Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte siehe *HT* Nr. 42, S. 32 - 36; zum hier nicht erwähnten diesbezüglichen Gutachten des polnischen Instituts aus Krakau siehe *HT* Nr. 50, S. 40.

sogenannten »Auschwitz-Lüge«. -- (Das Thema Udo Walendy war damit schon abgeschlossen, zum Inhalt der Schriften nichts!, -- Zusatz d. Verf.). ...

Durch das am 3. Dezember 1994 in Kraft getretene Strafrechtsänderungsgesetz ist der § 130 StGB um folgenden 3. Absatz ergänzt worden:

»Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 220a Abs. 1 (= Völkermord) bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.«.

Hiermit wurde die Leugnung des Holocaust als eigenständiger Straftatbestand in das StGB aufgenommen. ...

Die perfiden »Erkenntnisse« der notorischen Leugner werden mit neorechtem Scharfsinn flankiert durch oftmals ausgefeilte konditionale und hypothetische Konstruktionen, mit denen scheinbar Kriterien wissenschaftlicher Redlichkeit bemüht werden, tatsächlich aber ein Mentalitätswandel beabsichtigt wird, der faktisch eine inadäquate Entlastung von Vergangenheit im Dienste nationaler Zukunft herbeiführen soll. ..."

Beachtlich an diesem Verfassungsschutzbericht ist:

(1) landesverräterisches Verhalten nach Reichsrecht der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und des Dritten Reiches (Übergabe von Gebietsteilen an fremde Staaten) gilt in der BRD als Rechtsposition, um heimatentreue Bürger als volksverhetzende Revisionisten, gar Revanchisten, jedenfalls als "Verfassungsfeinde" öffentlich anzuprangern,

(2) eine solche öffentliche Anprangerung, erfahren auch kritische Journalisten und Wissenschaftler,

(3) die wissenschaftlich-historische Sachaufklärung wird im Zusammenhang mit dem Strafrechtsänderungsgesetz vom 3.12.1994 als "Volksverhetzung" bekämpft.

Vizekanzler **Wolfgang Schäuble** gestand am 24.4.1996 in der **Frankfurter Allgemeine** die Rechtsbeugung ein:

"Ich will zur Strafbarkeit der Auschwitzlüge ... nur folgendes sagen: Man könnte, wenn man in einem abstrakten Raum wäre, natürlich trefflich darüber streiten, daß es unter juristischen Gesichtspunkten eigentlich Unfug ist, Meinungsfreiheit zu verbieten. ... Aber für hier und heute ist es richtig, selbst mit Gesetzen, die man unter rein juristischen Gesichtspunkten als problematisch empfinden kann."

Weitere Begründung keine. Warum sind problematische Gesetze, die die Meinungsfreiheit für das gesamte Volk in allen Fragen, die die internationale Rechtsstellung des Volkes betreffen, aufheben, "hier und heute richtig"? -- Wirklich dummes Geschwätz zur "Begründung" für offiziellen Verfassungsbruch und weitere Entmündigung des eigenen Volkes!

"Es verstößt elementar gegen alle Regeln einer auf Meinungsfreiheit beruhenden Demokratie und gegen die Freiheit der Wissenschaften, wenn geschichtliche Ereignisse vom Gesetzgeber verbindlich festgeschrieben und damit dem ständigen, niemals abgeschlossenen Prozeß objektiver Forschung entzogen werden. Hinter diesen unverzichtbaren Freiheitsrechten müssen die Gefühle von Verbrechensopfern notgedrungen zurückstehen. ... Niemand käme bei uns auf die Idee, die Verharmlosung oder Leugnung sowjetischer (einschließ-

*lich DDR) Verbrechen strafrechtlich verfolgen zu lassen, um deren Opfer gefühlsmäßig zu schonen."*¹⁴⁾

Im Juni 1995 "informierte" Bundeskanzler **Helmut Kohl** (geb. 1930) den Bundestag:

"Nur Unbelehrbare können bestreiten, daß die erste Ursache jener Tragödie (die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostprovinzen, -- d. Verf.) im 30. Januar 1933 zu suchen ist.

Eindeutig ist auch die Verantwortung für den Angriffskrieg im Osten, zuerst gegen Polen und dann gegen die Sowjetunion.

*Wir werden nicht vergessen, daß die ersten Kriegsflüchtlinge Polen waren, die vor den deutschen Angreifern flohen. So begannen die Leiden des polnischen Volkes, das das erste Opfer von Hitlers Vernichtungsfeldzug wurde."*¹⁵⁾

So dumm konnte **Kohl** in dieser Amtsstellung gar nicht sein, um nicht zu wissen, daß er in Verunglimpfung und somit zum Schaden seines eigenen Volkes die Geschichte total verfälschte, alle wirklichen Zusammenhänge und Täter jenseits der deutschen Grenzen seit Versailles 1919 ausblendete und in Primitivstpropaganda alle Schuld nur auf einen einzigen Mann und das deutsche Volk ablad.

Der niedersächsische Ministerpräsident **Gerhard Glogowski** (SPD) servierte am 11. Mai 1998 anläßlich einer Innenministerkonferenz zum Verbot der Deutschen Volksunion (*"wenn wir könnten, würden wir sie sofort verbieten"*) nach ihrem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt mit Stimmenanteilen von 12,9% und in einzelnen Wahlkreisen von 13 - 17% eine neue Variante für die Behandlung seiner Volksgenossen mit anderer politischer Meinung.

Den "rechtsradikalen Sumpf", den auch schon andere brd-Prominente "zur Sachklärung" bemüht hatten, reicherte er noch um Pikantes an:

*"NPD, Republikaner, DVU unterscheide ich nicht. Das ist für mich alles rechtsradikaler Sumpf. Das hieße Scheiße nach Geruch zu sortieren."*¹⁶⁾

Weder ist eine Entschuldigung von ihm bekannt geworden noch eine Rüge seitens der herrschenden Parteien.

In der **Deutschen Nationalzeitung** hieß es am 15. Mai 1998, S. 4:

"Der Wahlsieg der Deutschen Volksunion in Sachsen-Anhalt wird in der anti-deutschen Meinungsindustrie mit einem einzigen rasenden Aufschrei von Haß, Lüge und Fälschung beantwortet.

Wer die Interessen Deutschlands und des deutschen Volkes wahren will, wird in der gemeinsten Weise verunglimpft, verleumdet, verteuelt. Das ist Deutschland 1998."

Das System hat sich bis heute nicht geändert. Nicht nur die DVU (Deutsche Volksunion) ist betroffen, sondern jeder normal gebliebene Deutsche. Eine nach den Vorschriften des Grundgesetzes zu gewährleistende freie geistige Auseinandersetzung und gleichberechtigte Behandlung der Bürger findet gar nicht statt, weil Zusatzgesetze die Meinungsfreiheit in wesentlichen Bereichen unterbinden und privilegierte

14) *Frankfurter Rundschau*, 13.11.1980.

15) *Deutsche Nationalzeitung*, München 7. Juli 1995, S. 6.

16) *Hannoversche Allgemeine Zeitung + Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 12. Mai 1998.

Rechte für auserwählte Minderheiten festlegen. Hinzu kommt, daß die Vertreter der etablierten Parteien und Medien offensichtlich den Sprachregelungen und Rechtsmaximen der Siegermächte folgend auf globale deutsche Schuld und ewige Sühne eingeschworen sind.

Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl** pflegte sich auch vor den deutschen Gefallenen, die selbst von ehrlichen Gegnern als die diszipliniertesten Soldaten der Welt anerkannt sind, nicht zu schämen, ja vor Ekel zurückzuschrecken, ihnen ausschließlich Verbrechen und dann noch in einer solchen Größenordnung und solcher Schrecklichkeit vorzuwerfen, wie sie in Wirklichkeit das deutsche Volk 1945 seitens seiner Feinde erleben mußte. Dem Organ der Kriegsgräberfürsorge *Stimme und Weg* gab er es schriftlich:

"All der Haß, der aufgebrochen ist, die Vertreibungen, die barbarischen Taten bis hin zu Vergewaltigungslagern -- wie viele Menschen haben solche Schrecken auf unserem Kontinent zuvor schon erfahren müssen? In Polen, Rußland und in anderen Ländern, wo Deutsche als Imperatoren aufgetreten sind."
17)

Sich mit solchen infamen Tiraden auseinanderzusetzen zu sollen, ist widerlich, weiß doch auch dieser Bundeskanzler sehr genau, daß

(1) die Massenvertreibungen der ostdeutschen Bevölkerung im Frühjahr 1945 und deren bestialische Begleitumstände mit amtlichen Regierungsaufrufen und Tagesbefehlen der Militärführung zur "Tötung aller Deutschen", Brandschatzung, Vergewaltigung, "der größten Menschenjagd der Geschichte"¹⁸⁾ in der gesamten Weltgeschichte einzigartig, nicht vergleichbar waren, es so etwas also auch auf deutscher Seite nie gegeben hat,

(2) diese Vertreibungsverbrechen und ihre Begleitscheine mit den Nationalsozialisten überhaupt nichts zu tun hatten, erklärte doch selbst der schon 1918 in der Versailler Friedenskonferenz haßerfüllt mit geschichtsverfälschenden Denkschriften agierende spätere tschechische Staatspräsident **Eduard Benesch**¹⁹⁾ am 3.6.1945 in Tábor:

*"Was wir schon 1918 durchführen wollten, erledigen wir jetzt. Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen, macht Platz für unsere Menschen. Wir hatten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden. Der Öffentlichkeit wegen muß ich zwar noch bei den »Großen Drei« die Bewilligung einholen, aber das ändert an all dem nichts mehr, denn es ist alles schon beschlossen."*²⁰⁾

(3) nach deutschem Militärstrafgesetz -- wohl auch einzig in der Militärgeschichte -- bereits auf Vergewaltigung die Todesstrafe stand.

Dieser Bundeskanzler wußte aber auch, daß in dem Staat, in dem er geschworen hat "den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwen-

17) *Deutsche Nationalzeitung*, München 19. Juni 1998, S. 1.

18) Ausdruck des britischen Außenministers Anthony Eden. -- vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 2, S. 13 ff.

19) Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 464 ff.

20) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 85, S. 36.

AUFBAU ENGLISH SUPPLEMENT

Germany's Foreign Minister Joseph Fischer.

"The Roots of our Democracy are Leading us to Auschwitz"



We are working on the issue of nation and constitution. We are very engaged in making a way to help, or very very few members of the nation, in the future, as we managed to do in the past. It is a dramatic story we witnessed the German government to participate in a nation.

We are working on the issue of "new labor and citizens" of the German companies. Chances or danger, has contained himself that this is for some very important question. He is concerned, and efforts in this case very. Minister Humboldt is doing a fine job. And we hope that we can come more to a solution. Now, not in that of three years. We cannot

Medienliebling Joschka Fischer, geehrt für einen Spruch ohne Substanz. Die Wurzeln deutscher Demokratie liegen Jahrhunderte zurück und hatten Vorbildfunktion für andere Staaten in der Welt, die längst nicht so emanzipationsfreudig, liberal und sozial, waren wie die deutschen Lande. Die Demokratie, die ihre "Wurzeln in Auschwitz" haben soll hat sich als eine Staatsform erwiesen, die Meinungsfreiheit nur Anklägern Deutschlands und ihren Cliquen zugesteht; dem Zweifler droht sie sogleich mit § 130 StGB 5 Jahre Gefängnis wegen "Volksverhetzung" an. Damit freilich führt dieser Außenminister eine solche "Demokratie" selbst ad absurdum. Mit seinem frühzeitigen Einsatz gegen die Wiedervereinigung versuchte er zudem das deutsche Volk der Grundsatzentscheidungsrechte seiner ganzen völkischen Existenz zu berauben.

den", sein Amtseid "nicht justiziabel",²¹⁾ also Betrug am Volk ist. Wäre es anders, hätte er längst aus dem Amt gejagt und wegen Landesverrat verurteilt worden sein müssen.

Auch Polens Vertreter in Versailles hatten bereits 1919 mit verlogenen "historischen Ansprüchen" deutsches Land bis zur Oder-Neiße-Linie einschließlich Ostpreußens gefordert. Gleichzeitig haben sich die Machthaber in Warschau unter Ausnutzung der deutschen Niederlage gewaltsam Posen-Westpreußen nebst Teilen von Schlesien angeeignet, dabei bis 1933 rund 1 Million dort lebende Volksdeutsche vertrieben.

Entgegen dieser Sachlage berichtete Bundeskanzler **Gerhard Schröder** der Presse:

"könne niemand bestreiten, daß die Vertreibung der Deutschen mit dem deutschen Faschismus zusammenhänge, weil er sonst Geschichtsklitterung betriebe."²²⁾

Man kann es auch so formulieren:

"könne niemand bestreiten, daß die Vertreibung der Deutschen mit dem bolschewistischen Völkermordsystem, mit den polnischen, tschechischen und jugoslawischen Vertreibungsverbrechern und deren westalliierten Unterstützern zusammenhängt, weil er sonst Geschichtsklitterung betriebe."

Welche Substanz also haben diese Phrasen unablässig gegen Deutschland?

Dieser Umgangston der sich selbst als "Anständige" klassifizierenden ist auch in der "demokratischen Presse" vielfach "normal". Die *Bildzeitung* z.B. titulierte rechte Demonstranten als "Nazi-Ratten, die man ins Arbeitslager verfrachten müßte", und Landtagsabgeordnete als "braunes Dresdner Abgeordneten-Pack mit einem Gehirn wie Eintagsfliegen". Der CDU-Land-

21) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 67, S. 12 + Nr. 93 S. 10.

22) *Süddeutsche Zeitung*, 14.8.2003, S. 6.

tags-Spitzenkandidat und nachfolgend Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, **Peter Harry Carsten-sen**, sekundierte, indem er sich verwahrte gegen die "Schmeißfliegen, die man vom Parlament fernhalten müsse. Rechte sind Maden, die im faulen Fleisch der Gesellschaft wachsen." ²³⁾

Die permanenten geschichtswidrigen Diffamierungstiraden der Politiker gegen das deutsche Volk werden bekanntlich ergänzt von den gleichartig agierenden Medien in allen Kulturbereichen. Für das Ziel, jede nationale Regung in der Bundesrepublik zu bekämpfen, werden zudem gesetzwidrig enorme Steuergelder und unlautere "Verfassungsschutz"-methoden verwendet. Das Spektrum dieser Machart reicht von kostenlos vertriebener Literatur über die Zentralen für politische Bildung bis zu Anweisungen an die Polizei, Versammlungen nationalgesinnter Personen tunlichst, und sei es auch unter Zuhilfenahme von Chaoten, zu unterbinden. Verantwortliche des Verfassungsschutzes pflegen sogar verdeckt eingesetzte Provokateure "aktiv" einzusetzen bis hin zur Lieferung von Waffen und Anzettelung von Straftaten, um anschließend damit "die rechte Szene" zu belasten.

Kristine Köhler, CDU-MdB und Mitglied des Innenausschusses, begrüßte derweil die 3.500 neuen Förderprojekte der Bundesregierung, "die Jugendliche vor dem Absturz ins rechte Lager bewahren sollen". Lobenswert hervorzuheben sei das "Aussteigerprogramm für Rechtsextreme", es habe seit 2001 = 154 Millionen Euro gekostet. ²⁴⁾

Typisch auch hier: Die Etablierten stört es überhaupt nicht, rechtswidrig Steuergeld für Parteipolitik zu entwenden und sich darüber hinaus einer Sprache zu bedienen, die, wie der Begriff "Rechtsextreme" deutlich macht, ausschließlich auf menschenrechtswidrige Diffamierung abzielt und keinerlei konkreten Sachbezug definiert.

Entsprechend der Re-education-Anweisung der US-Besatzungsmacht aus dem Jahre 1945²⁵⁾ werden "die politisch zielgerichteten dramaturgischen Darstellungen" nicht nur ständig in allen Kulturbereichen der Bundesrepublik neu variiert, sondern es sind auch (nahezu?) die einzigen, die mit Preisen ausgezeichnet werden. Jeder, der auf Preise und öffentliche Subventionen reflektiert, sieht sich genötigt, in diesem Metier zu glänzen. Unter "dramaturgischen Darstellungen" sind freie Erfindungen zu verstehen.

Den ersten "Fernsehpreis zur Verständigung mit Ausländern" unter Mitwirkung der Bundesregierung und dem Jury-Vorsitzenden **Ralph Giordano** -- einem stets unsachlichen Anti-Deutschen mit fremder Loyalitätsbindung und "innerem Auschwitz-Kompaß, der auch nachwachsende rechtsradikale Metastasen registriert" ^{25a)} -- erhielt der "Tatort"-Krimi »Voll auf Haß« des Norddeutschen Rundfunks.

"Der Film schildert das Verlobungsfest einer Deutschen und eines Türken, das eine Gruppe von bösen Deutschen, Skinheads, in ein Blutbad verwandelt -- mit Einverständnis des deutschen Vaters der Braut." ²⁶⁾ S. 444

23) *Deutsche Stimme*, Riesa Nr. 3, März 2005, S. 2.

24) *Jüdische Allgemeine*, 14.4.2005 + *Deutsche Nationalzeitung*, München 22.4.2005.

25) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 86, S. 15.

25a) *Frankfurter Allgemeine*, 28.4.1995.

Wie auch hier sind die Deutschen stets die Übeltäter, die Ausländer "die Guten und die Opfer".

"«Mit den Augen anderer sehen zu lernen» das bezeichnete Bundespräsident v. **Weizsäcker** in seiner Ansprache zur Verleihung des Fernsehpreises als den wichtigsten Beitrag der Medien für ein friedliches Zusammenleben mit den »kulturellen Minderheiten«" ²⁶⁾ S. 444

Das deutsche Volk hat er offenbar ganz aus den Augen verloren.

Seine neue Staatsangehörigkeit war zwar nicht zu erfahren. Doch Diplompsychologe **Rashid Masumbuko**, seit 1981 in der Bundesrepublik und nunmehr an der Universität Hamburg als Leiter der Beraterstelle für Flüchtlinge tätig, "betreut" auch deutsche Aussiedler. Mitbürger **Masumbuko** aus Schwarz-Afrika erfreut sich Pressemeldungen zufolge eines "starken Zulaufes" aus allen Ländern, doch mit den Deutschen hat er "schreckliche Erfahrungen" gemacht: Sie diskriminieren Afrikaner, sogar Polen, so daß diese sich in Alkohol flüchten, an Schlafstörungen und Appetitlosigkeit, sogar an Impotenz leiden. Statt daß den Fremden die Tränen kommen, strömen immer mehr nach Deutschland hinein. ²⁶⁾ S. 445



Ein weiterer Fall frei erfundener KZ-Häftlings-Biografie

"Noch im Januar rührte der angebliche KZ-Häftling die Abgeordneten im spanischen Kongreß zu Tränen, als er, der Ehrengast des Tages, ein bitteres Zeugnis ablegte:

»Als wir ankamen, mußten wir uns ausziehen, die Hunde bissen uns, ihre Lampen blendeten uns. Wir waren normale Leute, wie Sie es auch sind. Sie brüllten uns auf Deutsch ihre Befehle zu: links, rechts! Verstanden haben wir gar nichts, aber einen Befehl nicht zu verstehen konnte dir das Leben kosten.«

Erst in Flossenbürg, dann in Mauthausen will **Enrico Marco** gewesen sein. Seine 1978 erschienene Biografie war in weiten Teilen frei erfunden. ... "

Er war nie in Flossenbürg, nie in Mauthausen oder in einem anderen KZ, lediglich "im Rahmen einer Expedition spanischer Arbeiter in Frankreich von der Gestapo verhaftet und mißhandelt worden." -- Ob das stimmt?

Aber aufgerückt zum Vorsitzenden des Verbandes der spanischen KZ-Häftlinge war er. Im Jahr 2001 nahm er das katalanische Verdienstkreuz für sein Engagement entgegen.

"Vergangenes Wochenende trat **Enrico Marco** von seinen Ämtern zurück. ...

Doch was soll man nun mit einem Schwindler tun, der es eigentlich nur gut meinte?

»Ich wollte nur, daß die Leiden der Opfer nicht in Vergessenheit geraten.«" ²⁷⁾

26) Bernhard Barkholdt, "Asylbetrug und Überfremdung", München 1989 + *Süddeutsche Zeitung*, 14.12.1988.

27) *Die Welt*, 13.5.2005, S. 27.



"Ein ehemaliger Häftling bezichtigt einen einstigen Bewacher in einem von Amerikanern befreiten Lager der Mißhandlung von Gefangenen – Mai 1945."

Mit diesem Text wird das mit "Foto: Ullstein" publizierte Bild im Deutschunterricht (12. Klasse Gymnasium) als Anleitung zum Schreiben von Aufsätzen eingesetzt.

Johannes Dickhans (Hrsg.), "Unterrichtsmodell: Der Vorleser von Bernhard Schlink", Schöningh Verlag, ISBN: 3-14-022350-1, Arbeitsblatt 8, "Foto zur Schulproblematik", S. 56: "Beschreiben Sie das Bild ..."

Bereits der Untertitel ist seltsam anonym gehalten. Man kennt weder das befreite Lager, noch die beschuldigte Person, wobei die Gestik des gut ernährten Häftlings noch überhaupt nichts aussagt, geschweige denn etwas beweist.

Bei genauem Hinsehen erweist sich dieses Bild jedoch als verfälschende Retusche, die alle Merkmale dieser Art Bildfälschungen enthält -- beginnend mit den diffusen schattenlosen Lichtverhältnissen, die nach unten in der Mittelpartie des Bildes ins konturlose Schwarz übergehen, über die unwirkliche Reaktionsweise der Anwesenden bis zu dem entscheidenden Fehler: der mit falschem Winkel gezeichneten Kragenlitze des Unteroffiziers bzw. SS-Unterscharführers, die zudem noch einen Stern hätte tragen müssen. Diesen abgemacht zu haben, während der "Beschuldigte" die kleinen Auszeichnungen über der Brusttasche unverändert gelassen hatte, wäre zwar ungewöhnlich, aber immerhin denkbar. Nicht hingegen denkbar ist, daß er den Winkel der Kragenlitze so sauber verkleinert und auf der rechten Seite seine Kragenlitze gar gänzlich vergessen oder abgerissen haben sollte. -- Ein eindeutiger Regiefehler des Retuscheurs!

Die Winkel der Kragenlitzen vom Spieß des Heeres, der gerade Sonderzuteilungen an Zigaretten, Zigarren und Drops zur Verteilung bringt, entsprechen denen der Waffen-SS. ²⁸⁾



Vergleichsfotos:

Oberscharführer Ernst Stäudle erhielt am 10.4.1942 das Ritterkreuz (8./A.R. der T.Div.). -- Der Kragenlitzenwinkel beträgt genau 90 Grad. ²⁹⁾



Der durstige SS-Unterscharführer steht im gleichen Winkel zur Kamera wie der "Beschuldigte" im Fälschungsbild, was deutlich macht, daß der rechte Kragenspiegel noch zu sehen ist. ³⁰⁾

28) Paul Carell, "Der Rußlandkrieg fotografiert von Soldaten", Berlin - Frankfurt - Wien, Ullstein Verlag 1967, S. 79.

29) Herbert Walther, "Divisionen der Waffen-SS im Einsatz 1940 - 1945 -- Fotos der Kriegsberichte" Friedberg 1993, S. 57.

30) Herbert Walther, "Die Waffen-SS", Wölfersheim-Berstadt 1994.

"Ewige Schuld"

"Ewige Schuld" Anderer ist für die jüdische Orthodoxie nichts Einmaliges:

"Das Judentum ist von einem sehr tiefen Haß gegenüber dem Christentum durchdrungen, verbunden mit völliger Unkenntnis desselben. Diese Einstellung wurde zwar durch die christlichen Judenverfolgungen deutlich verstärkt, ist aber weitestgehend unabhängig von ihnen. Tatsächlich stammt er [der Haß auf die Christen] aus der Zeit, als das Christentum noch schwach war und (nicht nur von Juden) verfolgt wurde." ³¹⁾ S. 177,

Um sich an den Terroristen ("never forget"), Staatschef und Friedensnobelpreisträger Menachim Begin zu erinnern: Als er am 7.1.1952 vor großer, Beifall spendender Menge in Jerusalem ausrief:

"Es gibt keinen Deutschen, der nicht unsere Eltern ermordet hat. Jeder Deutsche ist ein Nazi. Jeder Deutsche ist ein Mörder. Adenauer ist ein Mörder!" ³²⁾ S. 113

fiel auf Grund der im "gelobten Land" bereits jahrelang ritualisierten Sprachregelung kaum noch auf, mit welcher Schnoddrigkeit niederträchtigste Volksverhetzung gegen das deutsche Volk wie selbstverständlich öffentlich betrieben wurde. Diese Methode gehörte schon in den dreißiger Jahren zum politischen Handwerkszeug seiner Glaubensbrüder.

Bundeskanzler Helmut Kohl in Bergen-Belsen am 21.4.1985:

"Das nationalsozialistische Deutschland versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Diese Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel in der deutschen Geschichte.

Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. ...



Fast 10 Jahre hat er auch unter Einsatz von Gewalt versucht, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik umzustürzen. Aus dieser Vergangenheit habe er nie ein Geheimnis gemacht. Seine Strafen habe er abgesessen. *Berliner Morgenpost*, 3.8.1998.

Danach lernte Joschka Fischer (geb. 1948) die karrierefördernde Methode, Dreck auf tote und wehrlose Deutsche zu werfen, die gesamte Generation der NS-Zeit, und die Nachwachsenden mit den Folgen zu belasten. -- Er wurde brd-Außenminister und erhielt zudem viele Auszeichnungen; die Presse lobte ihn als "beliebtesten Politiker".

31) Israel Shahak, "Jüdische Geschichte, jüdische Religion -- Der Einfluß von 3.000 Jahren", Süderbrarup 1998 (Lühe Verlag, Postfach 1245); Originalausgabe London 1994.

32) Michael Wolffsohn, "Ewige Schuld?", München - Zürich 1991.

Die Verbrechen der Hitler-Barbarei, die Verhöhnung, ja die Zerstörung aller sittlichen Normen, die systematische Unmenschlichkeit der NS-Diktatur -- wir dürfen, und wir wollen sie niemals vergessen. ...

Bergen-Belsen, ein Ort mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes wie:

Auschwitz und Treblinka wie Belzec und Sobibor, Kulmhof und Majdanek und die vielen anderen Stätten eines wahrhaften Vernichtungswillens.

Sie sind der Inbegriff für das, was der Mensch in Haß und Verblendung Mitmenschen zufügen kann. ...

Von Anfang an zielte der Terror des totalitären Regimes ganz besonders gegen die Juden. Neid und primitive Vorurteile -- in Jahrhunderten gewachsen -- steigerten sich zu einer Ideologie des Rassenwahns. ...

Millionen Juden fielen dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer. Das Grauen dieser Taten steht heute noch mitten unter uns. ...

Der Rassenwahn der Nationalsozialisten richtete sich auch gegen die Zigeuner. ...

Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham. ... ³³⁾

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Grußbotschaft an die jüdischen Gemeinden Deutschlands zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana 5751, laut *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 13.9.1990, S. 2:

"Der Völkermord an den europäischen Juden, der in der Geschichte ohne Beispiel ist, darf niemals vergessen werden. Wir Deutschen können und werden uns dieser Last nicht entziehen. ..."

Eine amtliche wissenschaftliche Untersuchung über das, was konkret beweiskräftig im Rahmen dieser Singulärthematik geschehen ist, hat die Bundesregierung auch unter seiner Regie nicht durchgeführt, statt dessen aber das Strafrecht mehrfach gegenüber jenen verschärft, die dies unter Berufung auf die Wissenschaftsfreiheit privat zu unternehmen gedachten oder schon unternommen hatten. Diese Methode hat freilich trotz aller Sprüche keine Überzeugungskraft.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn (geb. 1947 in Israel) kennt in seinen Büchern "Keine Angst vor Deutschland" ³⁴⁾ und "Ewige Schuld?" ³²⁾ nur ein "Tätervolk",

33) *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 23. April 1985.

"Das Land der Mörder", "Nachfolger des Mörders" ³²⁾ S. 76 + ¹¹⁴ und ein "Opfervolk", einen "Staat der Mörder" und einen "Staat der Opfer", ³⁴⁾ S. 33 "Nachkommen der Täter": ³⁴⁾ S. 14

"Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen des Holocaust, weil sie Deutsche sind, weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nicht-Deutschen der Holocaust ist und bleiben wird. ...



Mit dem am 10. Mai 2005 eingeweihten gigantischen "Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden Europas" war gleichzeitig eine neue geschichtswidrige Größenordnung ungenannt geblieben: "11 Millionen" eingeführt worden, denn so viele Juden lebten in den 30er Jahren in Europa. Man braucht keine Zahlen, keine Beweise, keine Einzelheiten mehr.

Neben Reichstag, Brandenburger Tor und der ehemaligen Reichskanzlei waren auf 20.999 qm 2.711 bis zu 5 Meter hohe Betonstelen aufgeständert worden. Sie sollen jedem die ewige Schuld und Sühneverpflichtung aller Deutschen, auch der zukünftigen Generationen, vor Augen führen. Das 800-Millionen-€-Grundstück hat "der Bund" kostenlos beige-steuert, von den Baukosten 27,1 Millionen €. In Berlin gab es bereits mehr als 500 jüdische Erinnerungsmale.

Der Zweite Weltkrieg hat über 12 Millionen Deutschen das Leben gekostet. Für ihr Gedenken gibt es ohne Bezug auf die gleichzeitig anklagend verwiesene (deutsche) "Gewaltherrschaft" nicht eine einzige Gedenkstätte im eigenen Land!

-- Eine Vergewaltigung der Jahrtausendalten, für Europa und die Welt vorbildhaften deutschen Kulturgeschichte!

Die in unmittelbarer Nähe am 13.8.1961 errichtete "Berliner Mauer", mit der die kommunistischen "Befreier" den letzten Sperrriegel für ihre 17 Millionen ost- und mitteldeutschen Geiseln geschaffen hatten, währte 29 Jahre.

In unzähligen Forschungsarbeiten ist die Schuldthematik der gewaltigen Weltkriege, von den Ursachen über den Verlauf des Geschehens bis zum Ende und der Nachkriegspolitik längst dokumentiert. ³⁵⁾ + ³⁶⁾ Sie werden sich auf Dauer nicht mit "Schwarzpropaganda" und Denkverbots-gesetzen verdrängen lassen, sondern zu einer völlig neuen Bewertung auch in der Politik führen.



Die Karte zeigt die Lage des Mahnmals südlich der Berliner US-Botschaft. -- Bild dpa

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren. Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt, muß ihm notwendigerweise bekannt sein. Man will schließlich wissen, wofür man zahlt." ³⁴⁾ S. 45 f

"Täter und Opfer müssen gleichermaßen Vergangenheit bewältigen, freilich aus völlig unterschiedlichen moralischen oder sachlichen Gründen und Positionen." ³⁴⁾ S. 100

Für ihn bleiben auch die Nachfahren "Täter" oder "Opfer".

"Die Identität der Deutschen ist verkettet mit der deutschen Schuld." ³⁴⁾ S. 66

Dieser Mann -- vom Verleger als "in Deutschland lebender Jude" vorgestellt ³⁴⁾ S. 2 --, der sich selbst als "deutschjüdischer Patriot" bezeichnet, "zu dessen deutschem Wir-Gefühl die DDR oder die ehemaligen deutschen Ostgebiete nicht gehören", ³²⁾ S. 8 von Seinesgleichen als "Idiot" attackiert, ³⁴⁾ S. 12, 18, 19 ist langjähriger Ausbilder deutscher Bundeswehroffiziere in München/Fürstentum. Mit seinen Büchern, in denen er zuweilen auch auf Distanz zu den "Schuld"- und "Sühne-Ritualen" geht -- nach den vorangegangenen Zitaten kann man an "taktischen Gründen" nicht zweifeln --, "belehrt" er auch das deutsche Volk bzw. die allgemeine Öffentlichkeit. Seine Arbeitgeber haben ihn weder kritisiert noch entlassen. Als "Nachkommen der Täter" scheint ihnen das in der Bundesrepublik auch nicht zuzustehen.

Verfassung des Freistaates Sachsen, Präambel:

"Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes, gestützt auf Traditionen der sächsischen Verfassungsgeschichte, ausgehend von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft, eingedenk eigener Schuld an seiner Vergangenheit, von dem Willen geleitet, der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen, hat sich das Volk im Freistaat Sachsen dank der friedlichen Revolution des Oktober 1989 diese Verfassung gegeben."

Ministerpräsident **Gerhard Schröder** in seiner Rede am Gedenktag, dem 27.4.1995 in Bergen-Belsen:

"Der fabrikmäßige Mord an Millionen von Juden ist wahr,

34) Michael Wolffsohn, "Keine Angst vor Deutschland", Bonn - Wien 1990.

35) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 19, S. 3 + Nr. 62, S. 9 + Nr. 71, S. 3 + Nr. 84, S. 5 + Nr. 86, S. 1 + Nr. 88, S. 10.

36) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 39 S. 40 + Nr. 54, S. 40 + Nr. 88, S. 37 ff. -- Dort jeweils weitere Quellenhinweise.

die planmäßige Vernichtung von Behinderten, von Homosexuellen und Bibelforschern, von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, von Geiseln und Widerstandskämpfern in Deutschland und im Ausland -- all das ist wahr. ...

Wer heute verlangt, einen Schlußstrich unter die Geschichte zu ziehen, der schändet die Opfer ein weiteres Mal.

Der Hitler-Faschismus gehört zu Deutschland. ... Und ich danke Ihnen, den Überlebenden, daß Sie heute hier her gekommen sind um mitzuhelfen, daß niemals vergessen wird, wozu Menschen, wozu Deutsche in der Lage waren. ...

Es waren Hunderte von Millionen Menschen, die unter dieser Barbarei persönlich gelitten hatten. Und diese Barbarei war nicht anonym. Sie hatte konkrete Namen. Namen von Deutschen, die sie aktiv getragen oder sich doch zumindest widerspruchslos zu ihren Werkzeugen hatten machen lassen.

Hätte man es den Juden verdenken können, wenn sie gegen diese Deutschen Rache verlangt hätten?

Nein, man hätte ihnen das nicht vorwerfen können. Aber sie haben das nicht getan. Sie nicht, und unsere Nachbarn auch nicht. Unsere Nachbarn haben uns vergeben, lange bevor wir selbst bereit waren, unsere Schuld anzunehmen."

Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** am 27.1.2000 im Bundestag, seinen Vorredner aus den USA, **Elie Wiesel** in Emotion und Inhalt wiederholend:

"Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und nie vergessen werden darf."

Bundespräsident **Johannes Rau** (geb. 1931) im Februar 2000 vor der Knesset und nachdem er "um Vergebung bat für das, was Deutsche getan haben":

"Wir Deutsche werden für alle Zukunft begleitet werden von den Bildern der Morde, die Deutschland zu verantworten hat. ... Die persönliche Schuld mag der Täter mit ins Grab nehmen, die Folgen einer Schuld, die die Grundlagen menschlicher Sittlichkeit erschüttert hat, tragen die nach ihm kommenden Generationen." ³⁷⁾ S. 197

Andere Täter als Deutsche hat dieser Amtsträger, der ebenfalls geschworen hat, "den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden", offensichtlich nicht gekannt, Bilder ermordeter Deutscher nie gesehen, ge-

37) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 7/2000, S. 11.

38) David Korn; "Das Netz -- Israels Lobby in Deutschland", München 2003, FZ-Verlag.



Am 29. Mai 2002 Ehrendoktor der Universität Haifa (6 Deutsche hatten sich dort schon vor ihm ähnlich verdient gemacht). Joschka Fischer beteuerte anlässlich dieser Ehrung erneut, Rückbesinnung und Verpflichtung Deutschlands auf seine "Holoocaust"-Vergangenheit als "unverrückbare Konstante der deutschen Politik" im Auge zu behalten.

Nach vorn und nicht zurückblicken und aus der Vergangenheit keine Verpflichtungen ableiten -- solche seien "anachronistisch und absurd" (Fischer im Oktober 1998 in Warschau)³⁷⁾ -- sollen ihm zufolge die Deutschen bei Tschechen, Polen und anderen osteuropäischen Völkern, denn Friede und Osterweiterung der Europäischen Union vertragen kein Erinnern und Aufrechnen dunkler Vergangenheitsbezüge wie Massenmord, Enteignung, Vertreibung.

schweige denn, daß sie ihn "für alle Zukunft begleiten werden". -- Selbst seine Tochter Anna "nerot" die von ihm repräsentierte "Bewältigung der Vergangenheit" allein schon im Schulunterricht "extrem". ³⁸⁾ S. 197 - 198

Doch -- Aussage im März 2001:

"Man kann nicht stolz auf etwas sein, das man selber gar nicht zustandegebracht hat. Man kann froh sein oder dankbar dafür, daß man Deutscher ist, aber stolz kann man darauf nicht sein."

Grünen-Politiker **Joseph (Joschka) Fischer**, Sohn ungarndeutscher Eltern, "deren Feigheit oder gar Täterschaft"

wegen er sich immer "geschämt" habe, aufgestiegen ohne Schul- und Lehrabschluß vom Straßen- und Barrikadenkämpfer und Hausbesetzer zum **Heinz-Galinski**-Preisträger, Ehrendoktor der Universität Haifa (Mai 2002), "Jude ehrenhalber" (Sommer 2003), **Leo-Baeck**-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland (2005) u.a. hatte gewiß zu wenig Zeit zum Studium ernsthafter historischer Literatur. Zu schnell stieg er plötzlich die Umwelt-Partei-Karriereleiter bis zum Bundesaußenminister hinauf, tummelte sich auf Weltreisen, Versammlungen, Gedenkstätten und TV-Talkshows. Dazu gab's für ihn noch die zeitraubenden Parteisitzungen und Amtspflichten, auch schrieb er mittlerweile seine "Bekenntnisse" in "Risiko Deutschland", Romanstil.

Nach Amtsantritt und Rückkehr aus Washington vom Gespräch mit US-Präsident **Bill Clinton** im März 1999 offenbarte der neue brd-Außenminister die Illusion von deutscher Eigenständigkeit in der Innen- wie in der Außenpolitik:

"Die Bundesrepublik Deutschland handelt im Bündnis, wie schon unter den Vorgängerregierungen. Und so wird es auch bleiben. Dafür sind wir gewählt. ... In der Verfassung ist vorgesehen, daß wir im Namen des ganzen Volkes handeln -- abhängig und kontrolliert von der Mehrheit im Bundestag. Wenn sich die Mehrheiten verändern sollten, mag es eine andere Koalition geben. Aber es wird keine andere Politik der Bundesrepublik Deutschland geben. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Das wissen alle Beteiligten." ³⁹⁾

Die Schlagworte von "deutscher Schuld" und "ewiger Sühne" sowie seine Kampfparolen gegen "Renationalisierung und Regermanisierung" -- wozu die Abstrafung der historischen Wissenschaft mit entsprechender Beweismittelvernichtung ebenso gehört, wie überhaupt jedweder geistigen Verteidigung des deutschen Volkes gegen globale Beschuldigung-

39) *Welt am Sonntag*, 1. April 1999.

gen --, außerdem sein übereifriger Einsatz für "multikulti-Weltaufgeschlossenheit" waren genau das, was die internationalen Personalpolitiker protegierten.

Michel Friedman -- geb. 1956, schon 14 Jahre vor seiner Geburt "von den Nazis deportiert" ⁴⁰⁾, später Mitglied im Bundesvorstand der CDU, des Bundestages und des ZDF-Verwaltungsrates, stellvertretender Zentralratsvorsitzender der Juden in Deutschland u.a. -- erhielt im Jahr 2001 vom Bundespräsidenten **Johannes Rau** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse: er habe sich um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Juden verdient gemacht.

"Sein in ganz Deutschland beachtetes Engagement zeugt von hohem gesellschaftspolitischen Verantwortungsbewußtsein." ⁴¹⁾ S. 22

Kurz danach, Anfang Okt. 2001, erhielt er in feierlicher Umrahmung vom Deutschen Fernsehen in Köln für seine ARD-Talkshows den Preis: "Beste Informationssendung", obgleich **Der Spiegel** seine Moderation als ständige "Inquisition" anzuprangern pflegte. ⁴⁰⁾

Seine Grundsatz-Belehrung als 28-Jähriger für die Deutschen mußte den Preisverleihern bekannt gewesen sein, hatte sie doch schon 1985 öffentliches Aufsehen erregt:

"Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Versöhnung wäre allenfalls denkbar, wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte. Und -- sie hätte nur von den Juden ausgehen können. Aber jetzt nach dem Holocaust klingt dieses Wort in den Ohren der verängstigten und verunsicherten jüdischen Bürger entsetzlich. Die Erben des judenmordenden Staates bieten den Opfern und Nachkommen der Opfer Versöhnung an und sind erbittert, wenn dieses Wort zurückgewiesen wird. Es kommt ihnen in Wirklichkeit gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer." ⁴²⁾

Seine Affären als verstellter "Paolo Pinke" mit illegalen Menschenhandelsorganisationen, perversen Rauschgift-Feten usw. erwischten ihn zwar erst im Sommer 2003, doch warfen sie ein bezeichnendes Licht auf Charakter und Moralverständnis dieses anmaßenden Rechtsanwalts polnisch-jüdischer Eltern, in einem ihm fremd gebliebenen Land.

Das Bundesverdienstkreuz hat ihm deswegen freilich niemand zurückgefordert. Man räumte ihm "eine zweite Chance" ein. Wie würde es wohl einem Deutschen in Is-

40) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 86, S. 25 f.

41) Sven Eggers, "Antisemitismus? -- Die Wahrheit über Michel Friedman", München 2002.

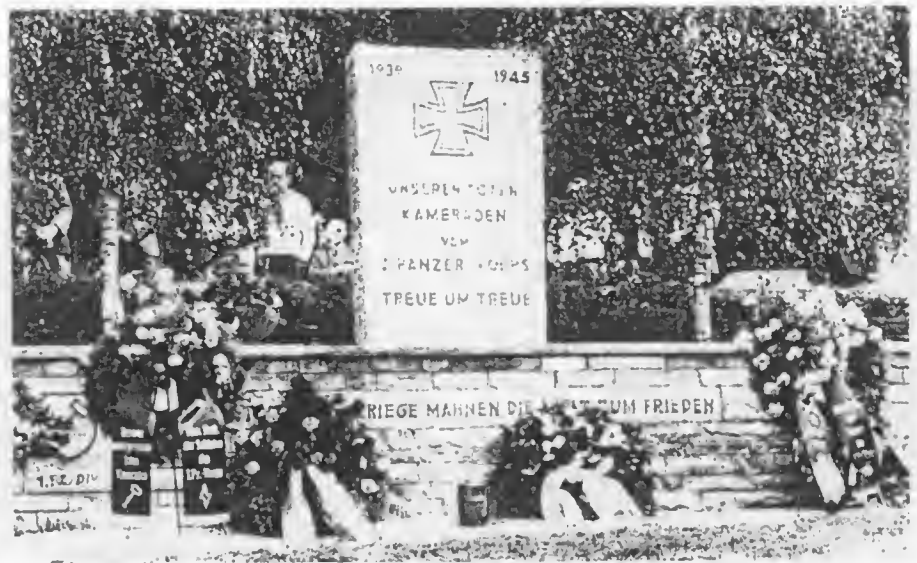
42) *Rheinischer Merkur*, 16.11.1985.

rael bei gleichartigem Lebensstil und Belehrungseifer ergangen sein?

Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (geb. 1944) "stehe dafür, daß man keine Angst haben muß, irgendjemand könnte einen Schlußstrich ziehen", in der **"Tribüne -- Zeitschrift zum Verständnis des Judentums"**, Heft 172, 2004:

"Unsere Aufgabe ist es, auch die kommenden Generationen, die ja keine eigene Berührung mit dieser Zeit haben können, aufzuklären, ihnen klar zu machen, was historisch geschehen ist, wer Schuld auf sich geladen hat, und wer heute die Verantwortung dafür trägt: das Deutschland, das ich repräsentiere. Diese Verantwortung laste auch auf jenen Deutschen, die nach uns kommen. Das muß man jeder Generation wieder neu vermitteln." ⁴³⁾

Bundespräsident **Horst Köhler** am 2. Februar 2005 nach seinem mit Tränen, Scham und in Demut absolvierten Besuch



Heimkehrer des 1. Panzerkorps hatten 1971 für ihre 20.000 Gefallenen und Vermissten dieses Ehrenmal in vertraglicher Absprache mit der Gemeinde Marienfels errichten lassen.

Gegen die jährlichen, gemeinsam mit der Gemeindevertretung durchgeführten Gedenkfeiern zum Volkstrauertag protestierten 30 Jahre später einflußreiche Politprominente mit der Auswirkung, daß die Gemeinde den Kameradschaftsverband e.V. nach Ablauf des Vertrages am 24.6.2003 schriftlich aufforderte,

"das Denkmal bis zum 1. September 2003 zu entfernen. Aufschub könne es nur geben, wenn der Verband das Recht der Gemeinde anerkenne, das Denkmal jederzeit abreißen zu können, wofür der Verband 3.000 Euro Sicherheitsleistung zu hinterlegen habe, um die Abrißkosten zu decken. Außerdem habe sich der Verband zu verpflichten, daß nur Angehörige des Verbandes und ihre Familienangehörigen sowie Zeitzugeen des Kriegsgeschehens bei den jährlichen Gedenkfeiern zugelassen würden."

Der Verband hatte diese entehrenden Bedingungen abgelehnt.

In der Nacht zum 30.4.2004 wurde dieses Ehrenmal mit der Inschrift »Die Toten der Kriege mahnen die Welt zum Frieden« in Marienfels im Taunus mit schwerem Gerät umgestürzt und die zurückgelassenen Trümmerstücke mit Farbe beschmiert. Kriminelle kamen mit dieser Ehrenmalsehändung dem Ahrißbeschuß des Bürgermeisters Axel Harlos zuvor. ⁴⁴⁾

Man stelle sich nur einmal vor, welcher Aufruhr in der Welt losgebrochen wäre, hätte es sich um ein jüdisches Denkmal gehandelt!

Sind das noch deutsche Politiker, die die Kriegstoten ihres eigenen Volkes so behandeln? Marienfels im Taunus ist nur ein Beispiel in der Bundesrepublik.

43) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 7.1.2005, S. 14.

44) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 46017 Oberhausen, Postfach 101706, 11/2003 + 11/2004.

der Gedenkstätte Yad Vashem vor der halbleeren Knesset in Jerusalem:

"Die Verantwortung für den Holocaust ist Teil der deutschen Identität. ..."

Bezugnehmend auf seinen Gedenkaufenthalt in Auschwitz wenige Tage zuvor:

"Ich bin durch das Tor gegangen. Ich habe die Baracken gesehen, die Gleise und die Rampe. Ich bin von den Gaskammern zu den Krematorien gegangen." 45) S. A 5

Sollten sich die "Gaskammern" nicht innerhalb unter den Krematorien befunden haben? So wurde es doch 60 Jahre lang "bezeugt". Ist etwa am "Tatort" wieder etwas verändert worden? Oder hat sich der Bundespräsident nur geirrt, womöglich etwas ganz Falsches erzählt?

Für Israels Ministerpräsident **Ariel Scharon** war des Bundespräsidenten Büßerdemut jedoch wichtiger als solche Einzelheiten. So blieben innerdeutsche Angelegenheiten Thema. Die Gastgeber forderten **Horst Köhler** "mehr oder weniger direkt" auf,

"sich dafür einzusetzen, daß rechtsextremistische Parteien und Gruppen in Deutschland verboten werden:

Deutschland habe, so Scharon, die Pflicht zu einem kompromißlosen Krieg gegen Antisemitismus." 45)

Horst Köhler:

"Vergleiche, die die Shoa verharmlosen, sind ein Skandal, dem wir uns entgegenstellen. Wir müssen die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und Antisemiten offensiv führen. Und wir werden das auch tun." 45)

Am 10. April 2005 hat sich offenbar auch in der Identität des Bundeskanzlers **Gerhard Schröder** ein Wandel vollzogen. Dieser freilich kann schon früher eingetreten sein, doch nun hat er es ausgesprochen: Zur Identität der Deutschen gehöre nun auch die Verantwortung für den Holocaust. Kein Stern zur Kennzeichnung in Kriegszeiten für enemy citizen, sondern ein Verbrecher-Identifikationsmerkmal für Deutsche schon in Friedenszeiten. Zweifellos singulär in der Weltgeschichte. Die Verantwortung für die beiden Weltkriege ist

erstaunlicherweise nicht in dieses Identifikationsmerkmal einbezogen worden. Das bliebe für ihn bei der nächsten alliierten Siegesfeier noch nachzuholen.

Denkmalpflege für die Rote Armee

Für die Restaurierung des 12 m hohen sowjetischen Siegesdenkmals auf deutschem Boden in Berlin-Treptow, das die "Befreiungsverhältnisse" von 1945 verhöhnend einen Rotarmisten mit einem "beschützten Kind" auf dem Arm darstellt, hat der deutsche Steuerzahler auf Veranlassung der Bundesregierung allein im Jahr 2004 = 1,5 Millionen € aufbringen müssen.

An Tötungsaufrufe sowjetischer Publizisten wie **Ilja Ehrenburg** und Marschälle **Georgi K. Schukow** ("Lebensweg über Leichen" 46)) und **Tscherniakowski** mit ihren Generalen der I. + III. Weißrussischen Front "Tötet, Ihr tapferen Rotarmisten, tötet", "nichts stimmt uns froher als deutsche Leichen", "unsere historische Aufgabe: dem faschistischen Tier den Garaus zu machen", "Gnade gibt es für niemanden", "Das Land der Faschisten muß zur Wüste werden" und die entsprechenden Blutspuren von Ostpreußen, über Westpreußen, Schlesien, Pommern, Sudetenland, Brandenburg bis nach Berlin "erinnerte sich" kein brd-Presseboss. Und die Journalisten hatten zu schweigen. 47)



Vernichtungsaufrufe gegen Deutsche nicht strafbar

Unter der Überschrift "Deutsche können ruhig aussterben -- 400 Zuschauer riefen empört beim Zdf an" veröffentlichte **Bild** am 17.12.1986 unter Sparte TV Bild-Köln:

"In der Sendung »Keine Lust auf Kinder?« (Montag, 15.8., 22 Uhr 05) hatte Dr. Margarete Mitscherlich (69) gesagt, die Deutschen könnten ruhig aussterben. Wörtlich »Daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren, ... kann man eigentlich nicht bedauern.« Gut deutsch sprechende Gastarbeiter könnten ihren ganzen »kulturellen Reichtum« einbringen."

Außer Protesten an das Zweite deutsche Fernsehen war nichts zu vernehmen. Und diese konnten Frau **Mitscherlich**, die bereits seit dem Nürnberger Ärzte-Prozeß der Amerikaner 1945 - 1947 mit dem üblen Buch ihres Mannes **Alexander** "Medizin ohne Menschlichkeit" hervorgetreten war, kaum in einer ihr zugetanen auslandsorientierten Parteien- und Me-

dienlandschaft beeindrucken.

"Deutschland muß sterben" fällt nach Entscheidung von Bundesverfassungsrichtern des 1. Senats vom 23.11.2000 (Az.: 1 BvR 581/00), unter "Kunstfreiheit". Liedertexter, Verleger und Händler bleiben "im Namen des Volkes" (wessen Volkes?) straffrei. Die "Punk-Hymne" war auf einer Demonstration Linker per Lautsprecher übertragen worden.

Das Berliner Amtsgericht, das "Deutschland" mit der Bundesrepublik gleichsetzte und daher eine strafbare Verunglimpfung des Staates ableitete,

"habe zu undifferenziert auf den Wortlaut abgestellt und

46) Untertitel des Buches von Viktor Suworow über Marschal Schukow. -- Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 27, S. 3 ff, Nr. 48, S. 5 - 8 + Nr. 86, S. 14.

47) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oberhausen 2/2004 S. 12.

übersehen, daß hier ein gängiges dichterisches Stilmittel verwendet worden sei.

In der Refrain-Zeile »Deutschland muß sterben, damit wir leben können« werde vor allem ein Lebensgefühl von Fremdheit und Hoffnungslosigkeit in aggressiver Zuspitzung vermittelt

Außerdem habe die Punkband auf ein in ihrer Heimatstadt Hamburg stehendes Kriegerdenkmal von 1936 Bezug genommen und die dortige Inschrift »Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen« satirisch verfremdet.

Da die Freiheit der Kunst ein vom Grundgesetz geschütztes Grundrecht sei, könne sie nicht durch andere -- einfache -- Gesetze eingeschränkt werden. ...

Im vorliegenden Fall sei die Kunstfreiheit gegen den Bestand der rechtsstaatlichen Demokratie in Deutschland abzuwägen.

Es sei zu bedenken, daß das Abspielen eines dreiminütigen Liedes vor rund 50 Zuhörern wohl noch keine allzu große Gefahr für die Staatsordnung darstelle. Kritik und auch Ablehnung müssen der Staat aushalten." ⁴⁸⁾

Nicht aushalten allerdings kann der Staat das Liedgut alter und neo "Rechtsextremisten".

"Fahndungserfolg gegen Rechts-extremisten

Mit der Beschlagnahme von mehr als 6.400 CDs mit volksverhetzendem Inhalt in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist der Polizei einer der bisher größten Fahndungserfolge gegen die rechtsextreme Musikszene gelungen. Zudem fiel den Beamten bei der Aktion in Halle und Weimar eine Adreßkartei mit 1.500 Namen und Anschriften von Kunden im In- und Ausland in die Hände."

20 Beamte des Bundeskriminalamtes und andere Behörden suchen täglich im Internet nach rechtsextremistischen websites. ...

"Rechtsradikale" Musik fällt nicht unter Kunstfreiheit.

"Das Verzeichnis aller von der Bundesprüfstelle als jugendgefähr-

dend indizierten und von Gerichten beschlagnahmten Musiktitel umfaßt nach aktuellem Stand 185 Musiktitel von 92 verschiedenen Liedermachern oder Gruppen." ⁴⁸⁾

Im Jahr 2001 stellte die NPD Strafantrag gegen einen Demonstranten, der anlässlich einer öffentlichen Gedenkveranstaltung die Bombardierung Dresdens als "legitimes Mittel zur Demokratisierung Deutschlands" und die Opfer diffamierend als "Kollateralschäden" bezeichnet hatte. Die Leipziger Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein mit der Begründung: Der herrschenden Rechtsprechung zufolge ist das deutsche Volk im Gegensatz zu den hier lebenden Minderheiten nicht Schutzobjekt im Sinne des Volksverhetzungspara-

graphen. § 189 sowie § 77 Abs. 2 StGB setzen ebenso wie § 194 Abs. 1 im Falle der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener Deutscher den Strafantrag eines Angehörigen von einem namentlich genannten verunglimpften Verstorbenen voraus. § 194 Abs. 2 indessen ermöglicht eine Strafverfolgung ohne Antrag, allerdings nur für Personengruppen, die unter der ns-Gewaltherrschaft gelitten haben. --

Zweierlei brd-Recht trotz § 3 Grundgesetz, der die Gleichheit eines jeden Bürgers vor dem Gesetz vorschreibt.

-- Wir begegnen hier beispielhaft einem Relikt von Strafrechtsänderungen aus der Besatzungszeit, das alle "Aufhebungsgesetze aus der Besatzungszeit" von 1955 überdauert hat, weil es schon vor 1948 in die "deutsche Gesetzgebung" übernommen worden war.

Am 14. April 2003 berichtete die als "links" bekannte Berliner **tageszeitung (taz)** über eine Gedenkveranstaltung an den 58. Jahrestag der Bombardierung von Potsdam, bei der eine Rednerin forderte, "keine Träne für Potsdam" und mit den



Verhöhnung der deutschen Bombenkriegsopfer. Hier: in Dresden am 13. Februar 2005. Diese den "deutschen Opfermythos" Bekämpfenden genossen Demonstrationsfreiheitsrechte.

Was aber wäre los in der Welt -- nicht nur in der Bundesrepublik --, würden Deutsche irgendwo mit Hakenkreuzfahnen und einem Transparent "Dem jüdischen Opfermythos entgegenzutreten!" demonstrieren?

Ein solcher Vergleich dürfte vollends den unmöglichen Zustand klären, dem das deutsche Volk seit Kriegsende ausgesetzt ist.

Worten abschloß:

"Preußen war Scheiße! Deutschland auflösen! Für den Kommunismus!" ⁴⁹⁾ S. 223

Wenige Tage später befaßte sich die **taz** mit den Israel-bejubelnden Antifa-Propagandisten, die im Internet unverhohlen als zu bekämpfenden "Hauptfeind Deutschland" an den Pranger stellten. In Deutschland würden sich jene

"zum mörderischen Mob zusammenrotten, sei es in Kegelveereinen, Burschenschaften, Friedens-organisationen oder Vertriebenenverbänden, die trotz aller Tarnungen aber in Wirklichkeit alle Antisemiten seien und daher bekämpft werden müßten".

Nach weiteren Tiraden dieser Art dann:

49) David Korn, "Das Netz -- Israels Lobby in Deutschland", München 2003, FZ-Verlag.

48) Unabhängige Nachrichten (UN) 12/2000, S. 4.



Foto: München, Marienplatz am 13. Februar 2004

*"Solidarität mit Israel! Für den Kommunismus! Nieder mit Deutschland!"*⁵⁰⁾

Bei verschiedenen Gedenkveranstaltungen an die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte, z.B. am 13.2.2004 auf dem Marienplatz in München zum Gedenken an den Luftangriff auf Dresden riefen Gegendemonstranten und trugen entsprechende Spruchbänder **"Bomber Harris do it again"** und **"No tears for Krauts"** (soll heißen: "Keine Tränen für Deutsche").

Mehrere Demonstranten erstatteten daraufhin Strafanzeige wegen Tötungsaufrufen, Billigung von Massenmord, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener unter Berufung auf § 130 StGB, Billigung von Gewalt und Straftaten § 131 + 140.

Die Staatsanwaltschaften stellten die Strafanzeigen jedoch umgehend ein und begründeten dies u.a. damit, daß es sich um Äußerungen handele, die durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt seien. Die Transparente bringen zwar eine Billigung von Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen zum Ausdruck, doch sei dies unerheblich,

"weil es sich um einen Vorfall von nur noch geschicht-

lichem Interesse handele. ... Dem Transparent fehle es an der erforderlichen Konkretisierung. Die allgemeine Aufforderung reiche nicht aus. Das Plakat lasse weder eine feindselige Haltung gegen die Bewohner der Stadt noch einen Angriff auf deren Menschenwürde erkennen.

Letztlich ist auch der strafrechtliche Vorwurf der Volksverhetzung eine gefährliche Waffe und muß mit Bedacht und Rücksicht auf die dadurch berührten gegenläufigen Belange geführt werden."

(Oberstaatsanwalt Stern: StA München, Bescheid v. 30.4.2004 mit Az.: 115 Js 10575/04, Bescheid vom 6.5.2004 mit Az.: 115 Js

10471/04 + Bescheid vom 7.5.2004 mit Az.: 115 Js 10398/04 u.a.)

50) *tageszeitung (taz)*, Berlin 29. April 2003.

Auch alle Beschwerden bei der Generalstaatsanwaltschaft blieben erfolglos. Der frühere Amtsrichter und nunmehrige Rechtsanwalt **Dr. Christian Th. Stoll** erlaubte sich in seiner Dienstaufsichtsbeschwerde die Frage:

"Darf man also davon ausgehen, daß die Billigung und Belobigung der NS-Judenverfolgung -- etwa mit einem Transparent zu einer jüdischen Gedenkveranstaltung mit dem Aufruf »Eichmann, tue es noch einmal« -- ebenfalls strafflos bliebe, weil erstens der Vorfall nur noch von »geschichtlichem Interesse« sei und zweitens die Verantwortlichen längst tot seien (wie Harris)?"

Und zur "fehlenden Konkretisierung":

"Soll also wohl heißen: Bitte mehr Details! Welche Sorten von Bomben? Wie viele? Wann? Darf es auch Phosphor sein? ...

Im übrigen würden auch jegliche Anhaltspunkte dafür fehlen, daß die Beschuldigten mit ihrer Äußerung überhaupt die Opfer des Bombenangriffs im Sinne gehabt hätten.

*Wie bitte? Ist mit »Do it again« möglicherweise nur gemeint, Bomber-Harris solle seine Offiziersprüfung wiederholen? Oder seine Orden noch einmal polieren?"*⁵¹⁾

Es geht bei Erwähnung dieser Vorgänge nicht darum, zu untersuchen, ob es sich hierbei um israelische "Lobbyisten" handelt, die solches in die Welt setzen, ob es Kommunisten oder einfach Spinner sind. Sondern es gilt anzuprangern, daß solche Volksverhetzung in der Bundesrepublik ungesühnt über die Bühne geht und sogar das öffentliche Meinungsklima prägt, ohne daß ein Politiker oder Staatsanwalt überhaupt erwägt, dagegen einzuschreiten.

Eine Beleidigungsgrenze für Deutsche scheint es in dieser Republik offensichtlich nicht zu geben. Statt dessen werden Hundertschaften der Polizei eingesetzt, wie kürzlich wieder im sächsischen Mückau, um mit Kampfausrüstung Versammlungen oder Musik-Abende junger nationalgesinnter Deutscher in Discotheken zu sprengen und Teilnehmer als Kriminelle zu verhaften, die ein solches Vorgehen unverständlich finden.

Ehrung für Vernichtungskrieg gegen Deutschland



Pressemeldung am 5.3.1999 in allen Tageszeitungen, hier aus *Bild*

51) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 36. Jg., Sept. 2004, "Recht und Justiz" S. 3 - 4.

Unterdrückung von Wahrheitsbeweisen

Christoph Löttsch

Münchener Merkur, Donnerstag, 26.3.1992

Demjanjuk: Iwan der Falsche statt "Iwan der Schreckliche"

Bundesdeutsche Stellen verschwiegen Wissen
um gefälschtes Beweisstück

"»Demjanjuk? Ach, den gibt es noch?« So lautet vielfach die erste Reaktion, wenn das Gespräch auf den in Israel als "Iwan der Schreckliche von Treblinka" angeklagten Ukrainer, späteren US-Staatsbürger kommt. In der Tat war es nach dem Todesurteil in erster Instanz vor dem Landgericht Jerusalem auffallend still um den Fall geworden. Daß mittlerweile die Berufung des 71-jährigen verhandelt wird, ist fast untergegangen.

Doch nun scheint **Demjanjuk** wieder zum Thema zu werden. Denn nach und nach kommt immer mehr Entlastendes ans Tageslicht -- Beweismittel, die in dem groß aufgezogenen Schauprozess bisher ignoriert oder gar unterdrückt worden sind.

Im Mittelpunkt steht der einzige schriftliche Beweis gegen **Demjanjuk**, ein angeblicher SS-Dienstausweis. Unsere Zeitung hat bereits im August 1989 als erste deutschsprachige Publikation über ein Gutachten des Zeitgeschichtlers **Dieter Lehner** aus Utting am Ammersee berichtet, in dem dieses "Dokument" als Totalfälschung entlarvt wird.

Ein Beispiel: Das Ausweis-Foto stammt aus den Akten der US-Einwanderungsbehörde und wurde erst 1947 (!) aufgenommen. Durch Retuschen wurde **Demjanjuk** zum SS-Wachmann umfrisirt.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß auch bundesdeutsche Staatsorgane in die Affäre um das nachträglich produzierte "Beweisstück" verstrickt sind. Denn offensichtlich haben seit fünf Jahren höchste politische Stellen dafür gesorgt, daß die Wahrheit über den Ausweis nicht an die Öffentlichkeit gelangte, ein Vorgang, dem jetzt auch der *"Stern"* 5 Seiten widmete.

Bereits Anfang 1987 -- also schon über 2 Jahre vor der Veröffentlichung in unserer Zeitung -- hatte das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden in einem Gutachten den **Demjanjuk**-Ausweis ebenfalls als Totalfälschung definiert. Auftraggeber der Expertise: Die israelischen Ermittlungsbehörden. Doch denen waren die Erkenntnisse der deutschen Kriminalisten nicht genehm: Die Amtshilfe wurde totgeschwiegen, der Ausweis von Anklage und Gericht weiter als echt betrachtet. Schließlich führte er als Hauptindiz zum Todesurteil.

Als das kriminalamtliche Gutachten gerüchteweise bekannt wurde, nahm sich das Bonner Bundeskanzleramt der Sache an. Vertreter der **Demjanjuk**-Verteidigung wurden abgewimmelt. Die Existenz des BKA-Gutachtens wurde der Öffentlichkeit verschwiegen. Obwohl das Kanzleramt die Gutachten **Lehners** und des BKA kannte, legte es eine falsche Fährte. Nicht der Ausweis, sondern nur das Foto sei von den Kriminalisten geprüft worden, so **Peter Hartmann**, Ministerialdirektor und Chef der Abteilung "Auswärtige Beziehungen" des Kanzleramts in einem

Brief vom 13. August 1988. Der BKA-Gutachter sei vor dem Jerusalemer Gericht "nur zu der Frage der Echtheit des Ausweisfotos (was er bejahen konnte), nicht aber zur Frage der Echtheit des Ausweises vernommen worden."

Doch selbst diese Aussage ist falsch. Denn von der Echtheit des Fotos war vor Gericht keine Rede. Der Gutachter hatte lediglich festgestellt, daß die abgebildete Person **Demjanjuk** darstellen sollte -- ein Effekt, der von den Fälschern ja eben beabsichtigt worden war.

Das Bundeskriminalamt wurde gegenüber der Öffentlichkeit zum Schweigen vergattert. Ein BKA-Abteilungsleiter vermerkte in den Akten:

"Die fachlichen Bedenken sollten hier offensichtlich den politischen Aspekten untergeordnet werden."

Der Skandal um die Unterdrückung der BKA-Erkenntnisse zieht inzwischen weite Kreise. Der Uttinger Forscher **Lehner**, der über die Fälschung auch ein Buch veröffentlicht hat, wird von Journalisten aus Israel förmlich belagert. Auch das deutsche Judentum hat sich des Falles angenommen: Eine gestern erschienene Sonderausgabe des jüdischen Magazins *"SEMIT TIMES"*, einer Zeitschrift für den deutsch-jüdischen Dialog, ist dem Thema **Demjanjuk** gewidmet.

Ein weiterer Hoffnungsschimmer für **Demjanjuk** zeigt sich in den USA. Seine in Cleveland (Bundesstaat Ohio) lebende Familie fieberte jedem Achtungserfolg des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers **Patrick Buchanan** bei den Vorwahlen entgegen. Der häufig als Antisemit angegriffene Ex-Berater der Präsidenten **Nixon**, **Ford** und **Reagan** hatte nämlich in seiner Zeit als einer der bekanntesten US-Kolumnisten ebenfalls **Demjanjucks** Identität mit "Iwan dem Schrecklichen" angezweifelt. Das Material, aufgrund dessen der jetzt 71-jährige vor 6 Jahren an Israel ausgeliefert worden war, sei, so der eloquente Konservative, bis zur Prozeßreife zurechtfrisiert worden."

Es wäre unehrenhaft, würde man verschweigen, daß 2 israelische Verteidiger **Demjanjucks** ihr Leben bzw. ihre Gesundheit verloren haben: Am 29.11.1988 stürzte **Dov. Eitan** kurz vor dem Wiederaufnahmeprozess in Jerusalem vom 15. Stockwerk aus einem Hotelfenster. Bei seinem Begräbnis wurde **Yoram Sheftel** Säure ins Gesicht geschüttet.⁵²⁾

Nicht deutsche Amtshilfe hat schließlich in 2. Instanz zum Freispruch und **Demjanjucks** Rückführung in die USA geführt, sondern hilfreiche Einwirkungen aus Washington.

Dieses Beispiel ist hier lediglich als Ergänzung zur Praxis der brd-Politiker geschildert, unter Heranziehung des § 130 StGB und anderer §§ Beweismittel zur Entlastung Deutschlands und diesbezügliche wissenschaftliche Literatur zu vernichten, wie dies u.a. mit den Nummern 1, 3, 15, 36, 38, 44, 52, 53, 59, 60, 64, 66, 67 und 68 der *Historischen Tatsachen* ohne jegliche Sachwiderlegung der veröffentlichten Texte geschehen ist.

52) *Das Freie Forum*, Nr. 1 Jan./Febr. 1989, S. 10.

Antwort des Bundeswirtschaftsministers **Günter Rexrodt** (geb. 1941) (FDP) auf die Anfrage des SPD-Abgeordneten im Bundestag **Jörg Tauss** (geb. 1953) Ende 1995, über den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Unterbindung unerwünschter Internet-Informationen:

"... Wenn wir diese Dinge im Internet verbieten, dann wird ein zweifelhafter Anbieter seine Dienste aus irgendeinem anderen Land erbringen. Bei Zigtausenden von Anschlüssen und Zugängen bekommen Sie das technisch nicht in den Griff. Deshalb gibt es gar keine andere Wahl, als daß wir eine internationale Regelung herbeischaffen müssen. Das ist nicht einfach, denn Faktum ist, daß wir gerade deshalb, weil wir Durchsuchungen vorgenommen haben, weil wir entsprechende Verbote ausgesprochen haben, in Amerika zumindest zum Teil diskriminiert werden. Dort wird das damit in Verbindung gebracht, daß die Deutschen es mit der Meinungsfreiheit nicht so ernst nehmen und daß von deutscher Regierungsseite Einfluß auf das Angebot von Informationen und Daten genommen wird. Wir können diese Dinge nur dann in den Griff bekommen, wenn wir zu internationalen Abkommen und internationalen Regelwerken kommen.

Dabei ist die deutsche Seite wiederum diejenige, die am meisten drängt und drückt. Die Deutschen sind diejenigen, die bisher am meisten auf nationaler Ebene getan haben, um bestimmte Informationen nicht zugänglich zu machen bzw. unter Strafe zu stellen." 53)

Diese Aussage korrespondiert mit der Feststellung des Verfassungsschutz-Präsidenten **Uhlrau**, der im September 1995 das gesetzwidrige Handeln der Behörden zur Unterdrückung legaler Betätigung ihnen unerwünschter Personengruppen und damit Kriminalisierung legaler Meinungen mit den Worten eingestanden hat:

"Das konsequente Vorgehen der staatlichen Behörden gegen die Rechtsextremisten hat deren legale Aktionsmöglichkeiten weitgehend lahmgelegt." 54)

Zu diesen Maßnahmen gehörten bekanntlich auch die Vernichtung wissenschaftlicher Literatur und historischer Beweismittel sowie jahrelange Gefängnishaft für wissenschaftliche Autoren und Verleger! (Dipl. Pol. Udo Walendy hatte 2 Jahre und 6 Monate einsitzen müssen!)

Die den Besiegten zugehörige Republik **Österreich** freilich macht der Bundesrepublik Deutschland den Rang streitig, wer von beiden eigentlich mehr die freie Meinung unterdrückt, unerwünschte Beweismittel vernichtet und jene ihrer Bewohner mit langjährigen Gefängnisstrafen bedroht, die begründete Argumente dafür vortragen, daß sie nicht bedingungslos "glauben" können, was ihnen als "offenkundig" und "pflichtgemäßes Verhalten" vorgegeben wird.

Das bereits 1947 von den Besatzungsmächten verfügte und nach Abschluß des "Staatsvertrages" von 1955, der den Abzug der Besatzungstruppen und die Neutralisierung Österreichs vorsah, fortgeschriebene, erweiterte und verschärfte

sogenannte "NS-Verbotsgesetz" macht's möglich:

Ein Strafgesetz von größter Unbestimmtheit und uferloser Weite für den Begriff "NS-Wiederbetätigung", ohne Tatbild, ohne rechtsstaatliche Garantien bei Mißachtung des Grundsatzes: gleiches Recht für alle. Dazu die drakonische Härte der Strafdrohung bis zu 20 Jahren!

Mit der verschärfenden Ergänzung dieses Gesetzes durch Abs. 3 g + h im Jahre 1992 -- lange nach Abzug der alliierten Truppen -- haben sich die österreichischen Politiker ein unerträgliches Willkürinstrument geschaffen, um jede unerwünschte Meinung und wissenschaftliche Erkenntnis zugunsten nationaler Anliegen des Volkes unverzüglich kriminalisieren und abwürgen zu können. So ist jedes "gröbliche" (was heißt das?) Verharmlosen oder Bestreiten irgendwelcher behaupteter ns-Verbrechen oder Rechtfertigen irgendwelcher Leistungen des "NS-Regimes" mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestrafbar. Im Klartext ist hiermit erfaßt: jedes Anzweifeln irgendwelcher von den alliierten "psychologischen Kriegsführern" hergeleiteten oder auch von offizieller Seite nachträglich in die Welt gesetzten Greuelbehauptungen gegen Deutsche oder Österreicher, die die Herrschenden von sich geben. Damit haben diese "anständigen Demokraten" eine Einheitsmeinung unter Vergewaltigung der Wahrheit und demokratischer Grundsätze zugunsten fremdländischer Interessenten erzwungen. Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sind zur Farce geworden!

Bleibt zu ergänzen, daß dieser Zustand zudem unrechtmäßig durch außerparlamentarische Kräfte linksradikaler Organisationen in Verbindung mit der Israelitischen Kultusgemeinde im Justizausschuß des Nationalrats zustandegebracht worden ist.

Bleibt weiter zu ergänzen, daß, obgleich der Staatsvertrag Neutralität, Autonomie und Vereinigungsbestrebungen mit Deutschland verbietet, Bundeskanzler **Franz Vranitzky** und seine Genossen mit ihrer Unterstützung des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union eindeutig gegen die Bestimmungen des Staatsvertrages verstoßen haben und insofern jeweils bis zu 20 Jahren hinter Gitter müßten, diese Repräsentanten kurzerhand den Staatsvertrag in dieser Hinsicht selbstherrlich für obsolet erklärt haben. Am Vertrags- bzw. Gesetzestext, somit an den geistigen Knebelungsbestimmungen für das Volk, haben sie indessen nichts geändert. So hat z.B. das Oberlandesgericht Graz am 4.4.1996 (11 Bs 120/96) die Haftentlassung von **Herbert Schweiger** u.a. mit der Begründung verweigert:

"So liegt nationalsozialistische Betätigung auch dann vor, wenn auch einzelne von anderen Gruppierungen vertretene Ansichten und wissenschaftliche Erkenntnisse in Teilbereichen zu einem typische Ziele der NSDAP verfolgenden Ganzen umgeformt bzw. adaptiert werden."

Jede öffentliche Stellungnahme ist kriminalisierbar: das Bekenntnis zum deutschen Volk, die Forderung auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung des Volkes wie auch aller seiner Bürger, auf Stop fremdvölkischer Einwanderung, Landverkäufe an Ausländer, "feindliche Übernahme" heimischer Firmen, auf Schutz für Mutter und Kind, auf Abwehr volkschädigender Geschichtslügen, auf geeignete Maßnahmen zur Vollbeschäftigung, Sicherung des Bauernstandes, auf Abwehr fremder Gebietsansprüche usw.

53) *Hessen-Report*, Wiesbaden Nr. 1/1996.

54) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.9.1995, S. 1.

Dogmatisierte Fälschung der Geschichte und der Begriffe

Als er noch Bundestagspräsident war, servierte **Dr. Philipp Jenninger** (geb. 1932) am 9.11.1988 den bundesdeutschen Parlamentariern sein "Wissen" über die deutsche Vergangenheit: Es bestand aus einem Gemisch von Diffamierungsschablonen, einem Durcheinander von Kriegs- und Friedenszeiten, aus Übertreibungen, Verdrehungen und Lügen unter Ausklammerung internationaler Zusammenhänge, Zeitfolgen und ausländischer "Täter". Nur deutsche bzw. "nazi"-Brutalität gestaltete diesem Akademiker zufolge die Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Für ihn gab es weder ein Knebelungsdiktat von Versailles, noch Enteignungen und Vertreibungen von Volksdeutschen in der Tschechoslowakei und Polen vor Kriegsbeginn 1939, weder eine jüdische, noch britische, noch französische Kriegserklärung an Deutschland, noch Kriegs- und Vernichtungsaktivitäten der USA gegen das Reich, noch einen weltrevolutionären Bolschewismus mit Eroberungsplänen gegen Europa, überhaupt gegen alle "kapitalistischen" Staaten, weder Völkerrechtsbrüche noch Verbrechen der anderen. Es gab für ihn nur einen "Täter" und ein Volk, das sich in seiner überwiegenden Mehrheit an allen seinen "gigantischen Morden" beteiligt und "den Abstieg in die Barbarei gewollt und vorsätzlich" vollzogen habe. Alles, was er als 2. Repräsentant der Bundesrepublik über sein Volk, dem er einen Treueid geschworen hat, zu berichten hatte, war sachwidrig und schuldbeladen. So sein Schlußsatz:

"Wer Schuld aufrechnen will, wer behauptet, es sei doch alles nicht so -- oder nicht ganz so -- schlimm gewesen, der macht schon den Versuch zu verteidigen, wo es nichts zu verteidigen gibt."

Aus Platzgründen können wir nur jeweils kurz kommentieren und seine anders formulierten Wiederholungen gleichartiger Aussagen streichen:

"Was sich heute vor 50 Jahren mitten in Deutschland abspielte, das hatte es seit dem Mittelalter in keinem zivilisierten Land mehr gegeben. Und, schlimmer noch: bei den Ausschreitungen handelte es sich nicht etwa um die Äußerungen eines wie immer motivierten spontanen Volkszorns, sondern um eine von der Staatsführung erdachte, angestiftete und geförderte Aktion."

Beide Sätze enthalten niederträchtige Unwahrheiten, die nichts mit geschichtlicher Wirklichkeit zu tun haben.

"Die herrschende Partei hatte in Gestalt ihrer höchsten Repräsentanten Recht und Gesetz suspendiert: der Staat selbst machte sich zum Organisator des Verbrechens. An die Stelle von gezielten Gesetzen und Verordnungen, mit deren Hilfe über Jahre hinweg die schleichende Entrechtung der Juden betrieben worden war, trat jetzt der offene Terror. Eine noch immer nach Hunderttausenden zählende Minderheit war zum Freiwild erklärt worden, ihr Hab und Gut der Zerstörungswut eines organisierten Mobs anheimgegeben. ...Die Zeit der scheinlegalen Verbrämungen des Unrechts ging zu Ende; nun begann der Weg in die systematische Vernichtung der Juden in Deutschland und in weiten Teilen Europas. ..."

Flugs befand sich **Dr. Jenninger** bereits im Krieg. Einfach so: "Der Weg begann". Gab es auch früher Gesetze und Verordnungen, so doch nur, um Juden schleichend zu entrechten. Doch an deren Stelle "trat jetzt der offene Terror", weil "sich der Staat zum Organisator des Verbrechens machte". Einzelheiten, z.B. daß ein deutscher Staat ein Recht auf deutsche Personalpolitik hatte, oder Beweise, z.B. auch für einen "zerstörungswütigen organisierten Mob" oder einen "Freiwild"-Zustand für Juden, brauchte der Sprecher nicht.

Historische Nachweise dafür, daß die NSDAP- oder Reichsführung die hier angesprochene "Reichskristallnacht" 1938 gar nicht geplant oder veranlaßt und von Unbekannten entfesselte Ausschreitungen sofort schärfstens bekämpft hatte, mußten ihm bekanntgewesen sein.

"Für alle, denen die Möglichkeit versperrt blieb, durch Auswanderung dem Regime zu entkommen, war der Rest des Weges vorgezeichnet: Judenstern, Ghetto, Deportation, Zwangsarbeit, Vernichtung. ..."

"Der Weg war vorgezeichnet"? Was soll das konkret heißen? Es ist doch ungeheuerlich, das deutsche Volk mit solch verantwortungslosen Sentenzen anzuprangern und entgegen allen detaillierten Beweislagen der Welt einzureden, als hätte **Adolf Hitler** "Krieg, Judenstern, Ghettos, Deportationen, Zwangsarbeit, Vernichtung" "vorgezeichnet", also planmäßig in die Wege geleitet, und die historische Entwicklung hätte sich daraufhin seinem Willen gemäß vollzogen.

"Deutschland hatte Abschied genommen von allen humanitären Ideen, die die geistige Identität Europas ausmachten; der Abstieg in die Barbarei war gewollt und vorsätzlich. ..."

Zu der entsetzlichen Wahrheit des Holocaust trat die vielleicht bis heute nicht völlig verinnerlichte Erkenntnis, daß die Planung des Krieges im Osten und die Vernichtung der Juden unlösbar miteinander verbunden gewesen waren, daß das eine ohne das andere nicht möglich gewesen wäre. ..." ⁵⁵⁾

Seine in dieser Rede feilgebotenen Kriegslügen konnten hier übergangen werden, zumal ihnen der Wille zur Sachlichkeit abgeht und eine Auseinandersetzung mit ihnen in der BRD unter Strafe gestellt ist. Begnügen wir uns daher mit den zitierten, von jedem halbwegs gebildeten Europäer so gleich als Geschichtslügen erkennbaren Tiraden über den "Abschied von allen humanitären Ideen", den "gewollten Abstieg in die Barbarei", die "Lebensraumplanung", den "Überfall auf die Sowjetunion". Als ob **Adolf Hitler** mit diesem "vorgezeichneten Weg" seinen Einfluß in Deutschland hätte begründen können! Allein diese Beispiele machen deutlich, mit welcher Primitivität und Unlauterkeit der zweithöchste Staats-"diener" der Bundesrepublik Deutschland agierte.

Es war seine letzte Rede vor diesem Hohen Hause. Nach diesen "Geschichtsbelehrungen" hatte er den Juden der Weimarer Zeit einige Vorwürfe der Mitverantwortung gemacht. Das durfte nicht sein. So mußte er gehen. Seine hier wiedergegebene Grundsatzdiktation jedoch wurde in der Presse weitergereicht und ist nach wie vor Bestandteil der offiziellen Standardrituale.

⁵⁵⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.11.1988.

Christliche Sprüche -- einst und jetzt

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirchenführung vom 19. Oktober 1945:

"Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden",

wurde ohne Prüfung irgendwelcher Dokumente in Vorwegnahme der "Kriegsverbrecherurteile" durch die Sieger-Militärtribüner unter Anregung und Nötigung des britischen Geheimdienstes bzw. seines Büroleiters in Genf, des Holländers **Willem Adolf Visser't Hooft** als verkleideter General-

Die Unterzeichner machten sich zum Sprecher des deutschen Volkes, ohne daß sie jemand dazu legitimiert hatte. Ein Pastor war es, der die Streitschrift herausgegeben hat: **"Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland"**, die zur Gründung der "Notgemeinschaft evangelischer Christen" führte. Doch auch hier hat die Umerziehung nicht halt gemacht, da die amtlichen Geschichtsfälschungen, Rechtskodifizierungen, die Handhabung der technischen Masseninformationsmittel und Medien monopolartig alle Organisationen der "Ge-

sellschaft" erfaßten. Auch Geistliche, gleich welcher Konfession und Rangstufe, die keine kritische Geschichtskennntnis, mehr "Glauben" als Wissen haben, mußten ihr zum Opfer fallen. Weder befähigt noch berechtigt sie ihr kirchliches Amt, ihrem Volk mit erzwungenen politisch-historischen Zeitgeistdogmen aus der Giftküche der alliierten Kriegspopaganda schuldbeladene Sündhaftigkeit aufzuschwatzen.

— 113 —

Gesetz-

Verordnungsblatt

der Lippschen Landeskirche.

Band 8 **Heft 11**, den 11. September 1933. **Nr. 17**

Heft 1: 1. Großordnung. S. 113. — 2. Personalnachricht. S. 114.

1. Großordnung.

Für die Lippsche Landeskirche ordnen wir hiermit folgendes an:

1. Sämtliche Pfarrer, Beamte, Angestellte der Landeskirche sowie der Kirchengemeinden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes.
2. Es wird von Allen erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.
3. Wenn Geistliche Latär und Barett tragen, empfiehlt es sich, bei der herkömmlichen Art des Grüßes zu bleiben.

Detmold, den 5. September 1933.

Der Landeskirchenrat

Gorveg. Weber. Josephson. Thelemann.
H. Meyer. G. Toebe. Ruperti.

Kirchliches Amtsblatt

für die

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

1944 Vorgegeben zu Hannover, den 21. Juli 1944 Stück 11

Dank für die gnädige Errettung des Führers.

Hannover, den 21. Juli 1944.

Es erfüllt an den heutigen Nachrichten über das auf den Führer verübte Attentat ordnen wir hierdurch an, daß, soweit es nicht bereits am Sonntag, dem 23. Juli, geschehen ist, am Sonntag, dem 30. Juli, im Kirchengesam der Gemeinde etwas in folgender Form gedacht wird:

„Helliger, barmherziger Gott! Von Grund unseres Bergens danken wir Dir, daß Du unsern Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserm Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deine gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein starker Helfer und Helfer. Warte in Gnaden über den Mannern, die in dieser für unser Volk so schmerzhaften Zeit an seiner Seite orbitten. Sei mit unserm kranken Volk. Laß unsere Soldaten im Fußfeld so Dir kämpfen; im Ansturm der Feinde sei ihr Schild, im kranken Vorbringen ihr Gefährter. Erhalte unserm Volke in unbedingter Treue Mut und Opferkraft. Hilf uns durch Deine gnädige Führung auf den Weg des Friedens und laß unserm Volke aus der blutigen Saat des Krieges eine Segenernte erwachsen. Wecke die Herzen auf durch den Geist der Zeit. Wecke zu in Jesus Christus unsern Herrn alles, was wider Dich steht. Gib, daß Dein Evangelium freier gepredigt und williger gehört werde, und daß wir unser Leben in Liebe und Gehorsam lehren und unerschrocken unter dieucht Deines Helligsten Geistes stellen.“

Der Landesbischof. Das Landeskirchenamt.
D. Morawitz. A. H. Stelmann.

sekretär des "Ökonomischen Rates der Kirchen" sowie des britischen Kardinals **Bell** und des aus Basel agierenden kommunistenfreundlichen Theologen **Karl Barth** zustandegebracht. Unterzeichnet haben es dann die Bischöfe **D. Wurm**, **D. Meister**, **Dr. Otto Dibelius**, Oberlandeskirchenrat **Dr. Hanns Lilje**, die Superintendenten **Hugo Hahn** und **Heinrich Held**, die Pastoren **Hans Asmussen**, **Martin Niemöller**, **Lie** und **Wilhelm Niesel** sowie Rechtsanwalt **Dr. Gustav Heinemann**, der spätere Bundespräsident.

Im EKD-Text heißt es weiter:

"Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."

Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. ..." 56)

Gebet der katholischen Priester in den Kirchen Deutschlands am 20. April 1939:

"Gedenke Herr, unseres Führers, dessen geheime Wünsche Du voraussiehst. Schütze ihn mit Deiner unerschöpflichen Güte und Deinem Erbarmen, schenke ihm Ruhe, ständigen Frieden und den Sieg des Himmels für ihn und sein ganzes Volk."

Dank Adolf Hitlers

Am 29. April 1940 dankte der Reichskanzler dem Vorsitzenden der deutschen Katholischen Bischofskonferenz, **Kardinal Bertram**, mit folgendem Schreiben:

56) Heinrich Wenig, "Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", Tübingen 1994, Heft 7, S. 52 - 56 + H.H. Janssen/H. Trebs (Hrsg.), "Theologisches Lexikon", Berlin-Ost 1978, S. 387 (Stichwort: Stuttgarter Erklärung).



KATHOLISCHES
feldgefangbuch

Verlag E. S. Mittler & Sohn · Berlin SW 68

9. Großer Gott, wir loben dich, Herr, wir preisen deine Stärke, vor dir neigt die Erde sich und bewundert deine Werke, wie du warst vor aller Zeit, so bleibst du in Ewigkeit.
2. Heilig, Herr, allmächt'ger Gott, heilig, Herr der Kriegesheere, starker Helfer in der Not! Himmel, Erde, Luft und Meere sind erfüllt von deinem Ruhm, alles ist dein Eigentum!
3. Alle Lande, Herr, sind dein, dein, o Gott, sind alle Meere. Dir soll drum befohlen sein unser Leben, unsre Ehre; strecke segnend deine Hand über unser Vaterland.
4. Dort, wo unsre Fahnen wehn, sei's zu Lande, sei's zu Meere, laß die Treue Schildwach stehn, sei uns selber Waff'n und Wehre. Lösungswort sei allzugleich: „Treu zu Führer, Volk und Reich!“

"Sehr verehrter Herr Kardinal!

Für Ihre Glückwünsche, die Sie anlässlich meines Geburtstages die Güte hatten, mir im Namen der geistlichen Würdenträger aller Diözesen Deutschlands zu übersenden, spreche ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank aus.

Ihre Versicherung, daß die Katholiken Deutschlands in Treue zu dem heutigen Staat und seiner Regierung stehen, habe ich mit Befriedigung entgegengenommen. Sie können gewiß sein, daß der Staat und seine Regierung diese Treue erwidern.

Mit besonderer Genugtuung erfüllt mich Ihre Überzeugung, daß das Streben der katholischen Kirche dem deutschen Volk den christlichen Charakter zu erhalten, mit dem Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht in Widerspruch stehe. Niemand begrüßt es freudiger als ich, wenn die seelsorgerische Tätigkeit der Kirche in Einklang steht mit der großen völkischen und politischen Bewegung in unserem Vaterland und mit den Aufgaben der deutschen Staatsführung, die ihrerseits die Aufgaben der Kirche auf dem Gebiet der Seelsorge stets respektieren wird.

Ich glaube daher, mit Ihnen der Überzeugung zu sein, daß bei dem schweren Kampf, den das deutsche Volk jetzt gegen seine Feinde zu bestehen hat, auch die katholische Kirche in Deutschland dazu beitragen wird, die innere Geschlossenheit unseres Volkes zu bewahren und zu stärken.

*In aufrichtiger Hochschätzung
Adolf Hitler" ⁵⁷⁾*

57) Erzbischöfliche Kurie in Breslau, 2. Mai 1940.



KATHOLISCHES
feldgefangbuch

Gebet für Führer, Volk und Wehrmacht

Lasset uns beten!

In Deiner Hand, o Gott, liegt die Herrschaft über alle Reiche und Völker der Erde.

Segne unser deutsches Volk in Deiner Güte und Kraft und senke uns tief ins Herz die Liebe zu unserem Vaterlande. Laß uns ein heldenhaftes Geschlecht sein und unserer Ahnen würdig werden. Laß uns den Glauben unserer Väter hüten wie ein heiliges Erbe.

Segne die deutsche Wehrmacht, welche dazu berufen ist, den Frieden zu wahren und den heimischen Herd zu beschützen, und gib ihren Angehörigen die Kraft zum höchsten Opfer für Führer, Volk und Vaterland.

Segne besonders unseren Führer und Obersten Befehlshaber in allen Aufgaben, die ihm gestellt sind. Laß uns alle unter seiner Führung in der Hingabe an Volk und Vaterland eine heilige Aufgabe sehen, damit wir durch Glauben, Gehorsam und Treue die ewige Heimat erlangen im Reiche Deines Lichtes und Deines Friedens. Amen.

===== **NEUARTIGE SPRÜCHE** =====

Kardinal **Joseph Höffner**, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von Köln, am 8. Mai 1985 im RIAS Berlin:

"Die Nazis wüteten gegen Europa wie ein reißender Wolf. Das Ergebnis bestehe darin, daß der Bolschewismus bis nach Warschau, Prag, Budapest und Berlin hat vordringen können." ⁵⁸⁾

Seine kath. Eminenz Kardinal

Josef Ratzinger (ab 19.4.2005 = Papst Benedikt XVI)

am 6. Juni 2004 in der Kathedrale von Caen:

"So mußte in der Tat die ganze Welt eingreifen, um den Ring des Verbrechens aufzusprengen, um Freiheit und Recht wieder herzustellen.

So danken auch wir Deutschen selbst, daß uns Freiheit und Recht durch diesen Einsatz wiedergegeben worden sind. Wenn irgendwo in der Geschichte, so ist hier offenkundig, daß es sich bei dem Einsatz der Alliierten um einen gerechten Krieg handelte, der letztlich auch dem Wohle derer diente, gegen deren Land der Krieg geführt worden ist.

Wir haben dafür zu danken, daß nicht der Gedanke der Bestrafung oder gar der Rache und der Demütigung der Unterlegenen bestimmend wurde, sondern allen ihr Recht gewährt werden sollte." ⁵⁹⁾

58) *Deutsche Tagespost*, Nr. 42/1985.

59) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. Juni 2004, S. 39.

„Wiedervereinigung würde zum Weltkrieg führen“

Wiedervereinigung Deutschlands

Abgeordneter des Bundstages **Egon Bahr**, (geb. 1922), als mehrfacher Minister ebenfalls vereidigt, aufgefordert zu sein, die Einheit Deutschlands zu vollenden, erklärte nach Verabschiedung vom Nationalstaat im März 1978 im Bonner Parlament:

"Damals wie heute haben wir uns zu fragen, ob wir mit Aussicht auf Erfolg das Thema der Einheit der Nation auf die Tagesordnung der Politik setzen können. Ich denke, alle unsere Partner in West und Ost können sich darauf verlassen, daß alle demokratischen Parteien dieses Landes eine Position ablehnen, für die Deutschland über alles steht."

Kurz darauf im Rundfunk:

"Der Friede rangiert vor der Nation. Das ist der Dienst, den das deutsche Volk Europa leistet." ⁶⁰⁾

Das Thema "Einheit" sei "unzeitgemäß auf Jahrzehnte."

61)

In einem Pressekommentar hieß es: Dies sei der Dienst, den **Bahr** und seine Genossen der sowjetischen Westpolitik leisten. So wurde schon der deutsch-sowjetische Vertrag vom 13. August 1970 mit dem Verzicht auf die deutschen Ostgebiete abgeschlossen, ebenso der Grundlagenvertrag mit der DDR, der dieser die völkerrechtliche Anerkennung und Akzeptanz bei der UNO einbrachte. Gewaltpolitik der anderen zu respektieren und zu finanzieren stand für ihn und seinesgleichen höher im Kurs als die eigene Nation.

Willy Brandt, der bekanntlich schon während des Krieges von Norwegen aus den Amerikanern nahegelegt hatte, Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und das Sudetenland den Russen, Polen und Tschechen zu übergeben,⁶²⁾ im Juli 1982 gegenüber der Auslandspresse:

"Die Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht notwendig. ... Solange andere europäische Staaten eine Wiedervereinigung mit Sorge betrachten, solange hätten die Deutschen dieser Sorge Rechnung zu tragen." ⁶³⁾

Helmut Kohl, stolz, "europäischer", nicht "deutscher Patriot" zu sein, erteilte schon in seiner Regierungserklärung am 13.10.1982 dem Nationalstaat eine Absage, "weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern will".^{63a)} In seiner Regierungserklärung vom 7.12.1995 pflegte er alle seine europäischen Integrationsforderungen mit "unumkehrbarer Wirkung" als eine "Frage von Krieg oder Frieden" zu bezeichnen. Für die Vereinigung mit dem Rest des geteilten Deutschland hatte er keinerlei Initiativen, im Gegenteil Widerstände entwickelt.

So vertraute er z.B. dem französischen Ministerpräsidenten **François Mitterand** laut **Le Monde** vom 20.5.1987 an:

"Ich bin der letzte Kanzler, der noch Einspruch gegen die Wiedervereinigung erhebt."

Alle Bonner Parteien haben nicht nur auf Ostdeutschland verzichtet und Mitteldeutschland in Ostdeutschland umbe-

60) *Deutsche Wochenzeitung*, Hannover 24. März 1978.

61) *Der Schlesier*, Recklinghausen, 23.1.1998, S. 2.

62) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 11, S. 40.

63) *Deutsche Wochenzeitung*, 6. August 1982, S. 2.

63a) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.1982.

von Hans-Günther Thiele

Der britische Historiker Geoffrey Barraclough hat in seinem Buch "The Dawn of the Atomic Age" (1946) die Wiedervereinigung Deutschlands als einen der größten Fehler der deutschen Politik bezeichnet. Er argumentiert, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem Weltkrieg führen würde, da die Deutschen die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg tragen und daher nicht in der Lage sind, die Verantwortung für einen weiteren Weltkrieg zu übernehmen.



Trotz verfassungsfeldlicher Grundhaltung (Wiedervereinigungsgebot!) schrieb der Mitarbeiter an deutschen Schulgeschichtsbüchern, Dozent an den Universitäten Bremen und Tel Aviv, Publizist Prof. Dr. Imanuel Geiss im *Weser-Kurier* am 29.8. 1987 den Deutschen vor, "sie dürfen nie wieder einen eigenen Nationalstaat haben!" --, da

- 1.) ihre 1.000-jährige Geschichte die Zerstückelung ihres Landes "für immer notwendig mache" und
- 2.) weil es andernfalls wieder einen Weltkrieg geben würde.

Er vermied Einzelheiten, auch hinsichtlich der von ihm vermuteten Kriegsbrandstifter.

Von einem Medienskandal ist nichts bekanntgeworden. -- Normalität in der Bundesrepublik Deutschland, da solche Leute wie er allerorten das Wort führen. Zwar konnte auch dieser Mann die Teilvereinigung Deutschlands nicht verhindern, doch sind "die Seinen" trotz Grundgesetz § 3 nach wie vor nicht gleich wie die anderen in der Mitte Europas.

Immerhin haben "die Seinen" -- auch auf der "2 plus 4" Ebene -- unter maßgeblichem Einsatz des mit hohen jüdischen und anderen Orden dekorierten Bundeskanzlers Helmut Kohl dafür gesorgt, die Teilvereinigung 1989/1990 dazu zu nutzen, um weitgehend unbemerkt die Wiedervereinigungsverpflichtung für ganz Deutschland aus der Präambel des Grundgesetzes zu tilgen.

nannt, sondern beschworen in den 80er Jahren die "Gefahr für den europäischen Frieden" herauf, falls sich jemand für die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland einsetzen und Zulauf erhalten sollte. Deutsche Medienvertreter und Politiker forderten den Erhalt des Status quo, "da die Einheit Europas die Teilung Deutschlands voraussetzt".

Bundespräsident **Richard v. Weizsäcker** hatte mit der Wiedervereinigung Deutschlands, gar in den Grenzen von 1937, nichts im Sinn. Daß die Deutschen aus den Bündnissen ausscherten, um sich in das Abenteuer eines neutralen deutschen Zentralstaates zu stürzen, sei "kompletter Unsinn".

"Zu Wiedervereinigungsphantastereien lasse sich nur hinreißen, wer mit politischer Blindheit geschlagen sei. Die Bundesrepublik sei und bleibe der Osten des Westens." ^{63b)}

Daß man auch im Rahmen der Bündnisse auf dieses Ziel hätte hinwirken können und müssen, war für ihn kein Thema.

Heinz-Galinsky-Preisträgerin Lea (früher Edith) **Rosh** ^{63b)} *Der Spiegel*, 24/1989, 12.6.1989, S. 24.

war 1991 auf Grund ihres unermüdlichen Einsatzes für Israel zur Chefin des NDR-Funkhauses in Hannover aufgerückt. 1989 ereiferte sie sich:

"Ich fände 80 Millionen wiedervereinigte Deutsche furchtbar. Nehmen wir die Teilung doch als Bürde der Geschichte hin." ⁶⁴⁾ S. 112

Der "Tradition" der SPD und "Grünen" folgend, das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes streichen zu wollen, erklärte **Gerhard Schröder** am 11. Mai 1989, damals Fraktionsvorsitzender der SPD, im Niedersächsischen Landtag, "seine Position" dahingehend, die im Grundgesetz vermerkte "Einheit Deutschlands" sei nicht unbedingt "territorial", sondern als "Verpflichtung zur Erhaltung der gemeinsamen Sprache und Kultur" zu interpretieren.

"Ich glaube nicht, daß das Beschwören einer Wiedervereinigung, gedacht als das Zusammenführen der beiden deutschen Staaten, eine historische Chance für uns ist. ..."

Die Chance, die wir haben, Einheit als historische Möglichkeit zu bewahren, besteht ausschließlich darin, die territoriale Trennung, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, zu akzeptieren und auf der Basis dieser Akzeptanz durch Politik in beiden deutschen Staaten dafür zu sorgen, daß das, was man sich unter Einheit vorstellen kann, die Zusammengehörigkeit, die gemeinsame Sprache, die gemeinsamen Kulturtraditionen nicht zuschanden kommt." ⁶⁵⁾

Staatlicher Betrug anlässlich der Vereinigung mit Mitteldeutschland

In den **HT** Nr. 67 wurde bereits dargelegt, wie die Bundesregierung unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**, die "Wiedervereinigungs"-Euphorie und den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" ausnutzend oder ihm folgend, Volk und Parlamente überumpelte, auch weitreichende Änderungen des Grundgesetzes (speziell: Verzicht auf die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland in der Präambel) zu akzeptieren.

Die **HT**-Nr. 86, S. 34 ff nahmen ferner Bezug auf die verlogene Auskunft der Bundesregierung, die Moskauer Führung habe der Vereinigung West- mit Mitteldeutschland nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Enteignungen der sowjetischen Bodenreformen von 1945 - 1949 nicht mehr rückgängig gemacht werden dürften. Diese absurde Lüge, die anschließend vom Bundesverfassungsgerichtspräsidenten **Roman Herzog** "rechtskräftig" abgesichert worden war, bewirkte einen derart skandalösen Betrug am deutschen Volk, daß es angebracht ist, darauf zurückzukommen.

"Schon damals waren der Bundesregierung bewußte Täuschung der Öffentlichkeit und des Bundesverfassungsgerichtes vorgeworfen worden: Die Einheit Deutschlands sei auch ohne Anerkennung des Rückgabeverbots zu erreichen gewesen. Bereits 1992 arbeitete der aus Mitteldeutschland geflüchtete und an der Kieler Universität lehrende Völkerrechtler **Prof. Dr. Wolfgang Seifert** dazu ein 20-seitiges Gutachten aus, in dem er die Falschungen der Regierungsvertreter und die Verfassungswidrigkeit ihres Vorgehens darlegte. Doch die Politik ging darüber hinweg. Die Betroffenen wandten sich immer wieder, auch in Anzeigenkampagnen, an die Öffentlichkeit, ohne jedoch eine grundsätzli-

che Änderung bewirken zu können: Sie erhielten weder ihr Eigentum zurück, noch bekamen sie Entschädigung. Diese Handhabung wurde dann auch von seiten der Tschechen den Sudentendeutschen bei deren berechtigten Entschädigungsforderungen entgegengehalten.

Nun wurde dieses Thema des Rückgabeverbots in einer 612 Seiten starken Dissertation der Politikwissenschaftlerin **Constanze Paffrath** aufgegriffen, die mit dieser Arbeit unter dem Titel "Der Restitutionsausschluß im Prozeß der Wiedervereinigung" im vergangenen Juli an der Universität Duisburg-Essen summa cum laude promovierte. Eine ausführliche Besprechung erfolgte von **Klaus Peter Krause** in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 29. 8. 2003.

Danach kommt die genannte Untersuchung, der beide Gutachter, die Professoren **Claus-E. Bärsch** und **Karl-Rudolf Korte**, eine "ausgezeichnete Beweisführung" bescheinigen, zu dem Ergebnis, daß beide Urteile des Karlsruher Verfassungsgerichtes auf falschen Tatsachenvoraussetzungen beruhen und daß deshalb die Richter zu falschen Folgerungen gelangten. Die von Bonn vorgetäuschte Zwangslage -- die Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland habe es nur mit dem Rückgabeverbot und sonst nicht gegeben --, habe nie bestanden. Die Sowjetunion habe das Rückgabeverbot nachweislich an keinem Verhandlungstag und auf keiner Verhandlungsebene gefordert. Die Bundesregierung habe das Verbot schon vor den offiziellen internationalen Verhandlungen selbst geplant gehabt, die Nichtrückgabe des beschlagnahmten Eigentums habe für wichtige Vertreter der Bundesregierung bereits im März 1990, also vor der ersten frei gewählten DDR-Regierung, festgestanden, so daß es

Es wird Zeit, daß sich dieser vaterlandslose, dennoch auf das deutsche Volk vereidigte Minister, selbst auf Wanderschaft begibt.

"Dies dürfe weder durch ethnische Abschottung noch durch einen bezopften Nationalismus aufgehalten werden." ⁶⁶⁾

Es wird Zeit, daß sich dieser vaterlandslose, dennoch auf das deutsche Volk vereidigte Minister, selbst auf Wanderschaft begibt.

64) David Korn, "Das Netz -- Israels Lobby in Deutschland", München 2003, FZ-Verlag.

65) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 6/1998, S. 3.

66) Joseph Fischer, "Risiko Deutschland", Köln 1994. -- Vergl. *Deutsche Nationalzeitung*, München, 1.4.2005, S. 11.

sich nicht um eine Fehleinschätzung der Verhandlungslage gehandelt haben könne.

Die Vertreter der Bundesregierung hätten mit ihrer Behauptung des Rückgabeverbots die Öffentlichkeit, den Bundestag und das Bundesverfassungsgericht absichtlich und wider besseres Wissen getäuscht und nur so die verfassungsändernde Maßnahme durchsetzen können. Als Gutachter urteilt **Prof. Bärtsch** ebenso:

"Ohne die Täuschung der Öffentlichkeit, des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichtes hätte das Rückgabeverbot nicht den Status der Rechtmäßigkeit erhalten."

Frau **Paffrath** meint, selbst wenn Moskau oder die DDR damals das Rückgabeverbot als unabdingbar gefordert hätten, so hätte es die Bundesregierung als grundgesetzwidrig und der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichts entgegenstehend ablehnen müssen.

Das Gericht habe es seinerseits versäumt, die beklagte Regierung genau zu befragen, indem es die beantragte Vorladung der wichtigsten Tatzeugen wie **Wolfgang Schäuble** oder **Günther Krause** überhaupt ablehnte und weiteren Zeugen wie **Dieter Kastrup** oder **Klaus Kinkel** nur einen Berichterstatterstatus einräumte und sie dadurch gegen etwaige Strafverfolgung wegen

Falschaussagen absicherte.

Die Doktorandin belegt ihre Vorwürfe zu diesem skandalösen Rechts- und Verfassungsbruch der Bundesregierung sehr ausführlich und einleuchtend. Die Doktorarbeit soll nächstens als Buch erscheinen " 67)

Künftige Generationen werden wohl erst die Größenordnung dieser Enteignungen aufschlüsseln und die betrügerische Überführung ihrer Werte an fremde Eigentümer mittels der am 1.3.1990 "zur Wahrung des Volkseigentums" gegründeten und bereits am 22. 7.1990 per "Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens" zweckentfremdeten "Treuhand" öffentlich machen und restituieren können. Zu viel ist dem deutschen Volk schon geraubt worden, als daß über dieses Thema Schweigen gebreitet werden könnte! Von 1.500 - 2.000 Mrd. DM-Werten, die auf diese Weise in ausländischen Besitz transferiert worden sind, ist schon jetzt die Rede.

Der europäische Gerichtshof hat Ende März 2005 die klagenden Eigentümer abgewiesen, indem er den Kohl-Schwindel ebenfalls für rechtens erklärt hat, obgleich ihm die Fälschungsbeweise bereits längerfristig bekannt waren.

"Zahlenmaterial über Reparationen liegt dem Bund nicht vor"

US-Vizefinanzminister und Sammelkläger **Stuart Eizenstat** brachte bei seinen Entschädigungsforderungen für ehemalige "Zwangsarbeiter" die "noch offenen" Reparationen ins Gespräch, die dann am 9.3.2000 im Bundestag die Anfrage an die Bundesregierung auslöste:

"Wie groß nach damaligem und heutigen Wert waren die deutschen Reparationsleistungen nach dem II. Weltkrieg aus Beschlagnahme von deutschen In- und Auslandsvermögen, aus deutschen Patenten, aus Demontage, Materiallieferungen (Entnahme aus laufender Produktion) und Enteignung mobiler und immobiler Vermögenswerte?"

Karl Diller, parl. Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, antwortete:

"Die erbetenen Angaben ... sind in der gewünschten Form nicht möglich, da dem Bund entsprechendes Zahlenmaterial darüber nicht vorliegt (... und nach Lage der Dinge wohl auch nicht mehr annähernd genau zu erfassen sein wird). Das Ergebnis bisheriger Recherchen über die finanziellen Auswirkungen des Krieges ist der beigelegten Zusammenstellung der »Kriegsfolgeleistungen insgesamt« (Stand 31.12.1997) zu entnehmen, die damit auch einen Überblick über die Reparationen Deutschlands gibt.

Nach dem II. Weltkrieg hat es ... keine dem Versailler Vertrag vergleichbaren Reparationsregelungen und damit auch keine nachvollziehbaren längerfristigen Reparationszahlungen gegeben. Vielmehr haben die Siegermächte einseitig Reparationen entnommen. Verbindliche Aufzeichnungen darüber gibt es nicht. Verbindliche Angaben über von der ehemaligen DDR erbrachten Reparationen können ebenfalls nicht gemacht werden. ...

Lediglich in Form einer Zusammenfassung der in diesem Zusammenhang relevanten Bereiche, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, kann ein Überblick ... gege-

ben werden. ... Die ... verfügbaren Zahlen sind nicht authentisch und beruhen im wesentlichen auf Schätzungen. ... " 68)

Die in der Antwort mitgelieferte Aufstellung über die "Kriegsfolgeleistungen insgesamt (Stand: 31. Dezember 1997)" "ohne Berücksichtigung der umfangreichen Gebietsverluste mit ihrer wirtschaftlichen Kapazität" und z.T. ohne innerstaatliche Leistungen schlüsselt einzelne Leistungsbereiche nach Schätzung und z.T. unvollständig auf und kommt zu einem geleisteten Aufwand von 755,9 Milliarden DM sowie weiteren 75,5 Millionen DM aus privaten Initiativen ("Zwangsarbeiterentschädigungen"). Wiedergutmachungsleistungen

"in Milliardenhöhe in der Sozialversicherung und in der Kriegsopferversorgung sind nicht erfaßt und statistisch nicht feststellbar. " 68)

Im Jahr 1987 lag bereits eine wissenschaftliche Studie mit einem Ergebnis von 1.500 Milliarden DM vor.⁶⁹⁾

Mit Schreiben vom 11.2.2000 teilte das Bundesfinanzministerium mit, daß im Zusammenhang mit den Verträgen über die "Wiedervereinigung" (Teilvereinigung) vom 3.10.1990 vereinbart worden sei, die "vorläufige Restschuld aus dem Versailler Vertrag von 1919" noch zu begleichen.

"Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast 10 Millionen Mark im Jahr ab -- bis 2020. " 70)

Im Jahr 1997 habe die Bundesrepublik hierfür an Zinsen

67) *Das Freie Forum*, Mitteilungsblatt der Gesellschaft für freie Publizistik Nr. 18/Okt.-Dez. 2003, S. 3 - 4. Vergl. auch Nr. 4/1992, S. 7 ff.

68) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 7/2000, S. 1 + 5 - 8. mit vollständigem Text.

69) *Berliner Morgenpost*, 1.11.1987. Verfasser: **Hans Hausberger**, wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität Köln.

70) *Der Spiegel* Nr. 11, 13.3.2000, S. 31 + *UN* Nr. 7/2000 S. 4.

6,9 Millionen DM und für Tilgung rund 3,3 Millionen DM gezahlt. Mit weiteren Angaben hierüber hält man sich offiziell sehr zurück.⁷⁰⁾

Die führende französische Zeitung **Figaro** brachte es 1992

auf den Punkt:

"Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

71a)

Und 1919 hieß es bereits: "Deutschland zahlt alles!"

Medienrechte in ausländischer Hand

Rangierten die Publikationsmittel jedweder Art seit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 mit an erster Stelle bei den Etablierungs- und Umerziehungsmaßnahmen der Besatzungsmächte, so konnten sie auch nach Beendigung der Besatzungszeit bis zur Stunde reibungslos für die Interessen der Sieger von 1945 weiterhin eingesetzt werden.

In der Publizistik kursierte seit Jahren die Nachricht von einem geheimen Zusatzabkommen zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit dem Passus, demzufolge die Medienhoheit bis zum Jahr 2099 bei den Alliierten verbleibe.⁷¹⁾ Ob diese Information stimmt oder nicht ist unerheblich im Vergleich zu den Realitäten seit der Besatzungszeit, die mittels Personalpolitik, Lizenzvergabe, Siegerjustiz und Folgegesetzen sowie finanzierten Besitzverhältnissen und internationalen Nachrichtendienst- und -Agentur-Vernetzungen geschaffen worden sind. Wenn schon vor Jahrzehnten **Der Spiegel** bestätigt hatte, daß die internationale Medienwelt von circa 50 Personen gesteuert werde, und seitdem der Zentralisierungsprozeß sich fortgesetzt hat (die Zahl 6 kursiert z.Zt. in der Presse), braucht es keiner Geheimverträge mehr, um die Medien- und damit Meinungsmonopole im Sinne der Mächtigsten zu gewährleisten. Zudem stehen den internationalen Geheimdiensten und "Bündnisregierungen" auf der einen Seite ungeahnte Beeinflussungs- und Subventionsmöglichkeiten und auf der anderen Seite Abstrafungsreglements für "Unkorrekte" zur Verfügung. Ergebnis ist die allerorten vernehmliche Einheitsmeinung in allen wesentlichen Politikbereichen.

Daher ist es ebenso unerheblich, ob es ebenfalls beim "2 + 4 Vertrag" von 1990, der die Teilvereinigung Deutschlands "völkerrechtlich absegnete", einen analogen geheimen Anhang, Zusatz oder Schriftwechsel über die Medienhoheit gegeben hat oder nicht.

Sind zwar, wie in der Wirtschaft überhaupt, vielfältigste Firmenverschachtelungen, Anteilsgewichte, private Mitbestimmungsrechte, Abhängigkeiten von Parteien, Organisationen und einflußreiche "Ratgeber" aller Art verschleiert oder geheim, so hat im Jahr 2003 ein privater Medienzar nicht nur besondere Schlagzeilen in der Bundesrepublik Deutschland gemacht, sondern das gesamte Mediensystem in die öffentliche Auseinandersetzung einbezogen: **Haim Saban**. ☞

Der 1944 geborene Sohn eines jüdischen Basarhändlers in Ägypten war in früher Jugend nach Israel verzogen, dann nach Frankreich, danach in die USA, jeweils laut Pressemeldungen erhebliche Schulden hinterlassend. Geld verdiente er

71) **Unabhängige Nachrichten (UN)** 9/1999. Dort ist eine mutmaßlich authentische diesbezügliche Verschlusssache des Bundesnachrichtendienstes abgedruckt.

Die Wannsee-konferenz

23¹⁰

Funktionäre des Grauens

Berlin, 20. 1. 1942. Heydrich, der Vertraute Himmlers, hat vierzehn Nazi-Größen zu einer Geheimkonferenz geladen. Einziger Tagesordnungspunkt: Die „Endlösung der Judenfrage“. Eine Sekretärin führt das Protokoll über die Sitzung, auf der eiskalt über die Ermordung von elf Millionen Menschen diskutiert wird.



Die Nazi-Größen Eichmann (Gerd Bockmann), Müller (F. G. Beckhaus), Heydrich

Unentwegte Fernsehfilme mit geschichtsverfälschendem Inhalt zu Lasten des deutschen Volkes – Vergl. zum Thema: *Historische Tatsachen* Nr. 35

zunächst ohne Erfolg als Musiker und Veranstaltungsmanager. Die Vermarktung von Trickfiguren im Filmgeschäft veränderte seine Situation. Von erneuter Pleite ist die Rede, 2,4 Milliarden Dollar sollen gefehlt haben. Immer wieder erstaunlich, wie Leute Kredite in solcher Höhe erhalten. "Man" hält eben zusammen. **Haim Saban** wurde wieder gerettet. Chefmanager des DISBEY-Konzerns, **Michael Fisner** kaufte **Sabans** Firma und legte noch einen gewaltigen Batzen zu. Der Glaubensfreund erhielt "eine neue Chance". Die neue Saban-Firma "Capital Group" mit 30 Finanz- und Wirtschaftsprofis brachte trotz wiederum hauptsächlich fremder Gelder Aufschwung. Mehr und mehr Türen zu Größen der Politik, Finanz- und Filmwelt wurden für ihn geöffnet. Zu US-Präsident **Clinton** unterhielt er bereits ebenso gute Beziehungen



Der kaum deutsch sprechende und erst kürzlich eingereiste Haim Saban hat die Kanzlerkandidatin Angelika Merkel (CDU) bereits fest im Griff. Kein Wunder, daß sie täglich im Fernsehen erscheint.

71a) *Die Welt*, 19.9.1992.

wie zu Israels Ministerpräsident **Scharon**. Der israelische Geheimdienst Mossad scheint seit langem zu dirigieren.

Das

beflügelte auch den bayerischen Ministerpräsidenten **Stoiber** und Bundeskanzler **Schröder**, ihm behilflich zu sein, die 6 TV-Privatsender "Pro-Sieben Sat.1 Media AG" mit einem Anteil von 40% (fast die Hälfte) der bundesdeutschen Privatfernseh-Sender zu übergeben. (Wo blieb das Kartellamt?) Er selbst gab zu, daß er zunächst gar nicht glauben konnte, daß ihm dieser Einbruch in die deutsche Medienlandschaft gelingen könnte, zumal solches in anderen Ländern gar nicht möglich ist. US-Präsident **George W. Bush** persönlich hatte sich ebenfalls für ihn eingesetzt.⁷²⁾

So konnte er gelassen in einem **Spiegel**-Interview bekanntmachen, daß sich die Deutschen über ihn noch wundern würden, da er noch sehr viel mehr vorhabe.

"Ich werde alle überraschen.

Ich habe leider nicht schnell genug deutsch gelernt, und Hauptversammlungen müssen in Deutschland in der Landessprache abgehalten werden.

SPIEGEL: ... Seither haben Sie den Vorstandsvorsitzenden, 3 Vorstände und praktisch alle Senderchefs verabschiedet. ... Stabile Verhältnisse stellen wir uns anders vor.

Saban: Diese Veränderungen waren notwendig und sind nun abgeschlossen. ...

Mir war immer klar, daß die Medienindustrie eine sehr politisierte Branche ist. Das ist überall so, weltweit. Also habe

ich zuallererst den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak angerufen, er möge bei seinem Freund Gerhard Schröder mal vorfühlen, ob wir als Investoren willkommen wären. Auch mit Edmund Stoiber und seinen Ministern Huber und Wiesheu habe ich mich schon vor dem Deal getroffen, um sicherzustellen, daß sie unser Vorhaben unterstützen. Hätte man mir signalisiert, daß man versucht, das Unternehmen in deutschen Händen zu halten, hätte ich nicht einmal ein Gebot abgegeben.

SPIEGEL: Was hat der Kanzler denn signalisiert?

Saban: Er war sehr offen und hat sinngemäß gefragt: »Sie wollen Geld ins Land bringen? Nur zu, willkommen.« Das hat mir gefallen, so sollte es sein."

"Wir wollen in Deutschland weiter wachsen." 74)

Der **New York Times** bekannte er einmal:

"Er habe nur ein politisches Thema und kenne nur eine politische Mission: Ich bin ein Mensch mit einem Anliegen, und dieses ist Israel." 73)

In puncto "Versöhnung mit den Deutschen" scheint sich auch bei ihm, dem USA- und Israel-Staatsbürger, nichts zu ändern. Das bestimmen die noch Größeren. Immerhin will er schon mal Marktführer werden. Sein inzwischen behaupteter Weiterverkauf an den Springer-Konzern mit einem Gewinn von 2,5 Milliarden Euro bleibt uns z.Zt. noch nebulös.

"Die Bundesrepublik handelt im Bündnis"

Im Jahre 2003 hatte die BRD netto fast 360,9 Milliarden DM (= 184,5 Mrd. Euro) an die Europäische Union gezahlt, 2005 summierte sich dies auf knapp 250 Mrd. Euro,⁷³⁾ ca. 60% netto jährlich in den EU-Haushalt, d.h. das, was nicht mehr in die von Brüssel verfügbaren Subventionsbereiche "zurückfließt". Die inzwischen durchgeführte "Osterweiterung" entzieht zudem der mitteldeutschen Wirtschaft beträchtliche Stützen zugunsten der neuen -- "armen" -- osteuropäischen Partnerländer. Allein auf die EU-Haushaltsfinanzierung und -verwaltung bezogen hatte bereits vor Jahren der Pariser **Figaro** die Vision erkannt, jedenfalls verkündet, "*Maastricht ist Versailles ohne Krieg*", also jene niederländische Stadt, in dem 1992 der EU-Vertrag besiegelt wurde, knebele den verbliebenen Teil Deutschlands ebenso wie 1919 der "Vertrag von Versailles", diesmal allerdings ohne die Möglichkeit eines Aufmuckens.

Obleich nach wie vor die Feindstaaten-Artikel 53 und 107 in der UNO-Satzung verankert geblieben sind und damit insbesondere Deutschland vor aller Welt diskriminiert halten, bringt die Bundesrepublik seit Jahren rund 10% des UNO-Haushalts auf, annähernd so viel wie England und Frankreich zusammen. Ihre dafür eingehandelte Beraterberechtigung hat keinerlei Mit-Entscheidungsgewicht.

Bis Ende 1993 hat die BRD an Rußland unter diversen Titeln -- zusätzlich zu den Besatzungskosten in unbekannt gebliebener Höhe und anderer "Wiederaufbauhilfe" -- 87 Mrd. DM, an Polen 30 Mrd. DM gezahlt. Bei den Krediten zwinker-

ten die Insider mit den Augen, wußten sie doch, daß sie kaum zurückgezahlt würden. Dazu kommen die Hermesbürgschaften für deutsche Ausfuhren in den Ostblock, die ggfs. ebenfalls dem deutschen Steuerbürger aufgebürdet werden. Wer eigentlich hat den bayerischen Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** zur Rechenschaft gezogen, als er der maroden "DDR" noch 1988 = 1 Mrd. DM Überlebenshilfe überwiesen hat? Was ist mit dem Geld geschehen? Das deutsche Volk wurde darüber nicht informiert. Und so geht es weiter.

Das sind aber nur einige Töpfe. Da gibt es mehr zu tun:

Seit 1952 ist die Bundesrepublik Mitglied der Weltbank.

Der **Weltbank** angeschlossen ist die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (for Reconstruction and Development -- **IBRD**),

die International Development Association (**IDA**),

die International Finance Corporation (**IFC**) sowie die Multilateral Investment Guarantee Agency (**MIGA**).

Mit der **IBRD** arbeiten 185 Staaten zusammen. Die BRD ist mit 4,6% der drittgrößte Kapitaleigner und damit entsprechende Risikoträger.

Zur **IDA** gehören 165 Mitgliedstaaten. Sie vergibt Hilfsfonds der Weltbank an besonders bedürftige Entwicklungsländer. Die Bundesrepublik Deutschland rangiert hier mit 11% Beteiligung ebenfalls als drittgrößte Gebernation.

Die **IFA** mit 175 Mitgliedstaaten hilft überwiegend langfristige Investitionen zu finanzieren. Auch hier ist die Bundesrepublik "drittgrößter Anteilseigner".

Die **MIGA** mit 162 Mitgliedstaaten fördert ausländische Investitionen in Entwicklungsländern mittels Garantien. Den dritten Zahlmeisterplatz nimmt die BRD ein.

72) *Süddeutsche Zeitung*, 16.1.2003, S. 17: "Die amerikanische Botschaft in Berlin hat beim Bundeskanzleramt und über das Münchener Generalkonsulat auch bei der bayerischen CSU-Regierung wegen des Verkaufs der Mediengruppe **Leo Kirch** interveniert."

73) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 2/2003, S. 8 + Nr. 5/2005 S. 3 + Nr.5/2005, S. 1 + *Rheinische Post*, 18.5.2005, S. 1..

74) *Der Spiegel* Nr. 18 + Nr. 19/2004, S. 226 ff). + *Focus* Nr. 13/2003, S. 160 + *Deutsche Nationalzeitung*, München Nr. 13/2003 + 6. Mai 2005, S. 14.

Die Bundesrepublik Deutschland ist aber noch bei anderen freundlich aufgenommen. Z.B. seit 1983 mit 4,1% als fünftgrößter Anteilseigner bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (engl. Abkürzung AIDB) mit 77 Mitgliederstaaten.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich noch am "Afrikanischen Entwicklungsfonds" (AFDF) mit 9% Kapitalanteil bzw. als drittgrößte Gebernation.

Auch für Asien wird etwas getan. Die BRD beteiligte sich 1965 an der Gründung der "Asiatischen Entwicklungsbank" (AsDB) mit einem Anteil von 4,4% am Stammkapital der Bank, gilt jedoch mit 6% Anteil an den Hilfsprojekten hier als "eine der größten Gebernationen".

Für Amerika muß etwas getan werden: Die Bundesrepu-

blik Deutschland ist eines der 46 Mitglieder der "Inter-amerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und "beteiligt sich an der Mittelausstattung des Fonds für besondere Vorhaben.

Seit 1989/1990 ist die Bundesrepublik auch Mitglied der "Karibischen Entwicklungsbank" (CDB) und hat "bislang rund 12% zu den akkumulierten Mitteln der CDB-Sonderfonds beigetragen".⁷⁵⁾

Die Finanzierung der Nato und Einsätze der Bundeswehr in fremden Kontinenten, der Stationierungskosten für die befreundeten Truppen im Lande bedarf gesonderter Untersuchungen. Die Wiedergutmachung an den World Jewish Congress, Israel und "Zwangsarbeiter" sind ebenfalls Themen für sich, komplex, verschlüsselt und akut ohne Ende.

Das vor der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegene, jedenfalls mit vielen Tricks verschleierte Pleitenszenario beschrieb kürzlich das Illustriertenblatt Stern:

"Auf jedem Einwohner in Deutschland lasten 16.834 Euro Miese, und jeden Tag werden es 2 Euro mehr. ... in einem Land, das 16.834 mal 82,5 Millionen zu viel ausgegeben hat. ...

Der Bund der Steuerzahler sagt, daß in Deutschland die Schulden der öffentlichen Haushalte um 2.534 Euro pro Sekunde steigen. Ende des Jahres wird das Land mit 1.399.088.061.230 Euro verschuldet sein, = 1,4 Billionen Euro. ...

Für 2005 hat Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) ermittelt, daß er 258,3 Mrd. Euro ausgeben und 194,5 Mrd. einnehmen wird. Dazwischen klafft ein Krater von 63,8 Milliarden. ...

Jeden Morgen braucht das Land der Schulden neues Geld. Jeden Morgen bündelt im Berliner Finanzministerium ein Beamter des Referates »Kassen- und Rechnungswesen« die aktuellen Zahlen aller fälligen Posten. Jeden Morgen wählt er die Nummer in Frankfurt/M und übermittelt den Bedarf an die »Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur«.

Die rund 90 Experten der Agentur sitzen im 1. Stock eines kalten Neubaus. Früh um Viertel nach 8 Uhr treffen sich 6 Händler, ihr Chef und 2 Planer und 2 Risikomanager, um die täglichen Tendenzen und Strategien zu besprechen. Um halb 9 setzen sich die Händler vor ihre vielen Bildschirme, beobachten die Balken und Zahlen der inter-

nationalen Märkte, telefonieren, erhalten neue Anweisungen aus Berlin, telefonieren weiter, besprechen sich, beschaffen 50 Millionen, 500 Millionen, 1 Milliarde oder auch 10 -- immer ganz kühl, ganz ruhig, ganz gelassen. Schließlich ist es nicht schwer, willige Verleiher für Deutschland zu finden. Schließlich gilt das Land der Schulden immer noch als liquide und verlässlich. ...

An diesem Morgen haben die Geldprofis eine Auktion veranstaltet, um an frisches Geld zu kommen. 42 ausgesuchte Banken konnten um Schuldverschreibungen des Bundes im Wert von 9 Mrd. Euro feilschen. Die Gebote

prasselten herein wie Platzregen im Herbst. Ob bei dieser Auktion oder beim normalen Tagesgeschäft mit Krediten, ob bei Laufzeiten über einen Monat, 1 Jahr oder 5 -- das wichtigste Entscheidungskriterium für die Profis ist die Höhe der verlangten Zinsen.

Inzwischen frißt das Monster der Zinsverbindlichkeiten mehr, als der Staat an neuen Krediten erhält -- im vergangenen Jahr standen 63 Milliarden Euro Neuverschuldung gegen 66 Milliarden Zinsen. Diesen Teufelskreis können auch die besten Broker nicht durchbrechen.

Jeden Abend bis kurz vor 6 überweisen die Händler die benötigten Millionen und Milliarden. Jeden Abend bis kurz vor 6 sammelt sich das Geld auf dem Konto der Republik, das die Bundesbank in Frankfurt/M führt. Jeden Abend bis kurz vor 6 Uhr muß es ausgeglichen sein -- plus minus null.

Früher einmal, es ist noch nicht lange her, da war die Bundesbank eine mächtige Institution. Da schützte sie den Wert der D-Mark. Heute aber ist die Europäische Zentralbank die entscheidende Macht, und die Vorstände der Bundesbank sitzen nur noch mit an diversen Tischen und raten und tragen ihre Wünsche vor. ...

Heute: 847 Milliarden Schulden hat der Bnnd, 448 Milliarden haben die Länder, 105 Milliarden die Gemeinden. " 76)

Milliarden-Betrug an israelischen Rentnern

Hamburg dpa - Rund eine Milliarde Mark aus der deutschen Rentenkasse, die für israelische Rentner gedacht waren, sind auf Konten privater Geschäftemacher gelandet.

Deutsche und israeli-

sche Ermittler seien seit Monaten auf der Suche nach dem verschwundenen Geld, berichtet der "Spiegel". Noch in diesem Herbst solle Anklage gegen zwei Anwälte in Berlin und Tel Aviv erhoben werden.

»Welt am Sonntag«, 19. September 1999

75) Deutsche Nationalzeitung, München, 22.4.2005, S. 7.

76) Stern Nr. 41/2004 S. 178 - 179.

ZENTRUM FÜR DEUTSCHE RENTEN GmbH THE CENTRE FOR GERMAN PENSION LTD.

Personen mit Mittelschul-, Berufs- und akademischer Bildung sind nach Anzahl ihrer Studienjahre zu einer Rente der deutschen Sozialversicherungsanstalt berechtigt. Es bleiben nur noch wenige Tage zur Sicherung der Rente aus Deutschland für Gehaltbildung.

AUFRUF: Das Zentrum für deutsche Renten wendet sich hiermit an israelische Bürger mit der Aufforderung, sich der deutschen Sozialversicherung anzuschließen und ihre Rechte auszuüben, die ihnen laut dem Sozialabkommen zwischen der BRD und Israel unterzeichnet wurde.

Was Sie von der deutschen Sozialversicherung erhalten können:

Für jedes Schuljahr nach dem 16. Lebensjahr — erhalten Sie bei Erreichung des Pensionalters eine Rente von 30 DM pro Studienjahr bis zu 8 Studienjahren, also 240.— DM monatlich oder 2.800.— DM im Jahr und zwar **LEBENSANGLICH!**

Wer ist zur Anmeldung berechtigt:

1. Israelbürger, die Nachverfolgte waren; wer sich zu irgendeinem Zeitpunkt in den Jahren 1933-1945 in von Deutschen besetzten Gebieten aufgehalten hat.
2. Jeder andere israelische Staatsbürger, unter der Bedingung, dass er bis zum Pensionalters einen Monat in Deutschland arbeiten wird.

Wieviele müssen Sie investieren?

1. Zum Anmeldetermin 400 MS (plus Mehrwertsteuer); in diesem Betrag ist die Summe enthalten, die Sie der deutschen Behörde schuldig sind, sowie Bearbeitungsgebühr für das Zentrum.
2. Bei Erhalt der Rente 5 monatliche Pensionsschüttungen.

Ausser diesen Zahlungen sind Sie der deutschen Sozialversicherungs-Anstalt keinerlei weitere Zahlungen schuldig.

ZVI ABRAHAM, Generaldirektor

Kostenlose Beratung und Anmeldung in unserem Büro:
Tel Aviv, BET CLAL, Rechov Dorozev 5 Zimmer 1011/2
Tel. 03-281837

Gefnet am Mozej Schabbat 18.00 - 20.00 Uhr.
Wochentags, 9.00 - 20.00 Uhr.

Die chronischen Defizite der deutschen Sozialkassen sind u.a. auf vielfältige versicherungsfremde und satzungswidrige Leistungen zurückzuführen, die seit Jahrzehnten gezahlt werden.

Hier eine Anzeige für Juden, (li.) die einmal im deutschen Herrschaftsbereich gelebt hatten, sowie (re.) eine Werbung der *Israel Nachrichten* vom 21.11.1986. Diese weist auf bevorzugte Rentenbegünstigung für Juden mit höherer Schulbildung hin. So fließen deutsche Rentenbezüge an ausländische Begünstigte ab. Von keinem anderen Land der Welt ist Ähnliches bekannt.

Derweil finanziert die Bundesrepublik seit 1994 die Gedenkstätte Auschwitz mit rd. 5 Millionen € und über die Wiedergutmachung an die Jewish Claims Conference mit Hunderttausenden von Dollar Holocaust-Gedenkstätten in immer mehr Ländern der Welt.⁸⁰⁾

Die Bundesrepublik Deutschland sorgt sich weltweit um die Mitbürger

Deutsche zahlen (abgesehen von den Großbetrügereien) für ausländische Straftäter:

Fall 1) Der vorbestrafte türkische Asylanter **Abdurrahim C.** mit 2 Ehefrauen und 12 Kindern im Hochtaunuskreis bezog im Jahr 2000 monatlich 12.451,— DM, im Jahr 1998 nebst zusätzlichen "einmaligen Sozialhilfebeiträgen" insg. 161.553,— DM deutsche Sozialhilfe.⁷⁷⁾

Fall 2) Ein sudetendeutsches Folteropfer hat laut *Sudetentpost* vom 6.7.2000 nach mühsamen Ermittlungen festgestellt, daß der tschechische Lagerkommandant des Folter- und Todeslagers **Miröschau**⁷⁸⁾ südöstlich von Pilsen, **Frantisek Foukal**, der 1945 ungezählte Folterungen und Massensterbe an Deutschen durchgeführt hat, aus den 140 Millionen DM des 1997 vereinbarten deutsch-tschechischen "Zukunfts-fonds" "Entschädigung" erhalten hat.⁷⁹⁾

Fall 3) Schon mit 14 Jahren brachte er es in Deutschland auf 62 Straftaten, von Diebstahl bis Körperverletzung Dann wurde **Mehmet** in die Türkei ausgeflogen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied am 15.11.2001: "rechts-widrig". München müsse ihn wieder aufnehmen, ihm therapeutische Hilfe zukommen lassen und einen Betreuer stellen.

77) Auskunft der hessischen Sozialministerin vom 30.6.2000; -- vergl.

Unabhängige Nachrichten (UN) 10/2000, S. 5 - 8, dort Faksimile-Abdruck der schriftlichen Parlamentsauskunft.

78) vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 85, S. 39.

79) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 8/2000, S. 10 + Nr. 10/2000, S. 6 - 8 -- Der tschechische Historiker **Jaroslav Pospisil** hat in seinem Buch "Hyeny" ("Hyänen") viele Einzelheiten über diese Nachkriegs-"Partisanen"-Verbrechen zusammengetragen.

JEDER GEBILDETE KANN EINE RENTE AUS DEUTSCHLAND ERHALTEN

Der Verband der Rentempfänger aus Deutschland GmbH öffnet dem allgemeinen Publikum mit höherer Schulbildung (nicht-unbedingt: Nazi-Verfolgte) ein Rentenprogramm der Sozialversicherungsanstalt in Deutschland.
"Zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnetem" Sozialabkommen ist die Verwirklichung der Pensionsrechte für eine Bevölkerungsgruppe möglich, die nachfolgende Kriterien erfüllt:

- * Die Programme sind für israelische Staatsbürger mit höherer Schulbildung bestimmt, die im Alter von über 16 Jahren eine Mittel- oder eine Berufsschule und/oder eine höhere Schule mindestens 4 Jahre besucht, diese mit einem Abschluszeugnis verlassen, und beabsichtigen, ab heute in Israel wenigstens 50 Monate zu arbeiten.
- * Die Programme sind auch für diejenigen bestimmt, die im Jahr 1983 eingetragen wurden, ihre Rechte jedoch nicht realisierten, vorausgesetzt, dass sie den vorerwähnten Kriterien gerecht werden.
- * Wer nicht unter der deutschen Besetzung lebte, muss ausserdem eine einmalige monatliche Pflichtzahlung an die Sozialversicherungsanstalt in Deutschland leisten, was durch einen Arbeitsmonat in Deutschland, bis zur Pensionierung gegeben ist.

BEISPIEL: Ein Akademiker, der nach Vollendung des 16. Lebensjahres acht Studienjahre absolvierte, wird zur Zeit seiner Pensionierung eine monatliche Rente von 240.— DM erhalten (die an die Gehälter in Deutschland gekoppelt sind), gegen eine nur einmalige Investition in Höhe von 1000.— Schekel, plus Mehrwertsteuer.

HAUPTBÜRO IN TEL AVIV

Migdal-Gebäude, Ben Yahuda 1, erster Stock, Einschreibung täglich 8.00 — 19.00 Uhr, Freitage 8.00 — 12.00 Uhr und Mozej Schabbat 19.00 - 22.00 Uhr, Tel. 03-659155/6

BEERSCHABA:

Versammlung für Aufklärung und Anmeldung: Mozej Schabbat den 15.11.86, ab 19.00 Uhr im Hotel „Desert Inn“. Feste Anmeldestelle: im Haus der Ärztegemeinschaft Beerscheba, Rechov Haachalom 20, Montag und Mittwoch, 15.00 — 20.00 Uhr, Freitag 8.00 — 12.00 Uhr.

JERUSALEM:

Feste Anmeldestelle im Beth Harofeh, Hanavim 72 Sonntag, Dienstag, Donnerstag zwischen 15.00 und 19.00 Uhr.

HAIFA:

Feste Anmeldestelle: Beth Hamehandes, Rech Schabbat Levy 24, Sonntag, Dienstag, Donnerstag von 15.00 — 20.00 Uhr.

Die Einschreibung wird am 17.12.85 geschlossen
Verband der Rentempfänger aus Deutschland — Abteilung für Akademiker

Dabei hatte die ihm schon vorher zuteilgewordene und fehlgeschlagene "intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung" jährlich 102.200,— DM gekostet.

"Ein Beschluß des Assoziationsrates EWG/Türkei aus dem Jahr 1980 hat deutsches Recht außer Kraft gesetzt und billigt türkischen Staatsbürgern zu, bei uns leben zu dürfen, wenn sie das wollen. Wir dürfen nur bezahlen." ⁸¹⁾

Was war angesichts dieser Sachlage das Wahlversprechen von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) vom 20.7.1997 wert?

"Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell!"

Damit waren allerdings nicht die Räuber von Schlesien und anderen deutschen Provinzen gemeint, hatte er doch die Schirmherrschaft Niedersachsens für die Landsmannschaft Schlesien bereits als dessen Ministerpräsident aufgekündigt.

Deutsche Steuergelder zur Finanzierung der "love-parade" in Mexiko-Stadt: Seit 1999 fließen hierfür über das Goethe-Institut jeweils 25.000 Euro zwecks "Vermittlung deutschen Kulturgutes". ⁸¹⁾

Im Zusammenhang mit den plötzlich von US-"Sammelklägern" geforderten 10 Milliarden DM "Zwangsarbeiter-Ent-

80) *Deutsche Nationalzeitung*, 8.7.2005, S. 11, dort spezifizierte Angaben.

81) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 12/2001 S. 10 + 7/2003, S. 3.

schädigungen" hat die Bundesregierung 5 Mrd. sogleich direkt übernommen und die anderen 5 Mrd. der Wirtschaft als steuerlich absetzbare "freiwillige" Abgaben auferlegt (der deutsche Steuerpflichtige zahlt fast alles). Mittels verstärkter Permanentdiffamierung der ns-Führung und -Unternehmer, verweigerter Nachweispflicht für schlechte Behandlung der Fremdarbeiter, Heranziehung auch vor 1945 nicht existenter Firmen, Anprangerung und Boykottandrohung gegenüber Verweigerern (man hat schließlich seine Claqueure auf mittlerer Ebene) und zentraler Einwirkung aus Bonn bei etlichen Firmen wurde die vorgegebenen Abgabesummen durchgesetzt. Rechtsverstöße interessierten nicht.⁸²⁾

Im Jahr 2002 wurden aus brd-Kassen mehr als 3,676 Milliarden Euro Kindergeld an Ausländer gezahlt. Mit der steigenden Zahl arbeitsloser Zuwanderer wird das ohnehin unnormale Verhältnis zwischen eingezahlten und geleisteten Versicherungsbeträgen immer grotesker, zumal in dieser Zahl die inzwischen "Eingebürgerten" gar nicht erfaßt sind.⁸³⁾

Krankenkassen zahlen zusätzlich für nichtverdienende Ehefrau und Kinder, auch für Eltern von in der BRD arbeitenden Ausländern, die in deren Heimatländern leben. Dies

gelte für die Türkei, Bosnien, Herzegowina, Serbien, Montenegro (vornehmlich?). SPD-Staatssekretär Thönnies verwies im Bundestag auf "die Rechtsvorschriften des Wohnsitzstaates der Familienangehörigen" im deutsch-türkischen Abkommen vom 30.4.1964 sowie dem deutsch-jugoslawischen Abkommen vom 12.10.1968. MdB Erika Steinbach verwahrte sich gegen diese Praxis (ohne Erfolg), da deutschen Eltern die Familienversicherung verwehrt sei.⁸⁴⁾

Ausverkauf

"In den vergangenen 5 Jahren haben allein die Städte und Gemeinden 600.000 Wohnungen veräußert, um ihre Finanznot zu lindern. Dazu kommt der Verkauf der Wohnungsbestände aus Länder- oder Bundeseigentum (wie z.B. die GAGFAH, die von den Beiträgen der BfA-Versicherten gebaut wurden).

Nachdem Konzerne wie RAG, EON oder Viterra in den vergangenen Jahren ganze Siedlungen mit Steuergeldern errichteter Werks- und Sozialwohnungen aufgekauft hatten, werden sie nun an internationale Investmentgesellschaften verhökt.

Jüngstes Beispiel: Der Wohnungsriese Viterra mit rund 150.000 Wohnungen wird für 7 Mrd. Euro an die »Deutsche Annington« verkauft, die der britischen Fondsgesellschaft »Ter-ra Firma« gehört. ..."⁸⁴⁾

Polen-General: Erst Asyl, dann Rente

Bonn - Etwa 1.800 polnische Staatsbürger, die in der Bundesrepublik leben, beziehen nach einem deutsch-polnischen Sozialversicherungs-Abkommen von 1975 eine deutsche Rente, selbst, wenn sie hier nie gearbeitet haben. Einer von ihnen ist der Ex-General Leon Dubicki.

Der bei Wilna geborene Dubicki trat 1936 als Fähnrich in die Rote Armee der Sowjetunion ein. 1943 wurde er im Range eines Hauptmanns Kommandeur der 5. Abteilung des 1. Artillerieregimentes der 1. Polnischen Armee, die an der Seite der Roten Armee gegen die Deutschen kämpfte. Nach dem Krieg, 1948, wurde er zum Oberst befördert. Von 1951 bis '53 besuchte Dubicki Polens Generalstabs-Führungsakademie -- zusammen mit dem heutigen Staatschef Jaruzelski. 1970 wurde Dubicki als Brigadegeneral pensioniert. Anschließend holte Jaruzelski -- damals Verteidigungsminister -- ihn in seinen Beraterstab. Zu Dubickis 65. Geburtstag gratulierte Jaruzelski 1980: "... wünsche ich Dir, Leon, weiterhin ak-

tive gesellschaftliche Tätigkeit, gute Gesundheit und jeglichen persönlichen Erfolg."

Knapp ein Jahr später, im August 1981 ging Dubicki in den Westen und ließ sich in Kaiserslautern nieder. Am 6. Oktober stellte er seinen Rentenantrag. 7 Tage später wurde sein Asylantrag und am 27. April 1982 sein Rentenantrag anerkannt.

Gegen den Rentenbescheid klagte Dubicki vor dem Sozialgericht in Speyer (Rheinland-Pfalz).

Er forderte u.a., daß auch seine Dienstzeit in der Roten Armee angerechnet wird. Das Gericht gab ihm 'in geringem Umfang' Recht. (Az.: S 9 A 147/83). Der General hat inzwischen sein Telefon abgemeldet und ist verzogen. Ein Sprecher des Bundessozialministeriums erklärte BILD: »Der Fall Dubicki ist ein Einzelfall. Daran sollte das deutsch-polnische Abkommen nicht gemessen werden.«

Arbeitsminister Blüm hatte bereits früher erklärt, die Bundesregierung strebe eine einvernehmliche Änderung des Abkommens an.



Die Offiziers-Kameraden Jaruzelski und Dubicki 1958 bei einem Manöver in Polen

Aus: BILD, Nr. 67/12, 20.3.1989, S. 10
(deutsche Monatsrente = 2.500,- DM)

Folgende Abkommen machen es möglich:

1) deutsch-polnisches Abkommen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden, vom 25. April 1973 (in Kraft getreten am 1.9.1974),

2) deutsch-polnisches Abkommen über Renten- und Unfallversicherung vom 9. Oktober 1975 (in Kraft getreten am 1.5.1976)

-- Rentenzahlungen

gewährt der Wohnortstaat unter Berücksichtigung der im anderen Staat zurückgelegten Versicherungszeiten -- (nur noch gültig für bis Ende 1990 geregelte Fälle),

3) deutsch-polnisches Abkommen über die Soziale Sicherheit vom 8. Dezember 1990 (in Kraft getreten am 1.10.1991), löste Abkommen Nr. 2) ab und rechnet die Rentenversicherungszahlungen und -zeiten in den beiden Staaten zusammen und gewährleistet die Rentenzahlung auch in den anderen Staat (Leistungsexportprinzip).

4) Seit 1. Mai 2004 gelten die einschlägigen Verordnungen des EU-Rechts.^{84a)}

84) Unabhängige Nachrichten (UN) 3/2003 S. 6 - 7, dort Faksimileabdruck der Bundestagsdrucksache 15/337 + UN 5/2003 S. 10.

84a) Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung Am Posthof 78 a, 53121 Bonn, Referat E 23 vom 14.6.2005.

82) Unabhängige Nachrichten (UN) Nr. 6/2000 S. 6.

83) Zahl entnommen dem Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung vom 4.4.2003. -- Vergl Fußnote 81) UN Nr. 7/2003, S. 4.

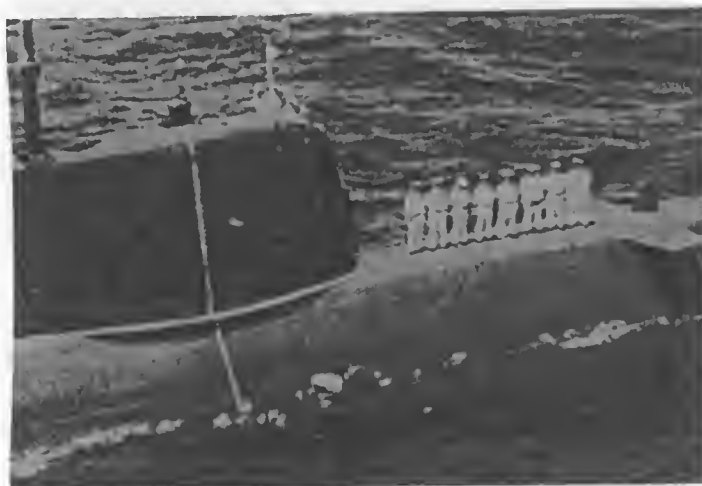
Waffen- und sonstige Geschenke an "Freunde"

Kanzleramtsminister **Bohl** im Deutschlandfunk:

"Seit dem Zusammenbruch der Sowjetdiktatur (1991 bis 1995) hat die Bundesregierung an Rußland 100 Milliarden D-Mark Aufbauhilfe überwiesen." ⁸⁵⁾

Deutsche U-Boote stehen hoch im Kurs in Israel, zumal seit 1991 Bundeskanzler **Helmut Kohl** die Finanzierung zugesagt hatte. Man weiß sich verpflichtet. Der Öffentlichkeit werden Freundschaftsdienste dieser Art tunlichst verschwiegen, schon seit Jahren. Interessierte Bürger erfahren demgegenüber vom Verbot von Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete.

Nachdem schon vor Jahren der Tod des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten **Uwe Barschel** (CDU) in der Badewanne eines schweizer Hotels mit geheimen U-Boot-Lieferungen nach Israel in Zusammenhang gebracht worden war -- 3 hochmoderne mit Abschußvorrichtungen für Atom-Raketen waren bereits 1999 kostenlos von Kiel und Emden aus in Richtung Haifa in See gegangen --, erregte die Nachricht des Bundesverteidigungsministers **Peter Struck** (SPD) am 8.9.2004 im *Handelsblatt* erneut Aufsehen, daß Israels Wünschen nach neuen U-Booten Rechnung getragen werde. Sie würden freilich nur zum Küstenschutz eingesetzt. Doch darauf dürfte Herr **Struck** dann wohl keinen Einfluß mehr haben. ⁸⁶⁾



Am 27.7.1999 übernahmen israelische Matrosen das erste der 3 bundesdeutschen "Dolphin"-U-Boote. Diese können mit Marschflugkörpern und Atomsprengköpfen ausgerüstet werden und aus 10 Rohren gleichzeitig Torpedos, Minen und Raketen verschießen. Ihr Wert: 1,5 Milliarden DM. Bild ap

"Aber die hochverschuldete BRD verschenkt nicht nur Jagdflugzeuge: Im Jahre 2002 hat die Bundeswehr den Polen bereits 130 Kampfpanser vom Typ »Leopard 2« kostenlos überlassen. Auch deren Wert geht in viele hundert Millionen Euro." ⁸⁶⁾

Flutopfer-Spenden für tschechische "Arbeit zur Erinnerung an ns-Greuel"

Erst am 22.10.2002 hatte der sächsische Ministerpräsident **Milbradt** (CDU) in einem "Akt der Solidarität, weil Sachsen mehr Geld als die tschechischen Nachbarn habe", dem tschechischen Staat 5 Millionen Euro Fluthilfe für die Sanierung der dortigen Verkehrsverhältnisse zur Verfügung gestellt, ohne vorher zumindest die Aufhebung der verbrecherischen **Benesch-Dekrete** zu fordern. ⁸⁷⁾

Am 31. März 2003 meldete die *Berliner Morgenpost*: Brandenburgs Ministerpräsident **Platzek** (SPD) hat in Theresienstadt (Terezin, Nordböhmen) "aus nicht verbrauchten Fluthilfe-Spenden des Hilfsfonds Brandenburg" einen Scheck von 100.000 Euro überreicht, weil

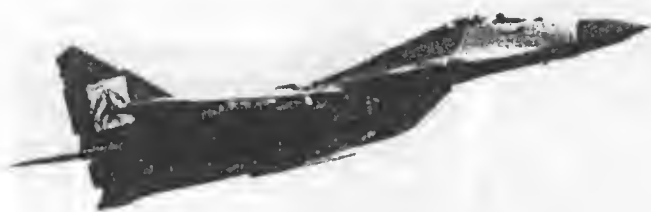
"Theresienstadt auch im 21. Jahrhundert die wichtige Aufgabe erfülle die Erinnerung an die Greuelthaten der Nationalsozialisten wachzuhalten." ⁸⁸⁾

Die Solidarität des deutschen Volkes für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe an der Elbe und Nebenflüssen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg im August 2002 wurde auf diese Weise sträflich mißbraucht, das deutsche Volk, speziell die vertriebenen Sudetendeutschen, verachtenswert behandelt.

Über Strafverfahren gegen diese "Landesväter" ist ebenso wenig bekanntgeworden, wie seinerzeit gegen den bayerischen Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß**, als er 1988 dem kommunistischen Regime eigenmächtig "zur Rettung der DDR" 1 Milliarde DM Steuergelder gegeben hatte.

⁸⁷⁾ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.10.2002.

⁸⁸⁾ *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oberhausen 6/2003, S. 3.



"Bund schenkt Polen 24 Kampffjets für 1 Euro!"

"Die letzten 9 Kampffjets vom Typ MIG-29 der bundesdeutschen Luftwaffe wurden gestern vom Fliegerhorst Laage-Kronskamp zu ihrem neuen Stützpunkt in Bydgoszcz nach Nord-Polen verlegt. Die sowjetischen Jagdflugzeuge stammten noch aus der Erbmasse der Nationalen Volksarmee (NVA). Polen hatte die gesamte Staffel samt Technik und Munition für den symbolischen Stückpreis von einem Euro gekauft. Die MIG-29 machen in Laage die Rollbahn frei für die neuen Eurofighter." ⁸⁶⁾

Ein Treuhänder, der das ihm anvertraute Vermögen, statt ordnungsgemäß zu verwalten, kurzerhand verschenkt, würde wegen Untreue im Gefängnis landen. Die brd-Treuhänder für das Vermögen des deutschen Volkes kennzeichnen hingegen derartiger Waffengeschenke (Wert pro Flugzeug = 30 Millionen!) an eine Vertreibernation trotz allein 1990 transferierter 17 Milliarden DM⁸⁵⁾ und unerträglicher Verschuldung aller öffentlichen Kassen als kluge Friedens- und Freundschaftsgeste und als "Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit".

⁸⁵⁾ *Bild*, 8.5.1995 + *Unabhängige Nachrichten* 10/1995, S. 3.

⁸⁶⁾ *Unabhängige Nachrichten (UN)*, 8/1999 + 10/2004 + 9/2004.

Griechenland greift zur Pfändung im Goethe-Institut

Am 14.4.2000 verurteilte letztinstanzlich das höchste Gericht in Griechenland die Bundesrepublik Deutschland zur Entschädigung von 296 Bürgern aus **Distomo** zur Zahlung von nahezu 100 Millionen DM (incl. Zinsen). Der Weg zur Pfändung deutscher Immobilien in Griechenland war freigegeben. Davon, daß Griechenland sich 1940 auf die Seite der kriegführenden Alliierten gestellt und britische Truppen ins Land gelassen hatte, war freilich keine Rede.

1960 hatte die Bundesrepublik 115 Millionen DM "für Personenschäden durch NS-Verfolgung" nach Athen überwiesen.⁸⁹⁾ Zudem erhält Griechenland jährlich etwa 10 Milliarden DM (5 Mrd. Euro) seitens der EU, von denen die Deutschen 30 - 40% beisteuern. Doch hatten jene Dorfbewohner davon nichts erhalten, weil selbst die griechische Regierung jene Ereignisse als durch Partisaneneinsatz bedingte Kriegshandlungen beurteilt hatte. 50 Jahre später sollte es sich plötzlich um ein willkürlich verbrecherisches "Massaker der SS" gehandelt haben.⁸⁹⁾

Schweigen und Akzeptanz auch von Fälschungen aller Art zu Lasten des Dritten Reiches, das als "Identitätsmerkmal" angenommene Sühneverhalten der Bundesregierung gegenüber allen vom Ausland erhobenen Anklagen sowie ihr vorbehaltloser Zahlungseifer an Fremde hat nun auch griechische Sammelkläger auf den Plan gerufen.

Zwar kann nach völkerrechtlichen Grundsätzen kein Gericht eines fremden Staates einen anderen Staat verurteilen



-- insofern ist das ganze Verfahren nichtig --, doch deutet bisher aus dem Kreis des etablierten Parteienkartells nichts darauf hin, daß man bereit wäre, das Kriegsgeschehen sachgerecht zu beurteilen. Man denke in diesem Zusammenhang an den Juni-2004-Besuch des Bundeskanzlers **Gerhard Schröder** in Oradour zwecks "Bestätigung" der Anti-SS-Legende, an sein Mitfeiern beim Siegesgedenken in der Normandie am 6.6.2004 sowie in Moskau am 9.5.2005, an seine Bekämpfung aller national-gesinnten Deutschen und den widerspruchslosen Konsenz all derer, die in dieser Politik europaweit mitmischen.

Weiterhin hemmungslose Bewältigung

Die Links-Postille **Profil**, Wien 2/10. Jänner 1994 gab von der "leitenden amerikanischen Historikerin am Holocaust Memorial Museum in Washington und Mitglied der Mauthausen-Kommission", **Sybil Milton**, folgendes wieder:

"Die erste intelligente Literatur über die Verfolgung von Roma und Sinti, von Homosexuellen ist in den vergangenen drei Jahren entstanden."

Also erst ab 1991! Sachgerecht wäre zu berichten gewesen, daß die hier beschriebenen Verfolgungsschicksale literarisch überhaupt erst 1972 "entdeckt" worden sind! Das bestätigt die Ausführungen in den **Historischen Tatsachen** Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million".

Brandneu ist sogar, daß im Washingtoner Holocaust-Museum nunmehr "in den Begriff von Holocaust alle hineingegenommen werden", nunmehr auch

"Hitlers Idee im vorletzten Kriegsjahr, alle Turkomanen auszurotten, weil sie den Deutschen gefährlich werden könnten. Das verdeutlicht, daß man bereit war, immer noch neue Ausrottungspläne zu entwickeln."⁹⁰⁾

Beweise gibt es freilich nicht. Zweifler und Forscher könnten sich indessen wegen "Verharmlosung des Holocaust" strafbar machen.

"Beabsichtigt gewesene Ermordung von über 1 Million Kriegsgefangenen"

Am 21.8.1997 verbreitete die britische Nachrichtenagentur **Reuter** "die Nachricht",

"**Dokumentenfund**" in den Washingtoner National Archives hätten ergeben, daß **Adolf Hitler** kurz vor dem Zusammenbruch des Reiches beabsichtigt habe, sämtliche alliierten Kriegsgefangenen mit Ausnahme der für die Rüstung unentbehrlichen Kräfte -- es hätte sich um 200.000 westalliierte und über 1 Million russische gehandelt -- ermorden zu lassen. "**Die Dokumentenfund**", so stellte sich jedoch heraus, seien ein "Vernehmungsprotokoll **Hermann Görings**" gewesen, das "Historiker des World Jewish Congress" aufgespürt hätten. Im Nürnberger Militärtribunalprozeß 1946 seien diese Angaben **Görings**, weil vorher als geheim eingestuft, nicht zur Sprache gekommen.⁹¹⁾

Wie man sieht, geht die Greuelpropaganda munter weiter. Die Presseagentur **Reuter** war seit je ihr Exponent. Ein Eingehen auf diese durch nichts erwiesene Meldung erübrigt sich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift. Dieses angebliche Vernehmungsprotokoll ist bisher nirgendwo textlich wiedergegeben worden. -- Auch hier wieder offensichtlicher Betrug!

Warum sollten die Sieger 1945/1946 ausgerechnet dies geheimgehalten haben?

89) **Unabhängige Nachrichten (UN)** 8/2000 S. 9.

90) **Profil**, Wien, Nr. 24 vom 9.6.1997.

91) **Deutsche Nationalzeitung**, München 25.8.1997.

Neues Beispiel unverfrorener Lüge

Nebestehendes Foto ist eines von über 80, die im Deutschen Weißbuch Nr. 3 zur Vorgeschichte des Krieges als "Dokumente polnischer Grausamkeit" 1939 von der Reichsregierung der Weltöffentlichkeit vorgelegt worden waren. Es war veröffentlicht worden mit dem Vermerk:

"8 ermordete Deutsche auf einer Stelle, davon 2 seitwärts und 2 verstreut aufgefunden, im Orte Glinke bei Bromberg."

Die Vielzahl der zusätzlich in jenem Weißbuch abgedruckten amtlichen Fotos und Protokolle läßt keinerlei Zweifel daran, daß bereits vor Kriegsbeginn – dem 1. September 1939 – und verstärkt in den ersten Tagen danach von der polnischen Regierung, der polnischen katholischen Kirche und polnischen bewaffneten Banden systematische Massaker an der volksdeutschen Bevölkerung verübt worden waren. Höhepunkt dieses niederträchtigen Geschehens war der **"Blutsonntag von Bromberg"** mit 5.437 ermordeten deutschen Bewohnern vor dem Einmarsch der deutschen Truppen.

Heute ist amtsbekannt – und es ist wichtig genug, um dies hier zu wiederholen –, daß im Frühjahr 1939 aus England ohne Wissen des britischen Premierministers **Neville Chamberlain**, veranlaßt von den Kräften um **Winston Churchill**, **Anthony Eden** und **Lord Halifax**, des britischen Geheimdienstes und des War Office (Kriegsminister war **Lord Leslie Hore-Belisha** in jüdischer Loyalitätsbindung), mit *"schmutzigen Tricks"* ausgebildete Guerilla-"Missionen" (sprich: Kommandos) nach Polen eingeflogen worden waren mit dem Auftrag, Massaker an den in Posen-Westpreußen wohnenden Volksdeutschen in die Wege zu leiten. Hiermit sollte ein deutsch-polnischer Krieg ausgelöst werden.⁹²⁾

An diesen Massakern mit einer Größenordnung bis annähernd 50.000 zivilen Opfern gibt es nicht den geringsten Zweifel. So auch nicht an diesem dokumentierten Foto.

Bei derart vielen fotografierten Beweisen, die zudem von sofort eingeladen gewesen internationalen Pressevertretern vor Ort überprüft werden konnten, würde es keinen Sinn gemacht haben, einen Befund dieser Art zu manipulieren.

Im übrigen sei an den polnischen Botschafter in London **Graf Edward Raczyński**, den polnischen Botschafter in Berlin **Joseph Lipski** und andere erinnert, die sämtlich nach Kriegsende bestätigt haben, daß die Reichsregierung jene Deutschen Weißbücher zur Vorgeschichte des Krieges absolut korrekt herausgebracht hatte.⁹³⁾

Diese Dokumentationslage hinderte jedoch im Jahre 2004

92) William Stevenson, "A Man Called Intrepid -- The Secret War -- The Authentic Account of the most decisive Intelligence Operations of World War II -- And the superspy who controlled them", New York 1977. Nachfolgende Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch. -- Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 80, S. 22 ff.

93) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 107. -- Dort weitere Quellenhinweise. Z.B. Edward Raczyński, "In Allied London", London 1962, S. 51.

einen jüdisch geführten Verlag, "I.B. Taurus", London - New York, in Verbindung mit "ejps European Jewish Publication Society" sowie die jüdische Autorin **Janina Struk** nicht, in ihrem Buch "Photographing the Holocaust -- Interpretations of the Evidence" dieses Foto ohne weitere Bezeichnungen von Zusammenhängen, Tatzeit oder Zeugen und Beweisen mit der Bildunterschrift zu veröffentlichen:



"Polnische Frauen, in Bydgoszcz während der »Befriedung« der Stadt umgebracht.

(Instytut Pamięci Narodowej/Institute of National Memory courtesy of USHMM photo archives). " 94)

Im Begleittext wird zwar auf nicht identifizierbare Zulieferer des Fotos, auch auf Bydgoszcz also Bromberg, im übrigen auf die damalige alliierte Presse, insbesondere das US-Magazin **Life**, verwiesen. **Life** hat kurzerhand alle diese Belege polnischer Grausamkeit als *"Nazi-Kriegspropaganda"*, *"deutsche Bestialitäten an Polen"* bezeichnet. Details dieser angeblichen *"deutschen Untaten"* stellte **Life** zunächst als möglich oder wahrscheinlich hin, schließlich aber als *"erwiesene Tatsachen"*. Damit war der gewünschte "Beweis erbracht". Einer weiteren Erörterung bedurfte es nicht. Ein fremdkontinentaler Presseboss, der überhaupt nichts untersucht, überprüft hat, sondern nur seine von Machtinteressen geprägte Propaganda verbreitet, entscheidet fernab jenseits

94) Janina Struk, "Photographing the Holocaust -- Interpretations of the Evidence", London - New York 2004, S. 32.

des Atlantik über "die wahre Faktenlage".

Der Begleittext des vorseitigen Bildes von **Janina Struk** gipfelt in ihrer Seite 34:

"Niederträchtig, wie diese [deutschen] Veröffentlichungen

waren, so schufen sie doch eine erschreckend genaue Vorausschau für jene Verbrechen, die die Nazis in dem von ihnen besetzten Europa, der Sowjetunion und besonders gegenüber den Juden durchführten."



"Ein deutscher Polizeioffizier erschießt am 14. Oktober 1942 jüdische Frauen, die nach einer Massensexekution von Juden aus dem Ghetto Mizocz noch am Leben waren. (Instytut Pamięci Narodowej/Institute of National Memory, courtesy of USHMM photo archives)."

Mit diesem Bildtext abgedruckt in: Janina Struk, "Photographing the Holocaust -- Interpretations of the Evidence", London - New York 2004, S. 72

In dieser -- Sachverhalte total auf den Kopf stellenden -- Form schreibt heutzutage nicht nur sie Geschichte. Die Verunglimpfung des Andenkens **deutscher** Toter steht nirgends in der Welt unter Strafe! Und niemand dieser Leute scheint sich an der Würdelosigkeit eines solchen Verhaltens zu stören.

Zur Illustration dafür, wie "niederträchtig das Handeln der Deutschen" während des Krieges weiterging, lieferte **Janina Struk** als weiteres Beispiel für zahlreiche analoge "Fotos" nebenstehendes "Photographing the Holocaust".



Die Leichen haben durchgängig alle ohne Unterschied schwarzes Haar und grell weiße nackte Körper ohne jegliche Schattenpartien, sind im Vergleich zu den im unbeleuchteten schwarz ebenso unkenntlich verbliebenen "deutschen Polizisten" auch alle von gleichartiger Miniaturgestalt. -- Schon in dem veröffentlichten Format erkennt man die Malelei des Gesamtbildes, in der Vergrößerung erst recht. -- Ein klarer Betrug!

Umwandlung des Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft

"Alle Parteien sind sich einig: Für einen multikulturellen Bevölkerungsmischmasch." ^{94a)}

Artikel 16 des Grundgesetzes gewährt Deutschen Asylrecht vor ausländischem Zugriff.

Der ursprüngliche Text lautete:

"(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

Um unmißverständlich zu machen, daß Asylrecht allen in der ganzen Welt zustehe, haben die schwarz-rot-gelbgrünen Parteien den Art. 16 mit dem Zusatz-Artikel 16a erweitert. Aus einem Schutzrecht für Deutsche -- gedacht war seinerzeit vor allem der "Republikflüchtlinge" aus der sowjetisch besetzten Besatzungszone, wie sich aus dem Protokoll des Parlamentarischen Rates ergibt -- wurde ein Invasionsrecht für Fremde auch anderer Kontinente, einklagbar vor deutschen Gerichten auf deutsche Kosten mit zusätzlicher Dauerbelastung für das deutsche Volk.

"Wir Grünen wollen eine multikulturelle Gesellschaft in der Bundesrepublik" -- **Joschka Fischer**, MdB. ⁹⁵⁾

Obleich Bundeskanzler **Helmut Kohl** am 30. November 1984 verlauten ließ:

"Vor allem müssen wir die ethnische und kulturelle Eigenart der Sinti und Roma fördern", ⁹⁶⁾ S. 10

-- warum "wir das müssen" und nicht "**vor allem** die deutsche", begründete er nicht --, erklärte er am 27. August 1986 in Bonn:

"Ich habe mich entschlossen, heute selbst vor der Bundespressekonferenz zu sprechen, weil der Zustrom der Wirtschaftsflüchtlinge Ausmaße angenommen hat, die zu einer erheblichen

Belastung für die BRD geworden sind und zu einer ganz erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung geführt haben. Die Zahl der Asylanträge steigt von Monat zu Monat. Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, denn die BRD ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden." ⁹⁶⁾ S. 10

Das Bundesinnenministerium unter **Dr. Friedrich Zimmermann** sekundierte zur gleichen Zeit mit einer amtlichen Verlautbarung:

"Die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist mit 4,4 Millionen Ausländern ausgeschöpft. Besonders deutlich wird dies durch die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und durch die Probleme in dem Bereich der inneren Sicherheit, Kriminalität und des Extremismus. ...

Die Begrenzung des weiteren Zuzugs von Ausländern ist unabdingbare Voraussetzung für die Integration der bereits

94a) *Welt am Sonntag*, 12.6.1994.

95) *Das Parlament*, Bonn 27.10.1984.

96) Informations- und Dokumentationsdienst des Instituts für ganzheitliche Forschung, Ausgabe 27/2004 Folg 1, 1472.

hier befindlichen Ausländer. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Eine weitere Zunahme der ausländischen Bevölkerung muß mit allen rechtlich möglichen Schritten unterbunden werden." ⁹⁷⁾

Bevor **Helmut Kohl** am 1.10.1982 sein Amt als Bundeskanzler angetreten hatte, befanden sich in der Bundesrepublik 4 - 5 Millionen Ausländer. Zum Zeitpunkt seiner zitierten Erklärung waren es bereits fast 6 Millionen. Zum Ende seiner Amtstätigkeit am 27.9.1998 haben sich bereits 14 Millionen Ausländer "legal" und "illegal" in Deutschland häuslich eingerichtet. Welchen Wert also hatten seine Sprüche?

Doch dieser Kanzler sah dem Geschehen nicht nur tatenlos zu, er hat es sogar selbst hinter dem Rücken seines Volkes forciert!

Am 14. März 1987 erklärte die langjährige bayerische SPD-Vorsitzende und Familienministerin **Renate Schmidt** bei einer Diskussion im Bayerischen Rundfunk auf die Frage, ob die Deutschen aussterben würden:

"Die Frage, die Sie hier stellen, ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir verhältnismäßig wurscht." ⁹⁸⁾ S. 205 - 206

Unter Bundeskanzler **Gerhard Schröder** wurde sie Bundesfamilienministerin. -- Hätte sie das deutsche Volk mit einem kleinen Volk im Vorderen Orient verwechselt, es wäre für sie sofort tödlich gewesen, dafür brauchte sie nicht einmal dessen Familienministerin zu sein. Ihren Eid auf das deutsche Volk hat sie unwahrscheinlich "ernst" genommen! Mag sie auch von später Einsicht geistig bereichert worden sein, wie ihr Buch "S.O.S. Familie -- Ohne Kinder sehen wir alt aus" den Anschein erweckt, so hat sie mit den Sprüchen und Taten ihre Glaubwürdigkeit allemal verspielt.

Am 31. Mai 1987 machte die **Kirchzeitung für das Bistum Hildesheim** auf das -- offensichtlich regierungsamtliche -- Programm der Ausländerbeauftragten der niedersächsischen Landesregierung, **Gabriele Erpenbeck** (CDU) aufmerksam:

"Wer sagt, daß wir keinen Platz für Türken haben, ist kein Realist. ... Es liegt in unser allereigenstem Interesse, daß wir den Türken Platz und Möglichkeiten geben, sich hier zu entfalten." ⁹⁸⁾ S. 230

Selbst ein Oberbürgermeister in einer deutschen Stadt müsse nicht unbedingt ein Deutscher sein, wenn er nur gewählt ist. ⁹⁸⁾ S. 283

Im **EG-Magazin** Nr. 10/1987 schrieb **Prof. Manfred Zulegg** (auf Vorschlag von Bundeskanzler **Helmut Kohl** avancierte er 1988 zum Richter am Europäischen Gerichtshof):

"Die Gemeinschaft muß sich mit der Zuwanderung aus Drittstaaten zurechtfinden. ... Die Staatsangehörigen von Drittstaaten, die sich im Gemeinschaftsgebiet aufhalten, drängen auf den Arbeitsmarkt und müssen bei der Öffnung der Binnengrenzen berücksichtigt werden. ..."

Ein maßgeblicher Bestandteil dieser Zielvorstellung ist es, den Gemeinschaftsangehörigen politische Rechte in den Mitgliedstaaten zu gewähren. ..."

⁹⁷⁾ "Das Bundesministerium des Inneren", Bonn, Aug. 1986.

⁹⁸⁾ **Bernhard Barkholdt**, "Asylbetrug und Überfremdung", München 1989.

Es gelte das überkommene Bild des Nationalstaats, auf dessen Territorium ein einheitliches Volk lebt, das aus den Staatsangehörigen besteht, zu überwinden." ⁹⁸⁾ S. 211

Laut **Frankfurter Allgemeine** vom 22. Juli 1987 haben die deutschen Steuerzahler seit Übernahme der Kanzlerschaft **Helmut Kohls** am 1. Oktober 1982 bis zum Berichtsdatum

"mehr als 12 Milliarden für den Unterhalt von Ausländern bezahlt, die meist unter Berufung auf das Asylrecht in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind." ⁹⁸⁾ S. 243

Diese Ausgabe-Zahlen werden vor dem deutschen Volk weitestgehend verschleiert, zumal die Leistungen aus verschiedenen Töpfen des Bundes, der Länder und Kommunen erbracht werden, doch ist davon auszugehen, daß 14.000 DM pro Asylant und Jahr ohne Anrechnung zusätzlicher Sachleistungen erbracht werden, und somit die soeben zitierten Angaben der **FAZ** gewiß auf 20 Mrd. DM einzuschätzen sind. ⁹⁸⁾ S. 237

Zwei Tage später, am 24. Juli 1987, forderten die Grünen im Deutschen Bundestag das "Wahlrecht auf allen Ebenen" für alle im Bundesgebiet lebenden Ausländer. Das Thema "Gastarbeiter", die wieder nach Hause fahren, war auch für sie nur Ablenkungspropaganda. ⁹⁸⁾ S. 249

Ende 1990 schlossen hinter dem Rücken des deutschen Volkes, des Bundestages und Bundesrates. Bundeskanzler **Helmut Kohl** und der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, **Heinz Galinski**, einen Geheimvertrag ab, der vorsah, zeitlich unbefristet eine unbegrenzte Anzahl von Juden aus Rußland, die mit Deutschland nie etwas zu tun hatten, in die Bundesrepublik übersiedeln zu lassen und ihnen hier Start- und sonstige Sozialhilfen in beachtlicher und vor dem deutschen Volk geheimgehaltener Höhe zu gewährleisten.

Da sich der Zentralrat der Juden nicht als Verein deutscher Bürger, sondern als Zusammenschluß von Bürgern mit ausländischer Loyalität -- "Bürger mit jüdischer Nationalität" -- versteht und mit ihm am 27.



Mahnung zur Wachsamkeit

Bundeskanzler Kohl hat am Mittwoch mit einer eindringlichen Mahnung zur Wachsamkeit der Opfer der Judenverfolgung gedacht. Foto: AP

1.2003 auch seitens der Regierung **Gerhard Schröder** ein "Staatsvertrag" abgeschlossen werden konnte, bedeutet eine solche Hereinholung Fremder nach Deutschland mit dem Ziel der Selbsthaftmachung, Landnahme, Übernahme von Leitungsfunktionen in Wirtschaft, Kultur und "Gesellschaft" bei gleichzeitig gewährter rechtlicher Sonderstellung gegenüber den deutschen Bürgern als "Überlebende des Holocaust" nach den Bestimmungen aller früheren deutschen Reichsverfassungen Landesverrat.

Den Vertragspersonen mit angemessener Vollmacht (selbst der Art. 21 des Grundgesetzes "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit" muß hier wie ein Hohn wirken!) -- war es klar, daß diese Immigranten von vornherein nicht integrierwillig und als Angehörige eines gesonderten Volkes zu respektieren sind. Zudem: Allein schon als "Opfer-volk-Überlebende" beanspruchen sie einen rechtlichen und politischen Sonderstatus und erwarten, bei nahezu jedem Tag "zum Gedenken" bestätigt zu erhalten, "daß wir (Deutsche) gegenüber den Juden in immerwährender Pflicht stehen".

So erhalten z.B. ihre Kinder nur ihnen vorbehaltene Schulen, während den deutschen Schülern zugemutet wird, Schulunterricht kulturell konfliktreich mit fremdbestimmtem Niedrig-Niveau hinnehmen zu müssen.

"Die Zahlen sind dramatisch: In Berlin-Kreuzberg sprechen 63% der Ausländerkinder bei der Einschulung fast kein Wort Deutsch, bei den Türken sogar 4 von 5 Kindern nicht. Darunter einige, die nicht mal wissen, was »Wie heißt Du?« bedeutet, oder solche, die ernsthaft denken, daß sie in der Türkei leben." 99)


Doch dies ist nur ein Teilaspekt der Folgen jenes Privatvertrages. Während ein Beamter, der schuldhaft seine Amtspflicht verletzt, nach § 839 Abs. 1 BGB den Schaden zu ersetzen hat, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihm ausgeübte Tätigkeit, kann Bundeskanzler **Helmut Kohl** demgegenüber, gestützt auf Art. 34 GG, darauf verweisen:

"Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten."

Doch für diesen Rechtsweg hatte er ja seinen bewährten Parteifreund **Roman Herzog** (geb. 1934) als Präsidenten beim Bundesverfassungsgericht sitzen. Dieser hatte ihm bereits beim Milliarden-Betrug im Fall des verweigerten Rückerstattungsrechts für die durch die sowjetischen Enteignungen Entrechteten geholfen. Der Staat trägt die Folgen -- also das deutsche Volk! --, und der Staat ist laut Art. 20a auch verantwortlich für den "Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen" -- "des Volkes" fehlt bereits im Art. 20a GG. Man müßte konkretisiert hinzusetzen: das deutsche Volk hat alle Folgen zu tragen, die Verantwortlichen können ihrem Lebensabend mit hohen Pensionen entgehen. So sah hier die "Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes" aus (Art. 21 GG).


Obgleich selbst das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik in § 92/1 + 2 einen solchen Vertrag für strafbar ausweist, vereinbarte die Bundesregierung mit den Länderminister-



99) *Der Spiegel* Nr. 10/2002, S. 46. -- Vergl: *Nation & Europa*, Coburg, 4/2002, S. 12.



BUNDESMINISTERIUM DES INNERN
Geschäftsstellen (bei Antwort bitte angeben)
A 7 - 936 000 II

W 02 30
881 - 5118
Bundesministerium des Innern, Postfach 17 02 90, 53117 Bonn

Datum
23. April 1997


BUNDESMINISTERIUM DES INNERN
Postfach 17 02 90 - 53108 Bonn

Herrn



Sehr geehrter Herr 

ich freue mich, daß die Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion bei Ihnen auf so lebhaftes Interesse stößt. Vor dem Hintergrund unserer leidvollen Geschichte ist die Zuwanderung von Juden für alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in Deutschland ein hoffnungsvolles Zeichen. Auch für die Bundesregierung steht außer Zweifel: Die Stärkung unserer jüdischen Gemeinden ist ein Gewinn für das wiedervereinigte Deutschland und hebt das Ansehen unseres Landes in der Welt.

Dies vorausgeschickt, bemerke ich zu Ihren neuerlichen Fragen im Schreiben vom 09. April 1997 folgendes:

Der Inhalt der Gespräche, die der Bundeskanzler mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Heinz Galinski, geführt hat, ist nicht Bestandteil der Akten des Bundesinnenministeriums. Dessen ungeachtet könnte ich Ihnen Akteninhalt auch nicht zur Verfügung stellen; er ist Dritten nicht zugänglich. Dies gilt übrigens auch hinsichtlich des Beschlusses vom 09. Januar 1991, der die Aufnahme von Juden ermöglicht.

Hauswirtschaft: Grauhofstraße 166 - 53117 Bonn · Telefonzentrale: 881-51117 Bonn
Wahlprüfung: 02 30 961-4 · Telefax: 881-566 · Telex: 881-000


- 2 -

Rechtsgrundlage für die Einreise ist das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge, gemeinhin als Kontingentflüchtlingsgesetz bezeichnet, das ich Ihnen in Abdruck beilege.

Wie schon erwähnt, vollzieht sich die Einreise in einem geordneten Verfahren, das seit dem 15. Februar 1991 gilt. Ich habe Ihnen dieses Verfahren auf Seite 2 Absatz 2 meines Schreibens vom 07. April ausführlich dargelegt; diese Ausführungen bedürfen keiner Ergänzung oder Erläuterung, wie ich meine.

Die Notwendigkeit der vorherigen Zustimmung zur Visumerteilung durch die für den vorgesehenen Aufenthaltsort zuständige Ausländerbehörde ergibt sich aus § 11 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes (DVAusIG) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2983), zuletzt geändert durch Verordnung vom 02. April 1997 (BGBl. I S. 751). Die Landesbehörde prüft im Rahmen ihrer Zuständigkeit, ob die Einreisevoraussetzung im Einzelfall vorliegt.

Ich hoffe, daß ich Ihnen weiterhelfen konnte.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Selbstausfertigung

präsidenten am 9.1.1991 einen ebenfalls geheimgebliebenen "Verteilungsschlüssel zum geregelten Aufnahmeverfahren" für die zu erwartenden fremdloyalen Zuwanderer.

Anfragende Bürger erhielten vom Bundesinnenministerium am 23.4.1997 den Bescheid, daß Gesprächsinhalte und Vertragstexte geheim und daher "Dritten nicht zugänglich sind". Rechtsgrundlage sei im übrigen das "Kontingentflüchtlingsgesetz". Der Presse war folgender Kommentar zu entnehmen:

"Welche unser Volk demütigende, benachteiligende und

schädigende Vereinbarungen der Vertrag enthält, wissen wir also nicht. Daß er solche unsittlichen Klauseln enthält, muß vermutet werden, denn sonst brauchte man ihn ja nicht geheimzuhalten. Nur Unrecht scheut das Licht, und politisches Unrecht scheut die Öffentlichkeit.

Fest steht: Hier werden Fremde von der amtierenden deutschen Regierung durch öffentlich ausgelegte »Benachrichtigungen« aufgefordert, sich in Deutschland niederzulassen. Sie gelten amtlich als »Kontingentflüchtlinge«, obwohl sie weder geflüchtet sind noch ihre Zahl »kontingentiert«, also begrenzt ist. Im Schreiben des Ministeriums vom 7.4.1997 heißt es ausdrücklich: »Verfolgungs- oder Diskriminierungsgründe sind keine Aufnahmekriterien.«.⁹⁶⁾ S. 23

Gleichermaßen wird das deutsche Volk hinter Licht geführt bei den Einwanderungszahlen und deutschen Hilfsleistungen.

Einiges ist dennoch durchgesickert: Im Mai 2003 waren bereits 189.151 eingereist, 248.063 Aufnahmeanträge in Bearbeitung. Jährlich hat der deutsche Steuerzahler laut *taz* hierfür ca. 1,8 Mrd. Euro aufzubringen.¹⁰⁰⁾ Bayern hat aus seinem Haushalt im Jahr 2003 dieser Zuwanderungsgruppe für religiöse und kulturelle Zwecke = 2,5 Millionen Euro zugeführt, 2004 = 3,6 Mio und im Jahr 2005 = 3,8 Mio Euro; 2006 sollen es 4 Millionen Euro sein. Die im "Staatsvertrag" vereinbarten 3 Millionen jährlich vom Bund für den Zentralverein zählen gesondert. Da nach offiziellem Eingeständnis für eine Familie mit 3 Kindern pro Jahr über 20.000 Euro Sozialhilfe gezahlt wird, entfallen auf den deutschen Steuerzahler allein hierfür zusätzlich rund 1 Milliarde Euro jährlich. -- Wie gesagt, das betrifft nur die soeben benannte fremdloyale Zuwanderergruppe aus Rußland, für die deutsche Sprachkenntnisse im Gegensatz zu den Rußlanddeutschen nicht vorausgesetzt werden.

Den von **Stalin** enteigneten und nach Kasachstan verschleppten Volksdeutschen bedeutete Bundeskanzler **Kohl** am 12. Mai 1997:

*"Ich habe kein Interesse daran, daß weitere Angehörige der deutschen Volksgruppe auswandern."*¹⁰⁰⁾

Welches Interesse das deutsche Volk hat und welches seine Aufgaben als deutscher Kanzler sind, bekümmerte ihn nicht. Nur "sein persönliches Interesse". In wessen Auftrag führte dieser Mann eigentlich sein Amt aus? Man muß es wohl an den vielen fremdländischen Auszeichnungen und Ehrungen ableiten, die ihm während seiner Amtszeit zuteil geworden sind.

Sein vaterlandsloses Verhalten hat sich vielfältig offenbart. So z.B. in seinen Lügen um die verweigerte Rückerstattung des von den Sowjets zwischen 1945 - 1949 enteigneten Privatbesitzes deutscher Menschen bei gleichzeitiger Verschönerung deutschen Landbesitzes und deutscher Betriebe im Wert von tausenden Milliarden Euro incl. "Anschubfinanzierungen" durch die von ihm eingesetzte "Treuhand" und deren Nachfolgeorganisation "Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben" (BvS) an Ausländer, besondere Rückerstattungsregelungen für Juden, Gesetzesmißachtung



Propagandaplakat der Grünen 1987

bei Parteispenden usw.. Besonders skandalös war die Übertragung der Buna-Werke in Schkopau (Sachsen-Anhalt) an den US-Riesen Dow Chemical. Von 0 Übernahmekosten, 10 Milliarden "Anschubfinanzierung" (auch über Brüssel) und Abbau von 16.000 der 18.000 Arbeitsplätzen ist die Rede.

*"Und nun droht auch noch Ärger wegen des Verkaufs des Plaste-Kobinites Buna an Dow Chemical. Jeder Arbeitsplatz, den die Amerikaner dort versprechen, kostet den deutschen Steuerzahler - ohne die verdeckten Strompreissubventionen - mehr als 4,4 Millionen Mark. Das ist Weltspitze."*¹⁰¹⁾

Ins Korruptions-Gerede kam auch der Über-

tragungsdeal an den französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine im Zusammenhang mit den Leuna-Werken und dem Autobahntankstellennetz. "Bares aus der Steuerrasse", so der *Spiegel*, doch vieles blieb geheim.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende **Heiner Geißler** (geb. 1930) im *Spiegel* Nr. 41, 1991:

"Die Deutschen werden nicht -- wie jetzt -- mit fünf Millionen, sondern in Zukunft mit sieben, acht, vielleicht sogar zehn Millionen Ausländern zusammenleben. Dies ist kein Grund zur Angst, sondern für ein Volk der Mitte und für unsere ökonomische Entwicklung eine Selbstverständlichkeit und eine Chance. ... Wenn wir es gut meinen mit unserer Zukunft, muß sich unser Volk auf eine multikulturelle Gesellschaft vorbereiten."

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** im Deutschlandfunk am 30.9.1991:

"Es leben über 5 Millionen Ausländer bei uns. Was sie uns mit ihrer Arbeit, ihrer Kultur und ihrem Angebot des Erlernens, human zusammenzuleben, mitbringen, ist in Wirklichkeit eine Bereicherung und eine Gabe. Das ist eine Erkenntnis, die wir in Ost und West zu verwirklichen und zu praktizieren haben."

Am 3. Okt. 1994 erklärte Bremens Bürgermeister, **Wedemeyer**, auf einer feierlichen Veranstaltung zum "Tag der deutschen Einheit", der ja eigentlich der 9. November sein sollte, unter dem Beifall der Bonner Politprominenz nebst Zentralratsvorsitzendem der Juden in Deutschland, **Ignatz Bubis**:

"Wir müssen den Begriff »Volk« neu bestimmen. Nicht mehr die Herkunft wird künftig bestimmen, wer zum Volk gehört, sondern das Bekenntnis zur Demokratie und zur Verfassung."

Wer noch zu Wort kam, mißbilligte ebenfalls "biologischen Rassismus", bedauerte, daß die doppelte Staatsbürgerschaft noch nicht generell für die kulturell Bereichernden eingeführt sei (**Günther Thierse**, geb. 1943), die Herzenswärme der Deutschen für ausländische Kinder noch zu wünschen übrig lasse (**Angela Merkel**, geb. 1954), die Bundesrepublik sich "Nationaltrara" nicht leisten könne (**Roman Herzog**).¹⁰²⁾

Bundestagspräsidentin Prof. Dr. phil. **Rita Süßmuth** (geb. 1937), stets als Bußpredigerin für die Deutschen ohne sachgerechte Geschichtskenntnisse unterwegs

101) *Der Spiegel*, Nr. 32/1996, S. 60 - 64 + *Die Welt*, 11.11.1995, S. 3 + *Nationaljournal* 9/1996, S.

102) *Huttenbriefe*, Stockstadt, Nov./Dez. 1994, S. 5, Johannes P. Ney.

100) *Deutsche Nationalzeitung*, München 7.1.2005 + 16.5.1997, S. 1.

-- "Wir behandelten im Geschichtsunterricht die deutsche Geschichte nur bis zum Ende des I. Weltkrieges 1918, so daß ich dazu keine weitere Stellung nehmen kann" --,¹⁰³⁾

meldete sich am 20. Nov. 1994 in Bonn zu Wort:

"Deutschland muß ein Einwanderungsland werden!"

Und am 9. März 1997 am Kyffhäuserstag per Fernsehen:

"Es werde in Deutschland keine Rückkehr zum Nationalismus, zum Nationalstaat geben. Auch müsse Schluß gemacht werden mit der ewiggestrigen Volkstümelei." ⁹⁶⁾ S. 19

Die ethnische und kulturelle Geschlossenheit des deutschen Volkes solle durch eine Gesellschaft eigenständig nebeneinander existierender unterschiedlicher Kulturen abgelöst werden. Das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 1913 sei zu ändern: fortan sei nicht mehr die Abstammung Voraussetzung für die deutsche Staatsbürgerschaft, sondern "das Bekenntnis zum Grundgesetz und zu den hiesigen Gesetzen" oder nur der Geburtsort. Integration zu verlangen ginge zu weit, man dürfe von den ausländischen Mitbürgern nicht erwarten, ihre urwüchsige Kultur aufzugeben. Das gilt natürlich besonders für die sich "zu neuem Leben in Deutschland" einfindenden Juden aus Rußland.

"Gleiche Forderungen hatte der frühere CDU-Generalsekretär Geißler bereits vor einigen Jahren erhoben." ¹⁰⁴⁾

"In mehreren hundert Schulen der Bundesrepublik sind die deutschen Kinder bereits in die Minderheit geraten." ⁹⁸⁾ S. 136

Das für jeden Pädagogen unverantwortlich niedrige Lernniveau ist bereits bei erheblich geringeren Prozentanteilen ausländischer Kinder täglich erlebbar. Doch Beamte oder Angestellte, das Volk insgesamt, haben die zentralen "Rahmenbedingungen" anzunehmen.

Während die Bundesrepublik bereits über 5 Millionen Arbeitslose aufwies und ein immer größerer "Stellenabbau" ins Haus stand, wurden "Green-" und "Blue-Cards" für ausländische Intelligenz zwecks Eingliederung in die deutschen Arbeitsprozesse propagiert, Deutschland als "Einwanderungsland" gepriesen und ausländischen, bereits in Deutschland lebenden Jugendlichen die deutsche Staatsangehörigkeit schmackhaft gemacht. Immigranten wurden mit "Starthilfen" und Sozialleistungen versorgt. Gleichzeitig wuchs die Literatur darüber an, wem die deutsche Wirtschaft eigentlich noch gehört. Derweil empfahlen die Behörden deutschen Arbeitslosen, "verstärkt Jobs im Ausland anzunehmen", ¹⁰⁵⁾ während deutsche Firmen auf Grund der geschaffenen Bedingungen ihre Produktion ins "billige" Ausland verlagern.

Derweil geschieht noch etwas in Deutschland: Immer mehr Gotteshäuser für fremde Völker (Synagogen und Moscheen) werden mit Hilfe deutscher Steuergelder gebaut, gepflegt und geschützt!

Übrigens Ausland: Der Bundestag war um das Wohl der Tibeter -- nicht der Deutschen -- so besorgt, daß er in seiner Drucksache 13/4445 vom 23.4.1996 die Bundesregierung und Weltöffentlichkeit mit einem "Antrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Tibet" aufrüttelte. Ein leidige

¹⁰³⁾ So ihre Antwort an Karl Baßler, einen wegen falscher Behauptungen über die Waffen-SS ihr widersprechender Diskussionsredner am 8.4.1989 im Hambacher Schloß.

¹⁰⁴⁾ Frankfurter Allgemeine, 21. November 1994.

¹⁰⁵⁾ Bild, 17. Dezember 2004, S. 1.

prüfter Deutscher freilich ist geneigt, diesen Antrag auf sein eigenes Volk zu beziehen, für das er allerdings nicht gedacht war. Mitfühlend liest man:

"Im Hinblick darauf, daß die Tibeter (die Deutschen) sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische und kulturelle und religiöse Identität bewahrt haben, verurteilt der Bundestag die Politik der chinesischen (der deutschen) Behörden, die im Ergebnis in bezug auf Tibet (auf Deutschland) zur Zerstörung der Identität führt, insbesondere mittels Ansiedlung und Zuwanderung von Chinesen (Ausländern aller Art) in großer Zahl, Zwangsabtreibungen, politischer, religiöser und kultureller Verfolgung und Unterstellung des Landes unter eine chinesisch (fremd-) kontrollierte Administration."

Fakt ist leider, daß der Bundestag bisher niemals mit einer derart ans Herz greifenden Anteilnahme die Bundesregierung aufgefordert hat, sich dafür einzusetzen, daß in Deutschland die hier beschriebenen Menschenrechtsverletzungen beendet werden. Zu den Menschenrechten gehören sowohl die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit als auch rechtsstaatlich einwandfreie, die völkischen Lebensgrundlagen respektierende Gesetze und deren Einhaltung.

Der vorgenannte Antrag des Bundestages hat bewiesen: Seine Abgeordneten wissen, daß eine Masseneinwanderung Fremder in den Lebensraum und Besitzstand eines anderen Volkes eine so gravierende Menschenrechtsverletzung für die einheimische Bevölkerung darstellt, daß sogar fremdkontinentale Volksvertreter daraus ein Recht auf Einmischung herleiten können, -- um der Humanität willen.

Der § 220a StGB, unentwegt im Regierungsauftrag verwendet im Zusammenhang mit dem § 130 StGB zwecks Verfolgung "rechtsradikaler Volksverhetzer" angesichts ihrer Zweifel an bestimmten historischen Geschehensabläufen -- und insofern den Bundestagsabgeordneten bestens bekannt --, definiert "Volksmord" u.a. mit "ganz oder teilweise" Zerstören "einer nationalen, rassischen, religiösen oder durch Volkstum bestimmten Gruppe" und bedroht solcherlei Taten mit lebenslanger Haft. Der Juristendreh, daß das deutsche Volk ja keine "Gruppe im Sinne des Gesetzes sei" und daher der § 220a nicht auf die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung anwendbar sei, ist nur als Verhöhnung des deutschen Volkes aufzufassen.

Am 16.11.1998 zitiert **Die Welt** auf S. 1 Bundesinnenminister **Otto Schily** zur Ausländersituation in Deutschland:

"Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten."

Nach Ausscheiden aus seinem Amt gab SPD-Regierungssprecher **Klaus Bölling** im Februar 1999 der **Berliner Morgenpost** folgendes zur Kenntnis:

"Die multikulturelle Gesellschaft, dieser Fetisch unserer stets progressiven Mitbürger, hat lange schon Schiffbruch erlitten. Die meisten Türken waren zu keiner Zeit an dieser hochherzig gedachten Unternehmung interessiert. ...

Nur in unserem bis heute so fürchterlich verklemmten Land kann einer auf die Idee kommen, an staatlichen deutschen Schulen Islam-Unterricht zu erteilen auf Kosten aller Steuerzahler. Vielleicht sollte man ja gleich auch die Mullahs ins lebenslängliche Beamtenverhältnis übernehmen. Die Parteigänger von Multikulti sind noch zu ganz anderen Narrheiten aufgelegt." ¹⁰⁶⁾

¹⁰⁶⁾ Unabhängige Nachrichten (UN), Bingen 2/1999, S. 11.

An der US-Ostküste wußte man, wem die hohe Auszeichnung mit dem Titel "Weltstaatsmann" zukam und dazu ein gläserner Adler zu überreichen sich empfahl: Anfang September 2000 beglückwünschten der eh. US-Außenminister **Henry Kissinger** und Rabbi **Schneier** hierfür den deutschen Bundeskanzler **Gerhard Schröder**. Klar, daß er seine weltstaatsmännischen Fähigkeiten weiterhin unter Beweis zu stellen versprach. So schon einmal mit den bekennden Worten: *"Für mich ist es wichtig, daß auch Deutschland ein offenes und attraktives Land für Menschen der unterschiedlichsten Völker und Religionen aus allen Teilen der Welt ist und bleibt."* ¹⁰⁷⁾

Sogleich sorgte er für ein neues, diesen Vorstellungen gemäßes Staatsbürgerschaftsrecht mit Wirkung vom 1.1.2000. Binnen 5 Jahren wurden so 1 Million Fremde zu "Deutschen". ¹⁰⁸⁾

Derweil wurden Oppositionelle mit der Strafjustiz bekanntgemacht. So **Dr. Roderich Sell** aus Schweinfurt. Er soll 22.500 Mark Strafe zahlen, weil er in einem privaten, nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Brief an einen Journalisten geschrieben hatte: *"ein gesundes Volk wehre sich gegen eine Invasion unerwünschter Ausländer"*. Entgegen ausdrücklichen Vermerks druckte der Journalist diese Zeilen als Leserbrief ab und blieb selbst straffrei. ¹⁰⁹⁾

Norbert Blüm (geb. 1935) war lange Jahre als Arbeitsminister der Regierung **Helmut Kohl** maßgeblich mitverantwortlich für die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland. Er hat schon damals offenen Auges die Gefahren und Probleme überblicken müssen, beginnend mit der die deutschen Kinder behindernden Schulerziehung in "integrierten Klassen" über Lebensgewohnheiten, Wohnverhältnisse bis zu den kulturellen Gegensätzen. Fehlentwicklungen gestand er jedoch erst zaghaft ein, als er aus seinem Amt ausgeschieden war:

"... Wir holen die Eliten aus dem Ausland und machen im Gegenzug Bildungsförderung in der Dritten Welt. ... Auf Heimat, Nachbarschaft, Familie müssen die jobhopper verzichten." ¹⁰⁹⁾ In der mobil gemachten Welt gibt es kein

bleibendes Zuhause. Heute hier, morgen da, juchheirassa. Was soll da Integration! Treue, Loyalität -- ade!

Meine Welt ist das nicht! So soll auch die Zukunft meiner Enkel nicht aussehen.

Ein 40-jähriger Informatiker schreibt vergebens Bewerbun-



107) *Der Schlesier*, Recklinghausen 8.4.2005, S. 6.

108) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Nr. 7/2005, S. 11 + 9/2001, S. 5 (bezug: *Frankfurter Rundschau*, 4.7.2001, S. 4).

109) Das stimmt doch auch nicht: Im Fall der Asylanten gibt es Bleiberecht und Familienzusammenführung mit Krankenkassensprüchen für die Großfamilie, ggfs. für mehrere Ehefrauen.

gen an Firmen in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft bezieht ja aus Indien junge, ausgebildete Computerspezialisten. Das erspart Ausbildungskosten und drückt den Lohn hier zu Lande. In 15 Monaten gab es 10.000 Fachkräfte mit Green-Card in Deutschland. Gleichzeitig wanderten 100.000 Deutsche aus. ... Hätte sich die deutsche Politik mit gleichem Eifer auf Universitäts- und Schulreformen geworfen wie auf das Thema »Zuwanderung«, wäre in Deutschland kein Mangel an Qualifikationen. Der Fundus von 4 Millionen Arbeitslosen ist groß genug, die Green-Card überflüssig zu machen. ... Die neuen Konflikte werden um kulturelle Identifikation geführt." ¹¹⁰⁾

Der ehemalige Bundesminister hat mit diesen Worten nur sehr vorsichtig angesprochen, was in Wirklichkeit eine Politik der Deutschen-Verdrängung aus ihrem eigenen Land bedeutet und damit nach den Maßstäben aller früheren deutschen Verfassungen Landesverrat ist.

Anfang Februar 2002 suchte der niedersächsische Justizminister **Christian Pfeiffer** (SPD) eine in Deutschland lebende Ausländerin, die Staatsanwältin oder Richterin werden will.

"Ich möchte gezielt, daß in meiner Amtszeit eine Ausländerin Richterin wird. Eine solche Richterin könne in Deutschland lebenden Ausländern Mut machen." ¹¹¹⁾

Von einer solchen Richterin -- sie wäre nicht die erste dieser Art -- sind natürlich keinerlei sachliche Kenntnisse über die deutsche Geschichte zu erwarten. Um so sicherer ist sie deshalb gegen nationale Deutsche -- sogenannte "Rechtsradikale" -- deren Meinung wegen anzusetzen und diese -- statt ihnen "Mut zu machen" -- ins Gefängnis zu verweisen. -- Was wäre wohl mit einem Minister für analoges Tun in Israel geschehen, oder überhaupt in einem anderen Land?

Am 20.3.2002 berichtete die **Westdeutsche Allgemeine**:

"Die Zukunft der SPD heißt Mahmut"

Der Juso-Vorsitzende zeigt stolz sein Parteibuch vor, in das Kanzler Schröder eine Widmung geschrieben hat. Sein Ziel: »Zum Beispiel Außenminister werden«. Das würde er gern, weil er ferne Länder mag, fremde Sprachen und Multikulti.

Weil die SPD in Mahmut ihre Zukunft sieht, hat sie ihn schon überall hineingewählt: in den Ortsverein, in den Unterbezirk, zur Landesdelegierten-Konferenz und in den Bundeskongreß -- wenn aus Altersgründen auch noch nicht stimmberechtigt, so doch wenigstens in »beratender Funktion«.

Doch der türkische Genosse wird Konkurrenz oder auch einen Nachfolger aus Schwarzafrika bekommen, den Bündnis 90 / Die Grünen schon 2000 plakativ im Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen empfohlen haben

Wenige Tage später plädierte die Vize-Direktorin des mit deutschen Steuergeldern geförderten Essener Zentrums für Türkeistudien für das "Zuwanderungsgesetz" in der BRD:

"Wir begrüßen dieses Gesetz. Es wird zu einer wesentlichen Veränderung der Gesellschaft führen. Dieses Land ist ein Einwanderungsland."

Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen." ¹¹²⁾

110) *Die Welt* am 27. Dezember 2001, S. 8.

111) *Braunschweiger Zeitung*, 8. Februar 2002.

112) *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 26.3.2002.

Am 20. Juni 2002 unterschrieb Bundespräsident **Johannes Rau** das sogenannte **Zuwanderungsgesetz**, obgleich ihm bewußt war, daß es nicht rechtmäßig zustande gekommen war und das deutsche Volk in dem gesamten Text keinerlei Berücksichtigung mehr gefunden hat.

Die Begründung zur Integration im "Zuwanderungsgesetz" ist verlogen. Weltweit hat sich längst herausgestellt, daß Integration -- von Einzelfällen abgesehen -- gar nicht möglich ist, sondern zur Ghettoisierung geführt hat. Selbst nach § 220a StGB ist sie als volksmörderisch definiert, weil sie nationale und kulturelle Eigenheiten zerstört und dem Volk des Einwanderungslandes Eigenständigkeit und Selbstbestimmung raubt. Selbst nach Aussage der Vorsitzenden der "Zuwanderungs-Kommission", **Rita Süßmuth**, soll sie die *"abstammungsdefinierte Nation zur Staatsbürgergemeinschaft gemeinsamer Werte"* umwandeln.^{113) S. 9}

Der Volksverrat wird derart massiv betrieben, daß der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, hier wird Auftragsarbeit zum Schaden des deutschen Volkes für jene bewältigt, die Rassenvermischung anderer Völker als globalisierendes Herrschaftsinstrument betrachten, die sich hingegen selbst aufs schärfste gegen jedwede Integration Fremder, sogar Andersgläubiger abschotten.

Wurde *"Überfremdung"* schon zum "Unwort des Jahres" gekürt, so ergänzt der "Zuwanderungs-Kommissions"-Bericht: *"Aufnahmegesellschaft", "als Zuwanderungsland positionieren", "Asylantenanspruch", "Aufenthaltstitel", "Einbürgerungskultur", "Umvolkung", "Multikultiland"*. Die Volksvertreter sind jetzt schon Bevölkerungsvertreter.

"Deutschland habe, so sagt die Staatsführung, »Verantwortung und Pflicht als Mitglied der Staatengemeinschaft«. -- Es gibt aber keine internationale Verpflichtung für Deutschland (oder ein anderes Land), die von der Staatsführung fordern könnte, die Heimat des Staatsvolkes Fremden abzutreten."

Die Zuwanderung Fremder sei, so sagt die Staatsführung, »für Deutschland eine Bereicherung«. -- Finanziell kann sie das nicht meinen, denn die Fremden kosten das deutsche Volk jährlich Milliarden Euro."^{113) S. 7}

Geistige Bereicherung ist durch internationale Begegnungen und Meinungsaustausch, wie jahrhundertlang üblich, zu gewährleisten, nicht durch Immigration von "Green-Card-Qualis" aus Ländern, denen die Bundesrepublik noch Entwicklungshilfe zahlt, und allen sonstigen Hereinströmenden wer weiß wie viele Förderungen angedeihen lassen muß -- selbst zum Erlernen der Sprache --, damit sie in Deutschland überhaupt zurechtkommen. Schon 1997 war **"nahezu jeder 4. Sozialempfänger ein Ausländer (23%)"**. Sie bezogen laut Statistischem Bundesamt = 3,2 Milliarden DM "Stütze".¹¹⁴⁾

Da muß sogar ein "Bundesamt für Migration und Flüchtlinge", ein "Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung" mit viel "Informationsmaterial für Integrationsangebote" sowie zusätzlich eine besondere "Beauftragte" her, um ihnen auf die Sprünge zu helfen. Einen "Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration" stellen die Deutschen auch noch. Statt sich von den anderen erst geistig bereichern zu lassen, sind sie schon vorher "sachverständig".

Freilich hat sich von diesen erlauchten Größen noch kaum einer zur "Zuwanderung durch Geburten" geäußert. Ihre "Zuwanderung" bereicherten die deutschen Steuerzahler mit jährlich 5 Milliarden Euro "Zahlungsverpflichtungen".

Die "Bereicherung" des heimischen Arbeitsmarktes hat derweil schon zu über 5 Millionen Arbeitslosen geführt! Die Bereicherung der Gefängnisse durch die ihnen zugeführten "ausländischen Mitbürger" sollte man nicht vergessen, kostet sie doch Presseberichten zufolge jährlich 1 Milliarde Euro. 1987 war bereits eine Quote von 62% Ausländern an Untersuchungshäftlingen genannt^{98) S. 247}), wie die Bereicherung durch Aids-infizierte Asylanten, deren Infiziertenquote die Presse bereits mit 40% vermerkte. Schließlich sei an die Bereicherung Deutschlands mit fremdländischen Gotteshäusern erinnert. Im Jahr 2002 gab es schon 2.400 Moscheen in Deutschland. Ein CDU-"Thesenpapier zur Ausländerpolitik" sieht die *"Vermischung unserer Kultur im Laufe der Generationen"* vor.^{98) S. 318}

"Von den Deutschen wird immer gefordert, sich human zu verhalten, humanitäre Leistungen zu erbringen. Als ob sie das nicht ständig täten! Von den Fremden fordert das keiner."^{112) S. 15}

Normalerweise wäre es überflüssig, da der Sachverhalt selbstverständlich ist, darauf hinzuweisen, daß sogar das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 21. Okt. 1987 (2 BVR 373/83) die Bundesregierung verpflichtet hat, unter Bezugnahme auf Art. 116 und 16 des Grundgesetzes die Identität des deutschen Staatsvolkes und seines Staates zu erhalten. Wörtlich (S. 17,3 cc):

"Das deutsche Volk ist Träger des Selbstbestimmungsrechtes im Sinne des allgemeinen universalen Völkerrechts."

Am selben Tag, an dem Bundespräsident **Johannes Rau** das "Zuwanderungs-Gesetz" unterschrieben hat -- am 20. Juni 2002 -- gab die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, **Marieluise Beck** (Bündnis 90/ Die Grünen, geb. 1952), als Routine-Information ins Internet ("besuchen Sie uns unter <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de>):

*"Wie schon im Vorjahr lag auch im Jahr 2001 die Zahl der Einbürgerungen auf Rekordniveau. Dies unterstreicht nochmals den Erfolg der Reform des Staatsbürgerrechtes, das damit einen wichtigen Beitrag zur rechtlichen Integration leistet. Allen Unkenrufen zum Trotz belegen die weiterhin hohen Zahlen, wie gut die erleichterten Einbürgerungsregelungen angenommen werden. Neben den 178.098 Einbürgerungen erhielten im Jahr 2001 auch noch etwa 40.000 Kinder ausländischer Eltern, die im letzten Jahr in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieser erfreuliche Trend trägt wesentlich dazu bei, daß in Deutschland endlich die Kluft zwischen Wohnbevölkerung und Wahlvolk geschlossen werden kann. ..." "*¹¹⁵⁾

Mittlerweile ist ausländischen Jugendlichen bis zum Alter von 23 Jahren, die bereits 8 Jahre in Deutschland leben, ein Anspruch auf Einbürgerung, passives und aktives Wahlrecht gewährleistet.

Vural Öger, mit Listenplatz 10 SPD-Abgeordneter im Europaparlament und Mitglied der (Süßmuth-) "Zuwanderungskommission" und Bundesverdienstkreuzträger, zeigte inzwischen auf, wo es langgeht:

113) J. P. Ney, "Die Zuwanderungsgesetze -- Der Hochverrat", Remscheid o.J. (2003/2004).

114) *Unabhängige Nachrichten (UN)* 10/1999, S. 5.4.

115) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oberhausen 7/2002, S. 9. Dort im Faksimiledruck.

"Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen. Das, was Kanuni Sultan Süleymen 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen verwirklichen." ¹¹⁶⁾

Klar, daß er sich ebenso wie sein grüner EU-Parlamentarierkollege **Cem Özdemir** für den Beitritt der Türkei in die Europäische Union einsetzt und natürlich auch für noch mehr als die bereits jährlich schon von den Deutschen gezahlten 2 Milliarden Euro Kindergeld für Ausländer in der Bundesrepublik. Ihre Diäten zahlen die Deutschen sowieso.

Nach Schätzung der Deutschen Botschaft in Tel Aviv haben sich bis Spätsommer 2002 bereits 60.000 Israelis zwecks

beabsichtigter Umsiedlung einen bundesdeutschen Paß zugelegt. Selbst Vorhaltungen wie

"Du nimmst den Paß von einem Volk, das aus Dir Seife machen wollte?" hat sie nicht davon abgehalten. ¹¹⁷⁾

Die Bundesregierung mußte im Frühjahr 2005 zugeben, daß schätzungsweise 50.000 Türken zu Unrecht mit dem deutschen Wahlrecht ausgestattet worden waren, weil sie, *"nachdem sie Deutsche geworden waren"*, zusätzlich ihre alte Nationalität wieder angenommen haben. Schon im Jahr 2002 sei **Gerhard Schröder** *"mit kräftiger türkischer Hilfe"* erneut zum Bundeskanzler gewählt worden. Die deutschen Behörden erfahren von einer Wiederaufnahme der alten Nationalität *"noch nicht"*. Aufenthaltsrechte, Familienzusammenführung, Ausweisungsschutz, -- alles ungelöst. ¹¹⁸⁾

Israel weist schon Andersgläubige aus

So können für sie als nicht geduldete "Minderheit" auch keine Gotteshäuser und Gedenkstätten gebaut, Gedenkveranstaltungen zelebriert, Jahrestage eingeführt, Antrittsbesuche der Minister bei den Minderheitenvertretern festgelegt und keine das Gastvolk finanziell belastenden Staatsverträge abgeschlossen werden.

"Die Eheleute Gary und Shirley Beresford verloren einen 5-jährigen Kampf vor den Gerichten Israels zur Erlangung einer Daueraufenthaltsgenehmigung.

Beide Eheleute sind jüdischer Abstammung, jedoch christlichen Glaubens. Das oberste Gericht Israels erklärte, daß sie durch den Abfall von ihrem Glauben keine Juden mehr wären und das Land innerhalb von 4 Monaten zu verlassen hätten." ¹¹⁹⁾

Nichts an Einsatz für Recht und Ehre des deutschen Volkes

Statt sich für Recht und Ehre des deutschen Volkes einzusetzen, wie es ihre Pflicht wäre, kennen und dulden die bundesdeutschen schwarz-rot-gelb-grünen Politiker, also die gesamte Riege der Herrschenden, nur Schuldbelastung und Demütigung des deutschen Volkes, Sprachregelungen ausländischer Interessenten, Strafverfolgung Deutscher, die untersucht und berücksichtigt wissen wollen, was man dem deutschen Volk an Schuld vorwirft. Ihre lizenzierte "pluralistische Gesellschaft" soll sogar das deutsche Volk nicht mehr gelten lassen, sondern nur noch "Bevölkerung", "Leute", "Bürgerinnen und Bürger", "Mitmenschen", "Fans" und anzuprangende "radikale Extremisten", "Unanständige". Alle ihre Günstlinge helfen mit, die "Wertegemeinschaft der Anständigen" gleichzuschalten, wohl wissend, welchen verlogenen Zerrbildern sie die Jugend wie die Erwachsenen aussetzen.

Diese Partei-, Regierungs-, Verbands- und Organisationsvertreter haben seit 1945 nicht eine einzige Verleumdung Deutschlands oder Dokumenten- oder Bildfälschung aufgeklärt und zurückgewiesen, nicht eine einzige Anklage auf ein sachliches Maß reduziert! Sie haben nicht ein einziges Mal selbst von anderen erbrachte Beweise zur Entlastung Deutschlands berücksichtigt, sondern diese im Gegenteil meist noch indiziert, beschlagnahmt und vernichtet! Neutrale Untersuchungen haben sie abgeblockt, statt dessen unentwegte Mühe und Gelder dafür verwendet, mit literarischen Auftragsarbeiten Hymnen auf die Sieger-"doktrinen" zu produzieren.

Selbst wenn dies dann auch in bezug auf die UdSSR abflaute, so wurden doch krampfhaft bis zur Stunde alle den deutsch-

116) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oberhausen 6/2004, S. 1 - 2.

sowjetischen Krieg betreffenden Anklageversionen gegen das Dritte Reich und seine Soldaten ohne Abstriche aufrechterhalten, die sowjetische kriegsrechtswidrige Kampfführung einschließlich des Partisanenkrieges sogar heroisiert, -- ungeachtet vieler sachkundiger Untersuchungen selbst russischer Militärwissenschaftler wie **Viktor Suworow** und auch anderer ausländischer Experten, aber auch deutscher Forscher wie **Dr. Joachim Hoffmann, Fritz Becker, Ernst Topitsch** u.a.. Selbst als die russische Führung nach Zerfall des Sowjetstaates eine Rehabilitierung zu Unrecht verurteilter deutscher Offiziere und Soldaten in die Wege geleitet hatte, war von bundesrepublikanischen Politikern dazu keinerlei Reaktion zu vernehmen!

Alle bisher erreichten wissenschaftlichen Revisionen verleumderischer Legenden sind erzwungen worden von Bürgern aus dem Volke, die dafür mit Indizierungen oder Strafverfahren und Existenzvernichtung bekämpft wurden, oder durch ausländische Historiker. Eine Schmach für alle diese "Befreiungsbeflissenen"!

Im Deutschen Reich wurde früher wegen Verrat am Volke bestraft -- und ähnlich wird dies in allen Ländern der Welt noch heute gehandhabt! --, wer vorsätzlich Lügenhetze mit der Folge "einer schweren Gefahr für das Ansehen des eigenen Volkes" betreibt (StGB § 91 f). Für Personen, die dies unter Ausnutzung eines öffentlichen Amtes betreiben, trifft dies besonders erschwerend zu.

117) *Der Spiegel* Nr. 32, 5.8.2002, S. 68..

118) *Rheinische Post*, 9.3.2005, S. 1.

119) *Unabhängige Nachrichten* 2/1993, S. 12. + PHI (Politische Hintergrundinformationen), 20.12.1992.